EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN

Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie

Yueh-Chung Ma, Rüdiger Wulf (Hrsg.)

Kriminologische Beiträge aus Taiwan und Deutschland, insbesondere zu häuslicher Gewalt

Herausgegeben von Institutsdirektor Prof. Dr. Jörg Kinzig
und Prof. em. Dr. Hans-Jürgen Kerner

TOBIAS-lib Universitätsbibliothek Tübingen

Juristische Fakultät
Institut für Kriminologie

Yueh-Chung Ma, Rüdiger Wulf (Hrsg.)
Kriminologische Beiträge aus Taiwan und Deutschland, insbesondere zu häuslicher Gewalt

Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie

Herausgegeben von

Prof. Dr. Jörg Kinzig

Prof. em. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Band 55

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN

YUEH-CHUNG MA, RÜDIGER WULF (HRSG.)

KRIMINOLOGISCHE BEITRÄGE AUS TAIWAN UND DEUTSCHLAND, INSBESONDERE ZU HÄUSLICHER GEWALT

TOBIAS-lib
UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK TÜBINGEN
2025

JURISTISCHE FAKULTÄT
INSTITUT FÜR KRIMINOLOGIE

IMPRESSUM

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über **http://dnb.ddb.de** abrufbar.

© Institut für Kriminologie der Universität Tübingen
Sand 7, 72076 Tübingen
Tel: 07071-29-72931
Fax: 07071-29-5104
E-Mail: ifk@uni-tuebingen.de.
Homepage: http://www.ifk.jura.uni-tuebingen.de

Alle Rechte vorbehalten.
Tübingen 2025.
Gestaltung des Deckblatts: Ketchum Pleon
Gesamtherstellung: Institut für Kriminologie der Universität Tübingen
Redaktion: Maria Pessiu
Printed in Germany.
ISSN: 1612-4650
ISBN: 978-3-69000-008-6 (elektronische Version)
ISBN: 978-3-69000-009-3 (Druckversion)

Hinweis:
Die nach Bedarf gedruckte Version entspricht vollständig der elektronischen Originalpublikation.

Begrüßung durch Prof. Dr. *Jörg Kinzig*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste aus Taiwan,

es ist mir eine große Freude, Sie alle zum nunmehr 3. Deutsch-Taiwanesischen Workshop hier im Institut für Kriminologie der Eberhard Karls Universität Tübingen begrüßen zu dürfen.

Er schließt – und das ist nicht wirklich überraschend – an den zweiten Workshop unserer beiden Einrichtungen an, der im letzten Jahr ebenfalls hier am Institut stattfand. Eher überraschend und darüber hinaus besonders erfreulich ist es, dass dessen Ergebnisse bereits in Schriftform mit allen damals gehaltenen Referaten vorliegen. Sie sind in Band 51 der Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie (TÜKRIM) nicht nur auf Papier, sondern auch elektronisch publiziert. Im letzten Jahr drehten sich unsere Diskussionen um, wie es im Amtsdeutsch heißt, die Elektronische Aufenthaltsüberwachung, vulgo: die elektronische Fußfessel. Heute soll vor allem die häusliche Gewalt im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen. Dabei werden wir einen Schwerpunkt auf die Situation in Taiwan legen.

Schön ist es, dass mit den Herren Kollegen *Yueh-Chung Ma*, dem Motor des deutsch-taiwanesischen Dialogs, und mit *Yung-Lien Lai* vom Department and Graduate Institute of Criminology der National Chung-Cheng Universität in Chiayi zwei uns schon bestens vertraute Gesichter den Weg nach Tübingen gefunden haben. Ihnen ein herzliches Willkommen!

Besonders freut es uns, dass mit den Frauen Kolleginnen *Chin-Chin Cheng* und *Leng-Chua Hung* zwei weitere Expertinnen, die beide vom Department and Graduate Institute of Law von der gleichnamigen Universität stammen, zum ersten Mal zu uns gekommen sind. Vielen Dank dafür, dass Sie die weite Reise nach Tübingen unternommen haben!

Die Tübinger Kriminologie hat das Beste aufgeboten, was sie hat. Da ist zum einen mein Vorgänger als Institutsdirektor, Herr Kollege *Hans-Jürgen Kerner*. Auch meine Kollegin *Rita Haverkamp*, die der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement vorsteht, ist dankenswerterweise vom Tübinger Tal in unsere Höhen aufgebrochen. Und schließlich darf ich unseren Honorarprofessor *Rüdiger Wulf* begrüßen. Lieber Rüdiger, vielen Dank für die Vorbereitung dieser Tagung und die Betreuung der taiwanesischen Gäste während ihres Aufenthaltes.

Wir sind alle wissenschaftliche Partnerinnen und Partner. Von Partnerschaftsgewalt in der Wissenschaft habe ich noch nicht viel gehört. Andere Formen der Partnerschaftsgewalt, vor allem im häuslichen und im Intimpartnerkontext, erscheinen dagegen heutzutage fast allgegenwärtig. Darum sollen sich die heutigen Referate und Diskussionen in erster Linie drehen. Dazu wünsche ich uns allen weiterführende Einsichten. Und damit übergebe ich das Wort an meinen geschätzten Kollegen, *Yueh-Chung Ma*, ebenfalls zu einer Grußadresse.

Begrüßung durch Prof. *Yueh-Chung Ma*

Dieser Workshop findet nun bereits zum dritten Mal statt. Das Thema der heutigen Veranstaltung lautet auf unseren Wunsch “Häusliche Gewalt”.

Die taiwanesische Delegation besteht aus vier Mitgliedern, je zur Hälfte männlich und weiblich, im Einklang mit dem heutigen Konzept der Geschlechtergleichstellung. Ich möchte unsere Delegation vorstellen. Professor *Lai Yun-lien*, Institut für Kriminalprävention der National Chung Cheng University, nimmt zum zweiten Mal an dieser Konferenz teil. Professor *Cheng Chin-Chin*, ehemalige Dekanin unserer Juristischen Fakultät und Spezialistin für Arbeitsrecht, und Professor *Hung Ling-Chia*, ebenfalls von der Juristischen Fakultät und Expertin für Gesellschafts- und Finanzrecht, sind die weiteren Teilnehmerinnen.

Für die drei aufeinanderfolgenden Jahre des Workshops möchte ich Herrn Professor *Kinzig* und Herrn Professor *Wulf* vom Institut für Kriminologie der Universität Tübingen meinen herzlichen Dank aussprechen. Ohne ihre umfassende Unterstützung wären die fruchtbaren Ergebnisse der letzten drei Jahre nicht möglich gewesen. Um den Austausch zu vertiefen, haben wir in den letzten fünfzehn Jahren zahlreiche Professoren Ihres Instituts eingeladen.

Eine besondere Freude ist es für mich, dass mein Doktorvater, Herr Prof. Dr. *Hans-Jürgen Kerner*, auch am heutigen Workshop wieder teilnimmt.

Der letztjährige Bericht wurde mit Unterstützung von Prof. *Rüdiger Wulf* bereits veröffentlicht und wird zweifellos einen langen Einfluss auf die Entwicklung der Kriminologie in Taiwan haben. Auch die heutigen wissenschaftlichen Vorträge und Diskussionen werden sicher wichtige Ergebnisse bringen.

Diese langjährigen gegenseitigen Besuche haben die Freundschaft zwischen den führenden kriminologischen Forschungsinstituten beider Länder gestärkt. Ich bin überzeugt, dass wir durch den Austausch eine für beide Länder jeweils passende Kriminalpolitik entwickeln können.

Abschließend wünsche ich dem heutigen Workshop viel Erfolg.

Inhalt

1 STRAFRECHTLICHE SANKTIONEN ZUR BEKÄMPFUNG HÄUSLICHER GEWALT (*YUEH- CHUNG MA*) 1

1.1 Einleitung 1
1.2 Der gegenwärtige Stand der Bekämpfung häuslicher Gewalt in Taiwan 2
1.3 Taiwan – Aktuelle Herausforderungen 2
1.4 Die Regelungen im deutschen Recht 3
1.5 Strafrechtliche Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt 3
1.6 Das Konzept „Coercive Control“ (Zwangskontrolle) 4
1.7 Diskussion kontroverser Fragestellungen 5
1.7.1 Mangel an klaren gesetzlichen Regelungen 5
1.7.2 Überdenken des Prinzips „Das Gesetz tritt nicht in das Haus ein“ 6
1.8 Zusammenfassung 7
1.9 Fazit 7

2 THE IMPACT OF OCCUPATIONAL ATTRIBUTES ON POLICE OFFICERS' ARREST DECISIONS IN INTIMATE PARTNER VIOLENCE CASES (*YUNG-LIEN LAI*) 11

2.1 Introduction 11
2.1.1 Research Background and Significance 11
2.1.2 Research Motivation and Objectives 13
2.2 Literature Review 14
2.2.1 Intimate Partner Violence 14
2.2.2 Individual Factors Influencing IPV Arrests by Police 14
2.3 The current study 16
2.3.1 The Methods 16
2.3.1.1 Research Setting and Sampling 16
2.3.1.2 Measurement Instruments and Variables 16
2.3.1.3 Analytical Strategy 17
2.3.2 Results 17
2.3.2.1 Descriptive statistics 17
2.3.2.2 Multivariate Analysis: Binary Logistic Regression 19
2.4 Discussion and Conclusion 20
2.4.1 Discussion 20
2.4.2 Policy Implications 21
2.4.3 Limitations 22

***3* BEZIEHUNGSGEWALT VOR UND WÄHREND DER COVID-19 PANDEMIE – ERGEBNISSE AUS ZWEI CAMPUSSTUDIEN 2016 UND 202125 (*RITA HAVERKAMP/INES HOHENDORF)* 25**

3.1 Einleitung 25
3.2 Hellfeld 26
3.3 Dunkelfeld 28
3.4 Ergebnisse der Campusstudien 2016 und 2021 29
3.4.1 Rücklauf und Stichprobenbeschreibung 30
3.4.2 Viktimisierung 31
3.4.2.1 Lebenszeitprävalenz von Beziehungsgewalt 2016 und 2021 31
3.4.2.2 Jahresprävalenz von Beziehungsgewalt 2021 34
3.4.2.3 Erleben von Beziehungsgewalt vor und während der COVID-19-Pandemie 37
3.4.2.4 Einflussfaktoren auf das Erleben von Beziehungsgewalt 38
3.5 Fazit 39

4 A STUDY ON LEGAL ISSUES OF WORKPLACE BULLYING IN TAIWAN (*CHIN-CHIN CHENG*) 43

4.1 Introduction 43
4.2 Definition and Types of Workplace Bullying 43

4.3 WORKPLACE BULLYING THEORIES 45
4.3.1 Social Exchange Theory 45
4.3.2 Giddens' Structuration Theory 45
4.3.3 Affective Events Theory (AET) 45
4.3.4 Maslow's Hierarchy of Needs 46
4.3.5 Psychological Safety Climate Theory 46
4.3.6 Learned Helplessness Theory 46
4.4 RELEVANT STATUTES AND REGULATIONS IN TAIWAN 47
4.4.1 Criminal Law 47
4.4.2 Civil Law 47
4.4.3 Labor Law 47
4.4.4 Amendment to the Occupational Safety and Health Act 48
4.5 RELEVANT COURT DECISIONS 48
4.5.1 Claims of Occupational Accidents 49
4.5.2 Claims of Grave Insult 49
4.5.3 Emerging Judicial Recognition of Bullying 49
4.6 SUMMARY 50
4.7 CONCLUSION 50

5 VIOLENT ASSETS AND FRAUDULANT CRIMES IN TAIWAN: REGULATORY CHALLENGES AND PROSPECTS (*LENG-CHIA HUNG*) 53

5.1 INTRODUCTION 53
5.2 THE BRIGHT AND DARK SIDES OF VIRTUAL ASSETS 54
5.3 PROBLEMS TAIWAN FACES WITH VIRTUAL ASSET CRIME 55
5.3.1 Serious Fraud Problems, Especially Investment Scams 55
5.3.2 Slow Regulatory Development in Taiwan 57
5.3.3 Difficulties in Regulating and Investigating Virtual Assets 59
5.4 CONCLUSION 60

6 COMMENTARY (*RÜDIGER WULF*) 61

6.1 DOMESTIC VIOLENCE 61
6.2 FEMICIDE 62
6.3 TRUST 63
6.4 PRESSURE AND CONTROL 65
6.5 POWER 66
6.6 VICTIMOLOGICAL ASPECTS 67
6.7 HUMAN RIGHTS 68

AUTOR:INNEN/HERAUSGEBER 72

Abkürzungen/Abbrevations

AML	Anti-Money Laundering/Geldwäschebekämpfung
DeFi	Decentralized Finance/Dezentrale Finanzen
FATF	Financial Action Task Force/Einsatzkommando bei Finanztransaktionen
FSC	Financial Supervisory Commission/Finanzaufsichtsbehörde
ICOs	Initial Coin Offerings/Unreguliertes Crowdinvestings von Unternehmen, deren Geschäftsmodell auf Kryptowährungen basiert.
ILO	International Labour Organization/Internationale Arbeitsorganisation
IPV	Intimate Partner Violence/Gewalt in Paarbeziehungen
NPA	National Police Agency/Nationale Polizeibehörde
OSHA	Occupational Safety and Health Act/ Gesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
STOs	Securities Token Offerings/Öffentliche Veräußerung von Werten, Rechten oder Schuldverhältnissen, die über digitale Token abgebildet werden.
VAs	Virtual Assets/Virtuelle Vermögenswerte

1 Strafrechtliche Sanktionen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt

Yueh- Chung Ma

1.1 Einleitung

Im Jahr 1998 verabschiedete Taiwan als erstes asiatisches Land ein Gesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und leitete damit offiziell das Zeitalter der „Einführung des Rechts in den privaten Bereich“ ein. Inhaltlich orientiert sich dieses Gesetz maßgeblich am US-amerikanischen Muster-Gesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt[1]. Es betont die Intervention staatlicher Autorität sowie die Kriminalisierung häuslicher Gewalt. Das Gesetz stellt eine interdisziplinäre Gesamtnorm dar, die Elemente des Verfahrensrechts, Sozialrechts, Familienrechts und Strafrechts vereint, mit dem Ziel, häusliche Gewalt zu verhindern und die Rechte der Opfer zu schützen.

Zur Schaffung eines umfassenden staatlichen Schutz- und Präventionsnetzwerks wurde ein Spezialgesetz erlassen, das grundlegende Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt bietet. Es verlangt die Integration relevanter Institutionen sowie klare Aufgabenteilung und Verantwortlichkeiten innerhalb dieses Netzwerks. Dadurch sollen den Opfern umfassende Schutz- und Schadensbegrenzungsmaßnahmen gewährt werden. Auch wenn das Gesetz formal dem Bereich der sozialen Sondergesetzgebung zugeordnet wird, geht sein Inhalt weit über den traditionellen Rahmen sozialrechtlicher Regelungen hinaus[2].

Im Zuge der Globalisierung ist auch das Strafrecht von einer „Globalisierung des Strafrechts“ betroffen[3]. Der vorliegende Beitrag widmet sich daher dem strafrechtlichen Teil des taiwanesischen Gesetzes zur Prävention häuslicher Gewalt. Taiwan und Deutschland gehören beide zur kontinentaleuropäischen Rechtsfamilie. Die starke Prägung des taiwanesischen Gesetzes durch das anglo-amerikanische Rechtssystem führt in der praktischen Anwendung jedoch zu Spannungen. Der Beitrag verfolgt deshalb einen rechtsvergleichenden Ansatz mit Fokus auf das deutsche Recht und das Recht der Europäischen Union.

Ziel ist es, die strafrechtlichen Regelungen Deutschlands zur Bekämpfung häuslicher Gewalt sowie die Herausforderungen und Anpassungsprozesse im Zuge der Rezeption des EU-Rechts und der Harmonisierung mit dem anglo-amerikanischen Rechtssystem zu analysieren. Diese Erfahrungen bieten wertvolle Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung des taiwanesischen Rechtssystems. Ausgehend davon wird zunächst die Gesetzgebungsgeschichte und die zentralen Streitfragen des taiwanesischen Gesetzes zur Prävention häuslicher Gewalt dargestellt. Anschließend wird untersucht, wie Deutschland strafrechtlich auf häusliche Gewalt reagiert. Danach folgt eine Analyse des Einflusses des EU-Rechts auf

---

1 韋愛梅，臺灣刑事司法系統對家庭暴力的回應與現況，家庭暴力與性侵害防治實務工作研討會，2009年。

2 王國慶，我國老人福利政策的歷史制度論分析，社區發展季刊， 第109期，2005年，頁52。

3 刑法不能排除全球化的影響，針對跨國犯罪，為了提高洗法律安定性、明確性以及有效性，各國應協調出一致的刑事規範，以這個角度來看，應具有其正面的意義。所以各國在討論洗錢刑法時，應拋棄各國特有的法律文化，針對國際公約以及傳統釋義學之間的衝突協調出一致的立法規範。可參考：馬躍中，經濟刑法：全球化的犯罪抗制，第3版，2021年9月，頁24。

das deutsche Strafrecht. Abschließend werden Überlegungen zur künftigen Rolle strafrechtlicher Sanktionen im taiwanesischen Rechtssystem angestellt, insbesondere hinsichtlich deren Reichweite und inhaltlicher Ausgestaltung.

1.2 Der gegenwärtige Stand der Bekämpfung häuslicher Gewalt in Taiwan

Am 24. Juni 1998 verkündete Taiwan das erste Gesetz zur Prävention häuslicher Gewalt in Asien (im Folgenden „Gesetz gegen häusliche Gewalt“, das ein Jahr später vollständig in Kraft trat. Damit begann der staatliche Eingriff in den privaten Bereich zum Schutz der Opfer häuslicher Gewalt. Verschiedene Regierungsstellen entwickelten und implementierten zahlreiche Politiken und Maßnahmen[4], mit dem Ziel, die Würde der Frauen zu wahren, ihre körperliche Unversehrtheit zu schützen, geschlechtsspezifische Diskriminierung zu beseitigen und die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.

1.3 Taiwan – Aktuelle Herausforderungen

Das Gesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt basiert auf US-amerikanischen Rechtsnormen und Institutionen, die dem Common Law zugerechnet werden. Taiwan hingegen, das lange Zeit vom deutschen Rechtssystem geprägt ist und zur kontinentaleuropäischen Rechtsfamilie zählt, erlebt dadurch Spannungen sowohl im Rechtssystem als auch in der praktischen Umsetzung[5].

Darüber hinaus wurde das Vorgehen bei Tätern sexualisierter Gewalt in den letzten Jahren zunehmend hinterfragt[6].

Der Fall eines Straftäters mit dem Nachnamen Yang im Jahr 2001 führte zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die Behandlungsmethoden, den Erfolg der Therapie und die Maßnahmen für Sexualstraftäter nach ihrer Entlassung in die Gemeinschaft[7].

Bezüglich der Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt und häuslicher Gewalt sowie der Zusammenarbeit der beteiligten Netzwerkpartner – wie Justiz, Polizei, Sozialdienste und zivilgesellschaftliche Organisationen – bestehen nach wie vor zahlreiche Probleme[8].

---

4 有關2009年之前詳結的修法介紹可參考：陳秀峯，台灣家庭暴力防治之現狀與未來-從被害人保護及加害人處遇角度觀察，亞洲家庭暴力與性侵害期刊第6卷第1，2010，頁189以下。

5 邱怡瑜，家庭暴力經驗對青少年性格影響之相關研究，國立中正大學犯罪防治研究所碩士論文，頁1。

6 高鳳仙，論家庭暴力之加害人處遇計畫，萬國法律，第195期，2014年6月，頁77。

7 *Yang*, auch bekannt als der „Wolf von Huagang“, ist ein verurteilter Straftäter, der wegen zahlreicher sexueller Übergriffe und anderer Verbrechen ins Gefängnis kam. Er schrieb sich im Jahr 2001 im Fachbereich Soziologie der National Taiwan University ein. Seit 2003 stellte er jährlich einen Antrag auf Bewährung, doch jeder Antrag löste erhebliche Kontroversen aus. Die für ihn zuständigen Justizvollzugsexperten erklärten, sie könnten keine Rückfallgarantie geben, weshalb seine Bewährungsanträge jedes Mal abgelehnt wurden. Dies führte zur Schaffung von Überwachungssystemen wie dem Sexual Assault Perpetrator Registration System und der elektronischen Überwachung, um Sexualstraftäter zu kontrollieren, die in die Gesellschaft zurückkehren. Vgl. https://www.twreporter.org/a/opinion-sex-offender-treatment.

8 韋愛梅，臺灣刑事司法系統對家庭暴力的回應與現況，家庭暴力與性侵害防治實務工作研討，2009年。

1.4 Die Regelungen im deutschen Recht

Die Bekämpfung häuslicher Gewalt in Deutschland lässt sich bis zum Jahr 2000 zurückverfolgen, als das sogenannte „Gewaltverbot im Erziehungsbereich“ (Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung) eingeführt wurde. Im Jahr 2001 legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zum sogenannten „Gewaltschutzgesetz“ vor[9]. Dieses Gesetz zielte darauf ab, den zivilrechtlichen Schutz bei Gewalttaten zu verbessern und im Falle von Gewalt den Wohnortwechsel zur Trennung der Ehepartner zu erleichtern.

Das Gewaltschutzgesetz regelt den Schutz von Opfern häuslicher Gewalt mittels zivilrechtlicher Schutzanordnungen. Es erstreckt sich auf Gewalt zwischen Familienmitgliedern sowie auf Gewalt im privaten Bereich, wie etwa Stalking. Im Unterschied zu strafrechtlichen Vorschriften verfolgt das Gewaltschutzgesetz einen zivilrechtlichen Ansatz.

Das Gesetz trat am 1. Januar 2002 in Kraft und ermöglicht es Frauen und Männern, zivilrechtlichen Schutz gegen Gewalttaten zu beantragen. Nach § 4 des Gesetzes kann ein Verstoß gegen eine Schutzanordnung mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren geahndet werden.

1.5 Strafrechtliche Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt

Deutschland verfügt nicht über ein spezielles Strafgesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt. Wird häusliche Gewalt jedoch strafrechtlich relevant, so ist diese mit strafrechtlichen Sanktionen zu ahnden[10]. Das bedeutet, dass häusliche Gewalt ein soziales Problem ist, mit dem sich viele Länder weltweit auseinandersetzen, und die Regulierung in diesem Bereich auch strafrechtliche Aspekte berührt[11].

Der deutsche Rechtswissenschaftler Hoven verweist hierbei besonders auf das australische Bundesland New South Wales, wo 2024 die Kriminalisierung des sogenannten „Coercive Control“ („Zwangskontrolle“) in Kraft getreten ist[12]. Dieser Begriff beschreibt die erzwungene Kontrolle innerhalb einer intimen Beziehung und dient als Orientierung für die Kriminalisierung häuslicher Gewalt.

Die strafrechtspolitische Entwicklung in Deutschland zielt darauf ab, den Schutz von Frauen und vulnerablen Gruppen zu stärken. Allerdings zeigt sich eine Diskrepanz zwischen gesetzlichen Regelungen und der realen Kriminalitätslage. So wurde § 177 des deutschen Strafgesetzbuchs, der sich mit dem Tatbestand der Vergewaltigung beschäftigt, jüngst besonders zum Schutz schwächerer Personen und Gruppen reformiert.

In verschiedenen strafrechtlichen Normen sowie im rechtsstaatlichen Verfahrensschutz sind klare Anforderungen an die Bestimmtheit der Tatbestandsmerkmale zu erkennen. Das strafrechtliche Eingreifen in das Familienleben muss spezifisch und eindeutig sein. Zwar

---

9 Gewaltschutzgesetz vom 11. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3513), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3513).

10 *Hoven* 2024, 112.

11 *Walklate/Fitz-Gibbon,* 2021.

12 關於Coercive Control之可罰性可參考：*Douglas,* 2018.

führt die Strafrechtsprechung nicht zu einem allgemeinen Misstrauen zwischen den Angehörigen, kann aber Spannungen in intimen Beziehungen hervorrufen.

Zusammenfassend versucht das deutsche Recht, das Konzept der „Coercive Control“ aus dem anglo-amerikanischen Rechtssystem zu übernehmen. Dabei wird die „Kontrolle“ ausdrücklich ohne physische Gewalt definiert. England und Wales haben dieses Konzept bereits 2015 gesetzlich verankert, Irland folgte 2018, New South Wales (Australien) im Juli 2024. Bemerkenswert ist, dass Schottland diese Regelung nicht nur auf aktuelle oder ehemalige Partnerbeziehungen anwendet, sondern auch den Begriff der häuslichen Gewalt erweitert. Im Jahr 2021 hat Nordirland eine ähnliche Gesetzgebung eingeführt. Auch Tasmanien (Australien) kriminalisiert seit 2005 Handlungen, die bei Partnern emotionalen Stress oder wirtschaftliche Schäden verursachen[13].

1.6 Das Konzept „Coercive Control“ (Zwangskontrolle)

Die deutschen Gesetzgeber versuchen, das Konzept der „Coercive Control“ in die strafrechtliche Regulierung häuslicher Gewalt zu integrieren. Das im Jahr 2024 in New South Wales verabschiedete Gesetz richtet sich auf den genannten Begriff und dessen Anwendung auf gegenwärtige und ehemalige intime Partner. Das bedeutet, dass das Konzept der „Coercive Control“ als zentrales Merkmal häuslicher Gewalt verstanden wird[14].

Vereinfacht gesagt, soll ein strafrechtlicher Tatbestand geschaffen werden, der die „absichtliche Ausübung von Zwangseinfluss oder Kontrolle gegenüber dem gegenwärtigen oder ehemaligen Lebenspartner“ umfasst. Das Kernmerkmal häuslicher Gewalt besteht demnach darin, dass die Täterin oder der Täter durch Zwang massiv in den Alltag des Partners eingreift[15].

Um das Verhalten häuslicher Gewalt klarer zu definieren, müssen die Handlungen des Täters wiederholt und dauerhaft erfolgen sowie ein bestimmtes Maß an Demütigung (Demütigung) einer Person erreichen. Unter Demütigung versteht man die Herabsetzung des Selbstwertgefühls oder Stolzes einer Person, wodurch diese sich schämt, Minderwertigkeitsgefühle entwickelt, ihre soziale Stellung herabgesetzt wird oder sie sich fügsam verhält. Diese Demütigung kann durch Einschüchterung, körperliche oder psychische Misshandlungen oder Täuschungen erfolgen, ebenso wie durch das Bloßstellen von sozial oder rechtlich nicht akzeptiertem Verhalten.

Wird „Coercive Control“ als Tatbestandsmerkmal häuslicher Gewalt eingeführt, so müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Erstens muss subjektiv beim Täter ein emotionaler oder psychischer Schaden beim Opfer vorliegen, der die Schwelle der Strafbarkeit durch Zwang

---

13 相關條文如下：Family Violence Act 2004(Tas) Section 8, 9; Serious Crime Act 2015(UK-EW) Section 76; Domestic Violence Act 2018(IRL) Section 39; Domestic Abuse (Scotland) Act 2018(UK-SCT) Section 1. Domestic Abus and Civil Proceedings Act (Northern Ireland) 2021 (UK/NIR) Section 1; Crimes Legislation Amendment (Coercive Control) Act 2022 No 65(NSW) Division 6A Section 54D. 引自：*Hoven,* 2023, 707 ff.

14 原文：「Wer sich gegenüber einem (Ex-)Partner mit der Absicht missbräuchlich verhält, ihn mittels Ausübung von Zwang beeinflussen oder kontrollieren zu wollen.」參考自: *Hoven,* 2023, 707.

15 上述的概念均來自英美法系，也引起德國學者的批評，參閱：*McGorrery/McMahon,* 2019, 957 ff., 962.

überschreitet. Zweitens muss objektiv eine Erniedrigung oder eine Überwachung des Opfers vorliegen.

In der Beschreibung der „Coercive Control“ als kriminelles Phänomen muss das Verhalten des Täters sich auf wiederholte Angriffe im Alltag des Opfers beziehen, die durch physische oder psychische Verletzungen, Zwang oder Freiheitsberaubung gekennzeichnet sind. Diese Handlungen gehen stets mit Erniedrigung und Kontrolle einher.

1.7 Diskussion kontroverser Fragestellungen

1.7.1 Mangel an klaren gesetzlichen Regelungen

Die Diskussion um die Kriminalisierung der „Coercive Control“ (Zwangskontrolle) im Kontext häuslicher Gewalt ist von großer Bedeutung. Die langfristigen emotionalen, psychischen und sozialen Isolationsformen, die Opfer häuslicher Gewalt erfahren, sind in ihrem Leidensausmaß mit körperlichen Verletzungen vergleichbar und verdienen daher in der Gesetzgebung besondere Anerkennung[16].

Dennoch muss die Kriminalisierung des häuslichen Gewaltbegriffs sowohl in Bezug auf die Tatbestandsmerkmale als auch die subjektiven Voraussetzungen den Anforderungen des Grundsatzes der Gesetzesvorhersehbarkeit (Legalitätsprinzip) entsprechen.

Zudem unterliegt die „Strafbedürftigkeit“ (Schuldfrage) der strafrechtlichen Sanktionen der Voraussetzung, dass die Tat einen schutzwürdigen Rechtsgutsverstoß darstellt und zugleich eine sozialschädliche Wirkung entfaltet. Die Diskussion in Deutschland zur Kriminalisierung von häuslicher Gewalt erstreckt sich auch auf nicht-physische Zwangshandlungen. Dabei ist zu prüfen, ob solche Verhaltensweisen die Anforderungen an sozialadäquates Verhalten („Sozialadäquatheit“) erfüllen. Sozialadäquates Verhalten bedeutet, dass nicht jede Rechtsgutsverletzung als rechtswidrig gilt, sondern nur dann, wenn sie die gesellschaftlichen Wertvorstellungen und ethischen Ordnungen übersteigt. Andernfalls, bei sozialadäquatem Verhalten, bleibt auch eine Rechtsgutsverletzung rechtmäßig. Beispiele hierfür sind medizinische Behandlungen mit neuen Arzneimitteln im Rahmen klinischer Studien, notwendige Amputationen zur Heilung, das Führen schneller Fahrzeuge im Straßenverkehr oder sportliche Wettkämpfe wie Boxen oder Judo[17].

Wie das alte Sprichwort sagt: „Ein ehrlicher Richter hat Schwierigkeiten, Familienangelegenheiten zu entscheiden“ („清官難斷家務事“). Obwohl häusliche Gewalt das Ausmaß einer Rechtsgutsverletzung erreichen kann, ist es oft schwierig, klare Grenzen innerhalb familiärer Beziehungen zu ziehen. Beispielsweise ist unklar, ob elterliche Erziehungsmaßnahmen, die zu Verletzungen oder Einschüchterungen führen, immer strafrechtlich zu sanktionieren sind[18].

Der neuseeländische Professor *Tolmie* weist darauf hin: „Mit anderen Worten, Männer haben in der heterosexuellen Norm häufig eine natürliche dominierende Rolle im Alltag, selbst

---

16 古承宗，刑法的象徵化與規制理性，元照出版社，2019年3月，頁6。

17 參考，王皇玉，刑法總則，第7版，2021年7月，頁254。

18 原文：「In other words, male dominance is to some degree naturalized because heterosexual norms permit men a certain degree of dominance in the minutia of ereryday living even in non-abusive relationships.」參考自：*Tolmie,* 2018, 50 ff., 56.

in nicht missbräuchlichen Beziehungen.“ Dies verdeutlicht die Herausforderungen bei der Kriminalisierung häuslicher Gewalt.

1.7.2 Überdenken des Prinzips „Das Gesetz tritt nicht in das Haus ein“

Das taiwanesische Gesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt hat die traditionelle Beziehung zwischen Staat, Familie und Individuum grundlegend verändert und das traditionelle Prinzip „Das Gesetz tritt nicht in das Haus ein“ durchbrochen. Traditionell galt das Leben der Familienmitglieder als privater Bereich, in den der Staat möglichst wenig eingreifen sollte. Aus der Perspektive des Schutzes von Rechtsgütern und der Sicherung individueller Rechte hat der Staat jedoch die Verpflichtung, durch öffentliche Gewalt die Rechte der Individuen zu schützen. Wie dabei ein Ausgleich zwischen dem Schutz individueller Rechte und der Autonomie der Familienmitglieder bei der Selbstregulierung erzielt werden kann, bleibt eine wichtige zukünftige Herausforderung[19].

Die Aufgabe des Strafrechts besteht nicht darin, die Bürger zu erziehen, sondern rechtzeitig einzuschreiten, wenn Rechtsgüter verletzt werden. Die Kriminalisierung der „Zwangskontrolle“ im Rahmen der häuslichen Gewalt erfordert dabei besondere Verfahrensvorschriften, zum Beispiel den Schutz persönlicher Daten während Ermittlungs- und Gerichtsverfahren sowie die Sicherstellung, dass private Handlungen innerhalb der Familie nicht öffentlich gemacht werden[20].

Darüber hinaus haben Opfer häuslicher Gewalt besondere Schutzbedürfnisse. Aus diesem Grund hat sich die sogenannte „Viktimodogmatik“ entwickelt[21]. Der Schutz der Opfer wird unter anderem durch eine räumliche Trennung vom Täter gewährleistet. Da Opfer häuslicher Gewalt eine gewisse Vulnerabilität aufweisen, sollte verstärkt Forschung zu ihrer Situation betrieben und ihnen gezielte Unterstützung gewährt werden[22].

Obwohl der Staat Opfer durch räumliche Trennung schützen kann, kann dies zu Racheakten des Täters führen, beispielsweise durch illegales Stalking. In solchen Fällen sollte der Staat weitergehende abschreckende Maßnahmen ergreifen, um den Schutz der Opfer sicherzustellen[23].

---

19 參閱，李立如，法不入家門？家事法演變的法律社會學分析，中原財經法學，第10期，2023年6月，頁41以下。

20 *McMahon/McGorrery*, 2016, 1 ff., 11.

21 *Schünemann,* 1979, 117-132, 130.

22 可參考*Hoven,* 2023, 707 ff.

23 脆弱性是指「遭受身體或情緒上的攻擊或傷害的可能性的品質或狀態」。作為一種方法論，對社會和環境脆弱性的理解涉及對老年人等弱勢群體的風險和資產的分析。脆弱性的研究本身就為社會政策和老年學規劃帶來了巨大的期望。脆弱性的類型包括社會、認知、環境、情感或軍事。引自：參考：*Rostalski*, 2024.

1.8 Zusammenfassung

Das deutsche Recht zur Bekämpfung häuslicher Gewalt ist ebenfalls stark vom anglo-amerikanischen Rechtssystem beeinflusst. Aufgrund des im deutschen Strafrecht geltenden Grundsatzes der Bestimmtheit (nullum crimen, nulla poena sine lege) ist es jedoch schwierig, den Tatbestand der „Zwangskontrolle“ (coercive control) vollständig rechtlich zu fassen[24].

Die Bekämpfung häuslicher Gewalt darf jedoch nicht allein darauf abzielen, etwaige Lücken im Strafrecht zu schließen, denn die abschreckende Wirkung strafrechtlicher Sanktionen ist bei häuslicher Gewalt häufig begrenzt, da diese meist erst bei Vollendung der Tat wirksam wird.

Wesentlich ist vielmehr, dass die Regierung präventive Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen verstärkt, das Bewusstsein der Opfer für ihre Situation schärft und zeitnahe Unterstützung bietet sowie die Gesetze zum Schutz vor Gewalt weiter stärkt[25].

1.9 Fazit

Das Konzept der häuslichen Gewalt stammt aus dem anglo-amerikanischen Rechtssystem. Der Kernbestandteil des Tatbestands „häusliche Gewalt“ ist das Verhalten der „zwanghaften Kontrolle“ zwischen Partnern und Familienmitgliedern, die zusammenleben. Bei der Übertragung dieses Konzepts auf kontinentaleuropäische Rechtssysteme entstehen jedoch offensichtliche Zweifel an der Klarheit der Tatbestandsmerkmale.

Das strafrechtliche Schutzgut der Vorschriften zur häuslichen Gewalt sollte die Sicherheit und Ruhe des gemeinsamen Lebensraums der Familienmitglieder sein. Darauf aufbauend ergeben sich der Schutz der persönlichen sexuellen Selbstbestimmung (z. B. erzwungener Geschlechtsverkehr), des körperlichen Rechtsguts (z. B. Körperverletzung), des Freiheitsrechts (z. B. Stalking) sowie des Persönlichkeitsrechts (z. B. Cybermobbing).

Das taiwanesische Gesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt wurde bisher siebenmal novelliert. Die strafrechtlichen Bestimmungen finden sich in den Artikeln 61 bis 63-1. Diese entsprechen im Wesentlichen internationalen Standards. Hinsichtlich der Verjährungsfrist bei der Strafverfolgung von erzwungenem Geschlechtsverkehr sollte jedoch eine Verlängerung auf zwanzig Jahre entsprechend der EU-Direktive zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in Betracht gezogen werden.

Zur wirksamen Bekämpfung häuslicher Gewalt sollte stets auf internationale Regelungen geachtet werden, insbesondere auf die fortschrittlicheren legislativen Techniken und Auslegungen der EU. Diese können als wichtige Referenz für zukünftige Gesetzesänderungen in Taiwan dienen.

---

24 *Riaz/Bischof/Wagner,* 2020, 26 ff.; *Williams* et al., 2014, 4; *Hestermann/Hoven,* 2019, 127 ff., 139.

25 *Hoven,* 2022, 118.

Referenzen

Chinesisch

王皇玉，刑法總則，新學林，第7版，2021年7月。*Wang, Haung-Yu* (2021), StGB. Aufl. 7.

古承宗，刑法的象徵化與規制理性，元照出版社，2019年3月。*Ku, Chen-Chung* (2019). Symbolisierung und Regulierung des Strafrechts.

李立如，法不入家門？家事法演變的法律社會學分析，中原財經法學，第10期，2023年6月。*Li, Li-Ru* (2023). Das Gesetz tritt nicht in das Haus ein. Chung Yun Economic Lawreview, No. 10.

林琬珊，在社會不安與合理制裁間反覆辯證：性侵害犯罪加害人強制治療的光與影，違憲邊緣的治療之網，刊登日期：2020年8月20日，網址：https://www.twreporter.org/a/opinion-sex-offender-treatment，查閱日期：2024年8月1日。*Lin, Wan-Shan* (2020). Diskussionen zwischen soziale Unsicherheit und rationale Strafsanktionen.

邱怡瑜，家庭暴力經驗對青少年性格影響之相關研究，國立中正大學犯罪防治研究所碩士論文，2002年*Chiu, Yi-Yu* (2002). Studie über Erfahrungen zur häuslichem Gewalt Jugendlicher, Magister Arbeit, Institut für Kriminologie, CCU.

韋愛梅，臺灣刑事司法系統對家庭暴力的回應與現況，家庭暴力與性侵害防治實務工作研討會，2009年*Wie, Ei-May* (2009). Die Situation des taiwanischen Kriminalsystems, Konferenz häuslicher Gewalt und Präventionen sexueller Gewalt.

馬躍中，經濟刑法：全球化的犯罪抗制，第3版，2021年9月。*Ma, Yueh-Chung* (2021). Wirtschaftskriminalität. Die Bekämpfung der globalisierten Kriminalität. 3. Aufl.

高鳳仙，論家庭暴力之加害人處遇計畫，萬國法律，第195期，2014年6月，頁77-92。(*Kao, Fun-Sein* (2021). Der Behandlungsplan des Opfers häuslicher Gewalt, Wan-Kao Law Review, 77-92).

陳秀峯，台灣家庭暴力防治之現狀與未來-從被害人保護及加害人處遇角度觀察，亞洲家庭暴力與性侵害期刊第6卷第1期，2010年，頁187-210。(*Chen, Hsiao-Fu* (2010). Aktueller Stand und Zukunft häuslicher Gewalt in Taiwan. Asia Family and Sexual Aggression Review, 187-210.

Englisch

Douglas, H. (2018). Legal systems abuse and coercive control. Criminology & Criminal Justice, 84-99.

Fulper, R. et al. (2014). Misogynistic Language on Twitter and Sexual Violence.

McGorrery, P.; McMahon, M. (2019). Criminalising 'the worst' part: operationalising the offence of coercive control in England and Wales. Crim Law Revue, 957-965.

Mcmahon, M.; Mcgorrery, P. (2016). Criminalising emotional abuse, intimidation and economic abuse in the context of family violence: The Tasmanian experience, University of Tasmania Law Review, 1 ff., 11.

*Riaz, S.; Bischof, D.; Wagner, M. (*2020). Out-group Threat and Xenophobic Hate Crimes: Evidence of Local Intergroup Conflict Dynamics between Immigrants and Natives. The Journal of Politics. 26.

Tolmie, J. R. (2018). Coercive control: To criminalize or not to criminalize? Crimnology & Criminal Justice, 50-66.

Williams, M. (2020). Hate in the Machine: Anti-Black and Anti-Muslim Social Media Posts as Predictors of Offline Racially and Religiously Aggravated Crime. The British Journal of Criminology, *93*–117.

Walklate, S.; Fitz-Gibbon, K. (2021). Criminalisation and the Violence(s) of the State: Criminalising Men, Punishing Women, International Journal for Crime. Justice and Social Democracy, Vol. 10(4).

Deutsch

Cornelius, K. (2014). Plädoyer für einen Cybermobbing-Straftatbestand. ZRP, 164-167.

Doerbeck, C. (2019). Cybermobbing: Phänomenologische Betrachtung und strafrechtliche Analyse. Berlin: Duncker & Humblot.

Eisele, J. (2021). Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur effektiveren Bekämpfung von Nachstellungen und bessere Erfassung des Cyberstalkings, KriPoZ, 148.

Fischer, T. (2022). StGB. Kommentar, 69. Aufl. München: Beck.

*Hestermann, T.; Hoven, E. (*2019). Kriminalität in Deutschland im Spiegel von Pressemitteilungen der Alternative für Deutschland. KriPoZ, 127-139.

Hoven, E. (2023). Die neue liberale Lust am Strafen? ZStW, 707-735.

Hoven, E. (2024). Bekämpfung häuslicher Gewalt durch Strafrecht? ZRP, 112.

Hoven, E.; Weigend, T. (2017). „Nein heißt Nein“ – und viele Fragen offen –. Zur Neugestaltung der Strafbarkeit sexueller Übergriffe. JZ, 182-190.

Matt, H.; Renzikowski, J., Eschelbach, R. (2020). Strafgesetzbuch - StGB. Kommentar. 2. Aufl. München: Vahlen.

Rostalski, F. (2024). Die vulnerable Gesellschaft: Die neue Verletzlichkeit als Herausforderung der Freiheit. 3. Aufl. München: Beck.

Schünemann, B. (1979). Methodologische Prolegomena zur Rechtsfindung im Besonderen Teil des Strafrechts. In: Festschrift für Paul *Bockelmann* zum 70. Geburtstag, 117-132.

2 The impact of occupational attributes on police officers' arrest decisions in intimate partner violence cases

Yung-Lien Lai

2.1 Introduction

2.1.1 Research Background and Significance

Since the enactment of Taiwan's Domestic Violence Prevention Act in 1998, incidents of domestic violence—once considered private family matters—have been formally recognized as criminal offenses. This legal shift enabled state intervention to protect vulnerable family members and victims.[1] The Act has undergone six amendments, each strengthening protections for victims and expanding the scope of legal safeguards.[2]

As a result, Taiwan has witnessed notable trends in domestic violence reporting. According to statistics from the Taiwan's Ministry of Health and Welfare (2023) (Please refer to Table 1), the total number of reported domestic violence cases—including intimate partner violence (IPV), child protection, elder abuse, and other categories—rose from 118,586 cases in 2017 to 156,864 in 2022, marking a 32.3% increase. Among these, IPV consistently accounts for the largest proportion, increasing from 64,898 cases in 2017 to 75,052 in 2022—a 15.6% rise. Each year, IPV reports comprise approximately half of all domestic violence cases (ranging from 47.1% to 54.7%), underscoring its centrality within the broader spectrum of family violence and its growing public visibility and concern.[3]

Table 1. Statistics on the total number of reported domestic violence cases and intimate partner violence cases from 2017 to 2022

Year	Total number of reported domestic violence cases	Intimate partner violence cases	Percentage
2017	118,586	64,898	54.7
2018	120,002	65,021	54.2
2019	128,198	63,902	49.8
2020	141,872	67,957	47.9
2021	149,198	70,328	47.1
2022	156,864	75,052	47.8

1 *Ho*, 2016.
2 *Chuang*, 2021.
3 *Pan*, 2012.

Source: Taiwan's Ministry of Health and Welfare (2023).

Police officers are typically the first point of contact for victims seeking state intervention in IPV cases, particularly for those in ongoing relationships.[4] Table 2 illustrates a significant upward trend in domestic violence reports since 2017. The total number of reported cases rose from 137,149 in 2017 to 192,873 in 2022, reflecting a 40.6% increase. Reports submitted by police agencies also grew substantially—from 68,958 cases in 2010 to 114,007 in 2022, marking a 65.3% increase. Moreover, the proportion of domestic violence cases reported by police has steadily increased. In 2017, police-reported cases accounted for 50.3% of all domestic violence reports; by 2022, this figure had risen to 59.1%. These statistics indicate that among all frontline agencies reporting to the Taiwan's Ministry of Health and Welfare, police departments consistently represent the largest share of domestic violence referrals.

Table 2. Statistics on the Number of Reported Domestic Violence Cases and Police-Reported Incidents from 2017 to 2022

Year	Total number of domestic violence case reports	Number of cases reported by police agencies	(%)
2017	137,148	68,958	50.3
2018	138,637	71,311	51.4
2019	160,944	77,572	48.2
2020	178,710	91,095	50.9
2021	185,588	103,331	55.7
2022	192,873	114,007	59.1

Source: Taiwan's Ministry of Health and Welfare (2023.

According to Article 29, Paragraph 1 of the Domestic Violence Prevention Act in Taiwan, police officers are authorized to conduct warrantless arrests when they witness an act of domestic violence in progress. The legislative intent behind this provision is not only to interrupt ongoing intimate partner violence (IPV) through immediate police intervention, but also to empower officers with the authority to apprehend suspects using the force of public power—positioning police as the most direct and effective agents in halting IPV.[5] Table 3 presents an overview of domestic violence cases handled, referred, and resulting in arrests by police agencies over the past six years. The number of cases handled by police rose from approximately 70,861 in 2017 to over 111,265 in 2022, reflecting a 57% increase. During the same period, the number of cases referred by police to prosecution increased from 6,350 in 2017 to 10,450 in 2022, a growth of 64.6%. Also, the number of warrantless arrests made each year slightly inclined, from 1,563 in 2017 to 1,881 in 2022—a increase of 20.3%. Stated differently, the data underscores the critical role police agencies play in

4 *Ho*, 2016.
5 *Chou*, 1996.

the IPV response system—across reporting, case handling, referral, and enforcement. Their frontline involvement remains central to the state's efforts to intervene in and prevent intimate partner violence.

Table 3. Statistics of Domestic Violence Incidents Reported to Police Authorities (2017–2022)

Year	Number of domestic violence cases processed by police	Number of domestic violence cases referred for prosecution	Number of arrests of offenders apprehended at the scene
2017	70,861	6,350	1,563
2018	73,477	6,261	1,487
2019	77,674	6,443	1,321
2020	88,775	7,552	1,516
2021	101,265	8,647	1,522
2022	111,265	10,450	1,881

Source: Taiwan's National Agency of Police（2023）

2.1.2 Research Motivation and Objectives

Article 29 of the Taiwan's Domestic Violence Prevention Act grants police officers the authority to make on-the-spot arrests when they witness an act of domestic violence. Traditionally, analyses of police arrest decisions in domestic violence cases have relied on official police records—specifically, documentation provided by law enforcement agencies regarding IPV cases. These records, completed by officers handling such cases, are typically examined to determine whether arrest measures were employed. However, this approach primarily reveals which case characteristics influence the decision to arrest, while offering limited insight into the underlying factors that shape officers' use of arrest authority. For instance, do demographic attributes, professional training, implicit biases, or situational contexts affect whether an officer chooses to arrest? Existing research on these determinants remains scarce, forming the primary impetus for this study.

Heeding to this call, this research aims to explore the individual-level characteristics of frontline police officers that influence their decision to arrest perpetrators in IPV incidents. The findings are intended to serve as a valuable reference for law enforcement agencies in designing and enhancing training programs for officers tasked with responding to intimate partner violence.

2.2 Literature Review

2.2.1 Intimate Partner Violence

Intimate Partner Violence (IPV) refers to acts of violence occurring within an intimate relationship, perpetrated by a current or former spouse or partner against the other party. Such violence may take place during various stages of the relationship, including marriage, separation, divorce, or cohabitation. IPV encompasses a range of abusive behaviors, commonly categorized as follows:[6]

Physical Abuse: The perpetrator inflicts harm through bodily actions such as pushing, grabbing, hitting, kicking, or striking the victim, or by using weapons such as knives, sticks, or firearms. These acts may result in physical or psychological injury, including bruises, contusions, concussions, and, in severe cases, death.

Psychological Abuse: The perpetrator employs threats, verbal humiliation, control over time or space, or isolation to render the victim helpless, emotionally distressed, and mentally exhausted, often with the intent to monitor or restrict the victim's movements.

Sexual Abuse: This includes forced sexual intercourse, infliction of injury to the victim's sexual organs, or engaging in sexual acts against the victim's will or preferences—all of which constitute sexual abuse.

Economic Abuse: The perpetrator excessively controls household finances, obstructs the victim's ability to work, or coerces the victim into financial arrangements such as forced borrowing, acting as a guarantor, or surrendering cash, securities, and other assets. These actions may involve transferring ownership, imposing burdens, or restricting access to income, thereby inducing fear or anxiety in the victim.

Given that this study focuses on police officers' arrest decisions at the scene of IPV incidents, the relevant form of abuse under investigation is physical abuse. Accordingly, physical violence serves as the analytical focus of this research.

2.2.2 Individual Factors Influencing IPV Arrests by Police

Existing literature suggests that police officers' individual characteristics and occupational attributes may influence their decisions to make arrests in IPV cases.[7] These characteristics include gender, age, years of service, educational background, marital status, rank, specialization, training experience, and workload. Each factor is discussed below.

Gender. Some studies indicate that female officers are more likely than male officers to arrest domestic violence offenders, possibly due to greater empathy toward female victims.[8] However, other research finds the opposite—male officers demonstrate a higher willingness to arrest IPV perpetrators. Robinson and Chandek (2000) found that male officers were significantly more inclined to arrest, while female officers were more likely to respect victims' preferences and resist mandatory arrest policies that limit discretion.

---

6 *Ho*, 2016.
7 Whitmore, 2003.
8 *Lambert* et al., 2007.

Age and tenure: Younger and less experienced officers tend to arrest more frequently, possibly because their enforcement behavior is guided by formal training and legal standards rather than contextual judgment. In contrast, senior officers, more socialized into police culture, may adopt a more cautious approach.[9] Yet, Taiwanese studies suggest that experienced officers are more willing to arrest when legal criteria are met.[10]

Education attainment. Research shows that officers with higher education levels are more likely to arrest, as they better understand the psychological and physical harm caused by IPV and are more familiar with arrest procedures.[11] However, Taiwanese studies report no significant correlation between education level and arrest decisions.[12]

Marital status. International research indicates that married officers are less inclined to arrest, possibly due to greater empathy for marital stress and a belief that arrest may not resolve underlying issues. These officers may prefer counseling referrals over punitive measures.[13] In contrast, Taiwanese studies found no significant link between marital status and arrest behavior.[14]

Rank and position. While international studies rarely address this factor, Cheng (2000) found no significant relationship between rank and arrest decisions in Taiwan. Nonetheless, differences in role and responsibility may influence officers' perspectives on IPV cases and warrant further investigation.

Specialization and experience. Officers with specialized roles or extensive experience in handling domestic violence cases may approach arrest decisions differently than those without such background. Robinson and Chandek *(*2000) found some association between experience and arrest decisions, but Taiwanese studies did not confirm this link.[15]

Training. Research highlights the impact of training on arrest behavior. For example, Buzawa (1988) found that officers with more training hours were more likely to make mandatory arrests. Mignon and Holmes (1995) reported that after one hour of IPV-related training, 52% of officers made arrests, but this rate dropped to 38% after 3.5 hours—possibly due to differences in training content. Taiwanese studies, however, found no significant relationship between training and arrest willingness.[16]

Workload of police agencies. Lambert et al. (2007) found that officers in high-workload departments were more likely to enforce the law strictly and make arrests when legal criteria were met. In contrast, officers in low-workload or rural stations, influenced by community policing practices, tended to be more conservative and consider familial or relational factors. In Taiwan, no studies have yet examined whether agency workload affects officers' arrest decisions in domestic violence cases.

---

9 *Lambert* et al., 2007.
10 *Yeh*, 1996; *Cheng*, 2000.
11 *Roberg/Bonn*, 2004; *Lambert* et al., 2007.
12 *Wei*, 1998; *Cheng*, 2000.
13 *Lambert* et al., 2007.
14 *Wei*, 1998; *Cheng*, 2000.
15 *Cheng*, 2000; *Huang*, 2002.
16 *Cheng*, 2000; *Huang*, 2002.

2.3 The current study

Based on existing literature, this study consolidates findings regarding police officers' personal characteristics and work-related factors that demonstrably influence their decision to make arrests in IPV cases upon arriving at the scene. While most of this research originates from Western societies, empirical studies conducted in Taiwan remain limited. In response to this gap, and drawing from research frameworks developed in the West, this study seeks to explore the key determinants influencing frontline police officers in Taiwan when conducting arrest decisions in IPV cases.

2.3.1 The Methods

2.3.1.1 Research Setting and Sampling

This study employed a questionnaire survey method, targeting 7,762 police officers across 16 precincts under the jurisdiction of the New Taipei City Police Department,[17] which is the biggest police department in Taiwan. Using non-random quota sampling, the researcher allocated samples based on the varying sizes of the 16 precincts and the number of police stations under each precinct. The original plan was to conduct on-site surveys at each police station in August 2021. However, due to the outbreak of COVID-19, it was inconvenient for respondents to visit precincts and stations in person. As a result, with the assistance of the city police department, the questionnaires were distributed to the Personnel Units of each precinct, which then delivered them to the respective police stations to facilitate completion. A total of 600 questionnaires were initially planned, and after three weeks, 525 valid responses were collected, yielding a response rate of 87.5%.

2.3.1.2 Measurement Instruments and Variables

Dependent Variable. To examine police officers' arrest behavior in IPV cases, this study designed a two-step item in the questionnaire. First, respondents were asked: "In the past year, have you handled any domestic violence cases involving marital, divorce, or cohabitation relationships (hereafter referred to as intimate partner violence, IPV)?" Those who answered "Yes" were then asked: "In handling IPV case have you ever directly arrested the perpetrator?" Responses of "Yes" were coded as 1, and "No" as 0. This binary outcome served as the dependent variable in subsequent statistical analysis.

Independent Variables. Drawing from existing literature, the study identified ten independent variables related to the respondents' demographic and professional characteristics. Biological Sex was coded as 1 = Male and 2 = Female. Age was categorized into eight options, namely 1 = Under 20, 2 = 20–24, 3 = 25–29, 4 = 30–34, 5 = 35–39, 6 = 40–44, 7 = 45–49, 8 = 50 and above. In terms of educational attainment, three options have been offered to respondents, namely 1 = High school, 2 = Junior college, 3 = University and above. As for marital status, it has been classified into two groups, 1 = Single (including separated or divorced); 2 = Married and cohabiting. Six variables were designed to measure work-related factors. Rank was divided into three categories: 1 = Police officer, 2 = Sergeant, 3 = Senior officer or above. The tenure was categorized as follows: 1 = Less than 3 years, 2 = 3–4 years, 3 = 5–9 years, 4 = 10–14 years, 5 = 15–19 years, 6 = 20 years or more. A

[17] New Taipei City Police Department, 2021.

question regarding domestic violence assignment in the past year was coded as a categorical variable, 1 = No and 2 = Yes. To asses prior training, respondents were asked whether they had participated in IPV-related training in the past year, with responses as 1= No and 2 = Yes. Finally, two questions have been designed to capture the workload intensity of police units where respondents served. First, the type of precinct was categorized as: 1 = Type A (most demanding), 2 = Type B, and 3 = Type C. Moreover, the type of police station was coded as: 1 = High-demand station, and 2 = General-demand station.

2.3.1.3 Analytical Strategy

Given that the dependent variable is categorical (i.e., whether the officer directly arrested the perpetrator in an IPV case), binary logistic regression (BLR) was employed as the primary statistical method. BLR is particularly suitable for modeling dichotomous outcomes and estimating the probability of a specific event occurring. It enables researchers to assess the relative contribution of each predictor while controlling for other covariates. This approach allows for the identification of the most significant predictors among the independent variables that influence arrest decisions in IPV cases.

2.3.2 Results

2.3.2.1 Descriptive statistics

Table 4 presents the descriptive statistics of the study sample. First, respondents were asked whether they had handled any IPV (intimate partner violence) cases in the past year. A total of 359 officers (68.4%) reported having such experience. Since the focus of this study is to examine the determinants influencing police officers' decisions to make arrests in IPV cases, these 359 respondents were selected as the analytical sample. Among them, 273 officers (76.0%) indicated that they had never directly arrested a perpetrator in IPV cases, while 86 officers (24.0%) reported having done so. This variable serves as the dependent variable in the study.

Regarding the independent variables, the majority of respondents were male (81.6%), with females accounting for only 17.5%. In terms of age, the two largest groups were officers aged 20–24 and 25–29, each comprising 33.4% of the sample, totaling 66.8%, indicating that the respondents were generally young. As for tenure, 33.1% had less than three years of experience, followed by 24.2% with three to five years, meaning that over half (57.3%) had fewer than five years of policing experience. Nearly 70% (68.8%) of respondents reported having a junior college education, and 74.7% identified as single, separated, divorced, or not currently cohabiting with a spouse.

In terms of rank, frontline officers made up the vast majority (92.5%). Only 17.8% of respondents had served as domestic violence officers or were responsible for IPV-related duties within their units. Additionally, 41.8% reported having attended IPV-related training courses in the past year. Regarding workload intensity of police organizational context, 49% of respondents served in Type B precincts (moderately demanding), while 43.2% served in Type A precincts (most demanding). Finally, 74.1% of respondents reported being assigned to high-demand police stations.

Table 4 Descriptive Statistics of All Surveyed Respondents (N=359)

Variables	Measurement	Frequency (%)	Mean (SD.)
Experience of making arrests in IPV case (DV)	1.None	273 (76.0)	
	2.Yes	86 (24.0)	
Independent variables			
Biological Sex	1.Male	293 (81.6)	
	2.Female	63 (17.5)	
Age	1.Less than 20 yrs.	1 (0.3)	3.32 (1.40)
	2.20 yrs. to less than 25 yrs.	120 (33.4)	
	3.25 yrs. to less than 30 yrs.	120 (33.4)	
	4.30 yrs. to less than 35 yrs.	45 (12.5)	
	5.35 yrs. to less than 40 yrs.	42 (11.7)	
	6.40 yrs. to less than 45 yrs.	19 (5.3)	
	7.45 yrs. to less than 50 yrs.	7 (1.9)	
	8.50 yrs. and above	5 (1.4)	
Tenure	1.Less than 3 yrs.	119 (33.1)	2.38 (1.33)
	2.3 yrs. to less than 5 yrs.	87 (24.2)	
	3.5 yrs. to less than 10 yrs.	77 (21.4)	
	4.10 yrs. to less than 15 yrs.	48 (13.8)	
	5.15 yrs. to less than 20 yrs.	13 (3.6)	
	6.20 yrs. and above	3 (3.1)	
Rank	1.Patrolling officer	332 (92.5)	
	2.Sergeant	17 (4.7)	
	3.Senior officer or above	6 (1.7)	
Educational attainment	1.Senior high school	15 (4.2)	2.22 (0.50)
	2. Junior college	247 (68.8)	
	3. University and above	96 (26.7)	
Marital status	1.Single	268 (74.7)	
	(separated/divorced)	91 (25.3)	
	2.Married and cohabiting		
Assigned to IPV duties in past yr.	1.No	291 (81.1)	
	2.Yes	68 (17.8)	
Attended IPV training in past yr.。	1.No	205(57.1)	
	2.Yes	150(41.8)	
Precinct type	1.Type A (most demanding)	155 (43.2)	
	2.Type B	176 (49.0)	
	3.Type C (less demanding)	28 (7.8)	
Police station type	1. High-demanding station	266 (74.1)	
	2. General station	89 (24.8)	

2.3.2.2 Multivariate Analysis: Binary Logistic Regression

Binary logistic regression (BLR) is a statistical method used to analyze dichotomous dependent variables by estimating the likelihood of an outcome based on sample characteristics. In this study, logistic regression was employed to examine how various independent variables influence police officers' decisions to directly arrest perpetrators at the scene of intimate partner violence (IPV). Specifically, the analysis focused on officers from the New Taipei City Police Department who had handled IPV cases in 2020, aiming to identify which demographic and professional characteristics significantly predicted arrest behavior.

Table 5 presents the results of the multivariate analysis. Three variables reached statistical significance: (1) participation in IPV-related training in the past year, (2) assignment to a high-demand precinct, and (3) assignment to a high-demand police station. Officers who had attended IPV-related training, served in high-demand precincts, or were stationed at high-demand police stations were significantly more likely to report having directly arrested a perpetrator in IPV cases. Notably, officers serving in high-demand precincts were 231% more likely to make direct arrests compared to those in less demanding precincts [(3.305 − 1) × 100]. Similarly, officers assigned to high-demand police stations were 137% more likely to carry out direct arrests than their counterparts in general stations [(2.374 − 1) × 100]. Furthermore, officers who had participated in IPV-related training in the past year were 115% more likely to report direct arrest behavior than those without such training [(2.147 − 1) × 100].

The overall model fit was statistically significant, with a chi-square value of 49.799 (df = 10, $p < .001$). The Nagelkerke R^2 was 0.202, indicating that the model explained approximately 20% of the variance in officers' decisions to make direct arrests in IPV cases.

Table 5 The Results from Multivariate Analysis of Binary Logistic Regression

	Predictors of Police Officers' Making Arrest Decision in IPV Cases	
Predictive variables	B (SE)	*Exp* (B)
Constant	-4.538 (1.102)	.011***
Biological Sex (1=female)	.116 (.400)	1.123
Age	-.060 (.194)	.942
Educational attainment	-.491 (.287)	.612
Marital status (1=married/ cohabitant)	-.439 (.433)	.645
Rank	-.023 (.515)	.977
Tenure	.311 (.203)	1.365
Assigned to IPV Duties (1=Yes)	.042 (.432)	1.043
Attended IPV Training (1=Yes)	.767 (.308)	2.153*
High-demand Precinct	1.195 (.268)	3.305***
High-demand Police Station (1=Yes)	.865 (.413)	2.374*
Chi-square/df	49.799***/10	
Nargelkerke R-square	.202	

Note: *p<.05; **p<.01;***p<.001.

2.4 Discussion and Conclusion

2.4.1 Discussion

Since the passage of Taiwan’s Domestic Violence Prevention Act in 1998, which has undergone six amendments, the legal framework for protecting victims of domestic violence has become increasingly comprehensive.[18] As a result, the number of reported domestic violence cases has steadily increased in recent years. Among these, IPV cases represent the largest proportion of reports, and police agencies account for the highest number of referrals within the reporting system.

Given that police officers are often the first agency of contact for victims seeking help, and that the public expects police intervention to effectively stop ongoing violence[19], Article 29, Paragraph 1 of the Taiwan’s Domestic Violence Prevention Act grants officers the authority to directly arrest perpetrators caught in the act. Based on this legal mandate, the present study focused on IPV—the most frequently reported type of domestic violence—to examine which personal and professional characteristics influence officers’ decisions to make direct arrests.

In August 2021, the study distributed 600 questionnaires using non-random quota sampling, based on the number of officers across precincts and their subordinate stations. A total of 525 valid responses were collected, yielding a response rate of 87.5%. Among these, 359 respondents (68%) reported having handled IPV cases between June 2020 and July 2021. Of those, 86 officers (24%) indicated they had directly arrested a perpetrator in such cases. Binary logistic regression analysis revealed several key findings.

First, officers who had attended IPV-related training in the past year were significantly more likely to report direct arrest behavior. This finding aligns with international research[20] but contrasts with domestic studies.[21] According to Mignon and Holmes (1995), 52% of officers who received one hour of IPV-related training engaged in mandatory arrest, though the rate dropped to 38% after 3.5 hours of training. Nevertheless, both figures were higher than those for untrained officers. It is speculated that training content—such as case analysis and legal clarification—enhances officers’ understanding of the legality and legitimacy of arrest decisions. This result warrants further investigation.

Second, officers serving in high-demand units—whether precincts or police stations—were significantly more likely to carry out direct arrests. This finding is consistent with Lambert et al.’s (2007) study in the U.S. Midwest, which found that officers in high-volume agencies tend to emphasize legal compliance and procedural enforcement. In contrast, officers in less demanding jurisdictions may prioritize discretion over strict legal adherence. To date, to the best of my knowledge, no Taiwanese studies have examined the relationship between organizational workload and arrest behavior in IPV cases, making this finding a novel contribution that merits future validation.

Finally, the study found that variables such as gender, age, years of service, education level, marital status, rank, and assignment to IPV duties did not significantly predict officers’

---

18 *Chuang*, 2021.
19 Ho, 2016; Chou, 1996.
20 Buzawa, 1988.
21 Cheng, 2000; Huang, 2002.

decisions to make direct arrests. This finding contrasts with prior research conducted in Western contexts. Stated differently, these factors appear to play a limited role in shaping frontline responses to IPV incidents in Taiwan.

2.4.2 Policy Implications

Based on the findings of this study, the following recommendations are proposed for consideration by law enforcement agencies.

(1) Increase the Duration and Quality of IPV-Related Training

This study found that among officers who had handled domestic violence cases in the past year, only about 42% reported participating in IPV-related training during that period. This low participation rate may be attributed to the COVID-19 pandemic, which led to the suspension or reduction of in-person training due to concerns over viral transmission and the lack of infrastructure for virtual instruction at the time. As the pandemic subsides, it is necessary to resume and expand IPV-related training programs.

Currently, the Criminal Investigation Bureau of the National Police Agency (NPA) organizes one- to three-day training sessions annually for officers involved in domestic violence cases. However, these sessions are often delivered in a traditional lecture format with limited interactivity. Domestic scholars have recommended adopting small-group formats, workshops, and experiential learning models to enhance training quality.[22] Therefore, it is advised that training programs be diversified by:

Differentiating content based on the type of domestic violence (e.g., IPV, child abuse, elder abuse).

Implementing small-group, interactive, and case-based learning formats.

Incorporating scenario simulations and peer sharing to improve officers' engagement and retention of legal and procedural knowledge.

(2) Establish Standardized Procedures for Handling IPV Cases

The study revealed that officers assigned to high-demand precincts and police stations were significantly more likely to report direct arrest behavior. Conversely, officers in rural or less busy jurisdictions appeared less likely to engage in such enforcement actions. This finding echoes *Lambert* et al.'s (2007) research in the U.S. Midwest, which found that suburban officers tend to adopt a more conservative approach to enforcement due to closer ties with community residents. However, as IPV is increasingly recognized as a criminal offense, and police are legally empowered to intervene—including through direct arrest—many U.S. states now regard arrest as a key deterrent strategy.[23] *Lambert* et al. (2007) further emphasized the importance of implementing standardized operating procedures (SOPs) for frontline officers responding to IPV cases. It is therefore recommended that:

Police departments develop and disseminate SOPs for IPV response.

---

22 *Cheng*, 2000; *Huang*, 2002.
23 *Sherman* et al., 1992; *Iyengar*, 2009.

SOPs be designed to minimize discretionary variation based on individual traits or organizational culture.

Arrest decisions be guided by clear legal criteria to ensure consistency and legitimacy across jurisdictions.

These measures can help reduce disparities in enforcement behavior and strengthen the credibility of police intervention in IPV cases.

2.4.3 Limitations

This study acknowledges several limitations that should be considered when interpreting the findings. First, the study employed a non-random sampling method. Although sample distribution was planned based on the size and scale of each precinct, data collection occurred during a period of heightened workload for frontline officers due to the COVID-19 pandemic. As a result, participation relied on voluntary completion during officers' off-duty hours. Consequently, the findings cannot be generalized to the broader police population.

Second, the study's predictive model was limited to individual demographic characteristics and work-related variables. Other theoretical frameworks and explanatory models relevant to police decision-making in IPV arrest situations were not incorporated. As such, the explanatory power of the model remains modest. Future research should consider integrating additional conceptual variables derived from criminological, psychological, or organizational theories to enhance analytical depth.

Finally, given the growing importance of this issue, future studies are encouraged to expand the scope of investigation to include police officers across all counties and municipalities in Taiwan. Doing so would contribute to the development of a localized and empirically grounded predictive framework for understanding police behavior in IPV contexts.

References

Buzawa, E. S. (1988). Coping with family violence: Research and policy perspectives. CA: Sage Publications.

Cheng, H.-W. (2000). A Study on Police Officers' Willingness to Arrest in Domestic Violence Cases: A Case Study of the Kaohsiung County Police Department. Master's thesis, Graduate Institute of Police Administration, Central Police University.

Chou, Y.-C. (1996). Marital Violence: Theoretical Analysis and Social Work Intervention. Taipei: Chuliu Publishing.

Chuang, T.-L. (2021). A Study on the Effectiveness and Challenges of Police Enforcement of Domestic Violence Protection Orders: A Case Study of Tainan City. Master's thesis, Graduate Institute of Crime Prevention and Control, National Chung Cheng University.

Hagan, F. E. (2006). Research methods in criminal justice and criminology (7th ed.). MA: Allyn and Bacon.

Ho, K. -C. (2016). A Study on Factors Related to Police Officers' Willingness to Arrest in Intimate Partner Violence Cases. Master's thesis, Graduate Institute of Crime Prevention and Control, Central Police University.

Huang, T.-W. (2002). An analysis of police officers' willingness to arrest perpetrators of marital violence: Personal, systemic, and interpersonal factors. Journal of Criminology, 9, 147–178.

Iyengar, R. (2009). Does the certainty of arrest reduce domestic violence? Evidence from mandatory and recommended arrest laws. Journal of Public Economics, 93(1-2), 85-98.

Lambert, E. G., Hogan, N. L., Barton, S. M., Jiang, S., Ventura, L., & Nerbonne, T. (2007). The impact of officer and agency characteristics on the likelihood of arrest in domestic violence situations among rural law enforcement officers. Journal of Police and Criminal Psychology, 22(2), 91-101.

Mignon, S., & Holmes, W. (1995). Police response to mandatory arrest laws. Crime and Delinquency, 41(4), 430–442.

Ministry of Health and Welfare. (2023). Statistics on Domestic Violence Reports. Retrieved from https://dep.mohw.gov.tw/DOPS/lp-1303-105-xCat-cat01.html

National Police Agency, Ministry of the Interior. (2023). Police Statistics Bulletin (Week 28, 2022). Retrieved from https://www.npa.gov.tw/ch/app/data/list?module=wg057&id=2218

New Taipei City Police Department. (2021). Information Service Website of the New Taipei City Police Department. Retrieved from https://www.police.ntpc.gov.tw/np-1073-1.html

Pan, S.-M. (2012). A Study on Intimate Partner Violence Issues. Commissioned research report, Ministry of the Interior.

Roberg, R., & Bonn, S. (2004). Higher education and policing: Where are we now? Policing: An International Journal of Police Strategies & Management, 27, 469–486.

Robinson, A. L., & Chandek, M. S. (2000). The domestic violence arrest decision: Examining demographic, attitudinal, and situational variables. Crime and Delinquency, 46(1), 18-37.

Sherman, L. W., Schmidt, J. D., & Rogan, D. P. (1992). Policing domestic violence: Experiments and dilemmas. NY: Free Press.

Wei, A.-M. (1998). A Study on Police Response Models to Marital Violence: A Case Study of the Taipei City Police Department. Master’s thesis, Graduate Institute of Crime Prevention and Control, Central Police University.

Yeh, L.-C. (1996). A Review of Police and Judicial System Responses to Marital Violence. Master’s thesis, Graduate Institute of Crime Prevention and Control, Central Police University.

3 Beziehungsgewalt vor und während der COVID-19 Pandemie – Ergebnisse aus zwei Campusstudien 2016 und 2021

Rita Haverkamp/Ines Hohendorf[1]

3.1 Einleitung

Im Zuge der Emanzipationsbewegung der 1970er Jahre erreichte häusliche Gewalt das öffentliche Bewusstsein und ist seither aus den Diskursen in Medien, Politik und Wissenschaft nicht mehr wegzudenken (*Gahleitner* et al., 2007, 11). Besondere Aufmerksamkeit erfährt das Phänomen während der COVID-19-Pandemie, da die massiven und langanhaltenden Ausgangsbeschränkungen eine beträchtliche, aber kaum wahrnehmbare Steigerung befürchten lassen. Denn es erscheint naheliegend, dass sich bei zusammenlebenden Paaren ohnehin schwelende Konflikte verstärken und häufiger in handgreifliche Streitigkeiten in Anzahl und Intensität münden. Bislang ist über Ausmaß und Umfang von Partnergewalt in dieser Krisenlage wenig bekannt (z.B. *Steinert/Ebert,* 2020). Zum einen sind die Frauenhäuser für Betroffene aufgrund der Pandemiebestimmungen schwerer bis gar nicht zugänglich und zum anderen steht die viktimologische Forschung diesbezüglich noch am Anfang.

In der deutschen Dunkelfeldforschung richtet sich das Forschungsinteresse an der binären Geschlechterdifferenz aus, nach der Partnergewalt traditionell von Männern an Frauen verübt wird (Übersicht bei *Hohendorf*, 2019). Forschungsdefizite lassen sich in dreierlei Hinsicht feststellen: Erstens fehlt es an Studien zu weiblicher Täterschaft und männlicher Opferschaft (*Lenz*, 2007, 22 ff.), zweitens an Studien über Beziehungsgewalt unter jungen Menschen (*Blättner* et al., 2015a, 895 ff.) und drittens an Studien aus Genderperspektive (Hohendorf 2019). Noch dazu handelt es sich in der Regel um Viktimisierungsstudien, bei denen die eigene Täterschaft (z.B. Victim Offender Overlap) weitgehend außen vor bleibt. Vermutlich liegt dies daran, dass bei Erwachsenen die Auskunftsbereitschaft zu selbstberichteter Delinquenz mit zunehmendem Alter beträchtlich abfällt (*Kreuzer* et al., 1993, 19). Vor kurzem wurden Jugendliche erstmals in einer Onlinestudie zu Täterschaft befragt (*Hohendorf*, 2019). Ziel dieser deutschlandweit durchgeführten Onlinestudie war die genderspezifische Analyse von Beziehungsgewalt unter jungen Menschen.

Der vorausgehende Onlinepretest richtete sich im Oktober 2016 an alle Angehörigen der Eberhard Karls Universität Tübingen und erhielt eine ungewöhnlich hohe Resonanz mit 797 vollständig ausgefüllten Fragebögen binnen zwei Tagen. Das übertraf die Erwartungen für einen Pretest bei Weitem und führte aufgrund der qualitativ hochwertigen Daten zu der Sonderstichprobe *Universitätsangehörige*. Angesichts der COVID-19 Pandemie bot sich eine erneute Universitätsbefragung mit einem gekürzten Erhebungsinstrument an. Während der sog. Bundesnotbremse wurden die Universitätsangehörigen im April 2021 wieder

---

[1] Auf dem Workshop trug Rita Haverkamp ausgewählte Ergebnisse zweiter Studien zur Beziehungsgewalt vor und während der COVID-19 Pandemie vor. Die Studien sind bereits veröffentlicht. Die folgenden Ausführungen sind ein mit Zustimmung der Autorinnen redaktionell überarbeiteter Nachdruck von Haverkamp, Rita; Hohendorf, Ines (2023). Intimate partner violence in Germany before and during the COVID-19 pandemic: A gender perspective. Temida 26 (2), 189-210. Online access.

zu Partnerschaftsgewalt online befragt. Innerhalb von einer Woche beantworteten 1.218 Befragte den Fragebogen vollständig. Im Folgenden geht es um Befunde aus den beiden Universitätsbefragungen, um Aussagen zur Viktimisierung bei Beziehungsgewalt vor und während der Pandemie treffen zu können. Einleitend erfolgt ein Überblick zur Hell- und Dunkelfeldforschung in Deutschland zum Phänomen.

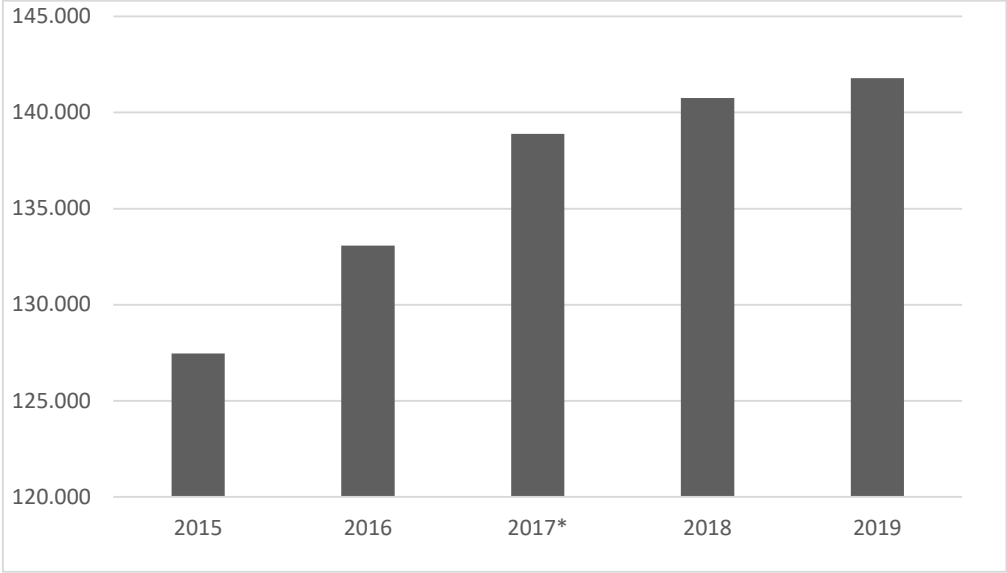
3.2 Hellfeld

Seit dem Jahr 2016 erscheint jährlich das Bundeslagebild Partnerschaftsgewalt des Bundeskriminalamts (BKA) unter anderem aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Altersklassen und Staatsangehörigkeit. Bei den einbezogenen Delikten handelt es sich um Mord und Totschlag, alle Formen der Körperverletzung, Sexualtaten, Bedrohung, Stalking, Nötigung, Freiheitsberaubung, Zuhälterei und Zwangsprostitution. Mittlerweile liegen detaillierte Angaben zu dem Phänomen für die Berichtsjahre 2015 bis 2019 vor. Erst im November 2021 ist mit Daten aus dem Berichtsjahr 2020 zu rechnen, so dass ein Hellfeldvergleich über Partnerschaftsgewalt vor und während der COVID-19-Pandemie ausscheidet.

Im Fünfjahreszeitraum lässt sich allerdings eine stete Erhöhung der Opferzahl[2] partnerschaftlicher Gewalt beobachten (Abb. 1). Auch wenn sich die Zahlen ab dem Jahr 2017 mit denen der Vorjahre schwerlich vergleichen lassen, steigt die Anzahl der Opfer in den beiden Folgejahren weiter. Sofern sich diese Entwicklung für das Jahr 2020 ähnlich darstellen würde, ließe sich nicht unbedingt ein Zusammenhang mit der Pandemie herstellen. Der Bedeutungszuwachs von Partnerschaftsgewalt schlägt sich in einem Anstieg um 11,2% nieder, der weniger auf die Deliktserweiterung als auf die Zunahme einfacher Körperverletzungen – dem mit Abstand wichtigstem Delikt – um 6,7% (2015: 81.394; 2019: 86.812) zurückgeht. Dennoch stellt sich die Frage nach dem Ausmaß des Dunkelfelds, bei dem das Anzeigeverhalten eine große Rolle spielt. Möglicherweise erhöhte dabei die #MeToo-Debatte die Anzeigebereitschaft.

[2] „Unechte“ Zählung = Mehrfachzählung von Personen, die während eines Berichtsjahres mehrere Male als Opfer in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) eingehen.

Abbildung 1. Entwicklung der Opferzahl partnerschaftlicher Gewalt



Quelle: BKA Bundeslagebild Partnerschaftsgewalt 2019, S. 3

* 2017 Erweiterung um Nötigung, Freiheitsberaubung, Zuhälterei und Zwangsprostitution

Im Jahr 2019 waren insbesondere mit 38,2% Opfer „ehemaliger Partnerschaften“ (54.152) betroffen, es schließen sich mit 32,8% Opfer von „Ehepartnern“ (46.476) an und mit 28,7% Opfer von „Partnern nichtehelicher Lebensgemeinschaften“ (40.678). Ganz überwiegend waren die Opfer von Partnerschaftsgewalt mit 81% weiblich (114.903). Obgleich die Opferzahl von Frauen leicht zunahm, fällt der Anstieg sowohl der Opferzahl (2015: 23.167; 2019: 26.889) als auch des Opferanteils (2015: 18,2%; 2019: 19,0%) von Männern im Beobachtungszeitraum auf. Altersmäßig dominieren mit 33,1% Opfer von 30 bis unter 40 Jahren (46.978), mit Abstand gefolgt von 40- bis unter 50-Jährigen mit 18,8% (26.670). Bemerkenswert ist die kontinuierliche Verringerung des weiblichen Opferanteils bei steigendem Alter: Machen Frauen unter 21 Jahren 90,1% aller Opfer von Partnerschaftsgewalt aus, so beträgt ihr Anteil ab 60 Jahren nur noch 66,7%. Eventuell hängt dieser Unterschied mit der nachlassenden Körperkraft und der Pflegebedürftigkeit von Männern zusammen. Im Verhältnis zum Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 12,5% im Jahr 2019 sind nichtdeutsche Opfer von Partnerschaftsgewalt mit 29,5% überrepräsentiert. Allerdings ist ein Vergleich zur ausländischen Wohnbevölkerung schief, weil die PKS auch nicht in Deutschland ansässige Personen anderer Nationalität erfasst.

Bei den Tatverdächtigen[3] kehrt sich die Geschlechterverteilung um: 79,4% der 118.176 Tatverdächtigen waren im Jahr 2019 männlich. In etwa spiegelbildlich zu den Opfern verhält sich die Altersverteilung, nach der Tatverdächtige von 30 bis unter 40 Jahren den höchsten Anteil von 33,2% (39.541) aufweisen und danach die 40- bis unter 50-Jährigen mit 21,3% (25.383). Anders sieht es bei Tatverdächtigen mit steigendem Alter aus, da der Anteil männlicher Tatverdächtiger – nicht derjenige weiblicher – beständig zunimmt: So lag der Anteil männlicher Tatverdächtiger bei den unter 21-Jährigen bei 68,6% und bei den ab 60-Jähri-

[3] „Echte“ Zählung = Einmalzählung von Personen, die während eines Berichtsjahres in mehreren Bundesländern oder mit mehreren Delikten in der PKS registriert werden.

gen bei 84,0%. Nichtdeutsche Tatverdächtige waren mit einem Anteil von 33,9% im Verhältnis zur ausländischen Wohnbevölkerung im Jahr 2019 trotz eingeschränkter Vergleichbarkeit deutlich überrepräsentiert.

3.3 Dunkelfeld

Die männliche Dominanz bei der Täterschaft setzt sich in der Dunkelfeldforschung, die tiefergehende Einblicke in die Opfer- und Täterhäufigkeit wie auch Gewaltdynamiken gibt, in Deutschland fort: In Opferstudien zu Beziehungsgewalt geht es meist um die Viktimisierung von Frauen durch Männer. Um in den Studien erlebte und ausgeübte Partnerschaftsgewalt zu messen, kommt überwiegend die vielfach erprobte Conflict Tactics Scale (CTS) von Murray Strauss (Straus et al. 1996) zur Anwendung. Die CTS misst leichtere und schwerere Formen psychischer, körperlicher und sexueller Partnergewalt. Zwar ist die verbreitete Kritik an dem Instrument, soziale Entstehungskontexte und Folgen von Gewalt außen vor zu lassen, berechtigt, doch hat sich die CTS als zuverlässiges Messinstrument bewährt und lässt auf einer breiten Datenbasis Vergleiche unter Studien zu (*Schwithal*, 2004, 35). Im Unterschied zum angloamerikanischen Raum gibt es jedoch in Deutschland keine Langzeituntersuchungen zu Beziehungsgewalt, was aus Lebensverlaufsperspektive wegen der möglichen Chronifizierung von Gewalt in erwachsenen Partnerschaften bedauerlich ist (*Blättner* et al., 2015b, 178).

Erwachsenenbefragungen zum Erleben und Ausüben von Partnerschaftsgewalt gibt es in Deutschland seit Ende der 1980er Jahre (Übersicht bei *Hohendorf,* 2019, 109 ff.). Allerdings liegt die letzte Repräsentativbefragung von Frauen hierzu schon 17 Jahre zurück (*Müller/Schröttler,* 2004). Aus der Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (n=8.862) ergibt sich, dass von den befragten Frauen im Alter von 16 bis 85 Jahren ein Viertel in ihrem Leben mindestens einmal Opfer physischer und/oder sexueller Gewalt durch den männlichen Partner geworden ist. Von den weiblichen Befragten hatten bereits 9% erstmals Gewalt im Alter bis 17 Jahre erfahren und 34% im Alter zwischen 18 und 24 Jahren. Bei einem kleinen Teil war der Beziehungsgewalt durch den Partner selbst ein körperlicher Angriff (10% einmal, 4% mehrfach) vorausgegangen. Parallel zur Frauenstudie fand eine Pilotstudie mit männlichen Opfern von Partnerschaftsgewalt statt (*Puchert* et al., 2004), doch lässt nach wie vor eine repräsentative Untersuchung auf sich warten (Übersicht bei *Kolbe/Büttner*, 2020). Die Stichprobe umfasste 266 Männer im Alter von 18 bis 65 Jahren, von denen 190 Befragte Partnergewalt kannten. Ähnlich den befragten Frauen hatten 25% der Männer mindestens einmal einen körperlichen Angriff durch die Partnerin erlebt. Im Geschlechtervergleich der beiden Studien waren jedoch die männlichen Befragten der Pilotstudie mit 5% viel seltener von schwerer Partnerschaftsgewalt betroffen als die weiblichen Befragten der Frauenstudie mit 64%. Vor dem körperlichen Angriff ihrer Partnerin hatten zuerst sechs befragte Männer einmal und fünf gelegentlich Gewalt gegen sie ausgeübt. In einer Studie zur Gesundheit Erwachsener (n=5.939) in Deutschland (DEGS1) aus dem Jahr 2013 gaben 1,2% der weiblichen Befragten und 0,9% der männlichen Befragten an in den vergangenen zwölf Monaten körperliche Partnerschaftsgewalt erfahren zu haben. Über eigene Täterschaft berichteten 1,3% der weiblichen Befragten und 0,3% der männlichen Befragten (Schlack et al. 2013, 759). Berechtigte Kritik an Durchführung und Auswertung der DEGS1 übt Schröttle (2013, 1): „Dieses Ergebnis, […], ist ein Artefakt. Es beruht vor allem darauf, dass das eingesetzte Modul zur Abfrage von Gewalt keine differenzierte Erfassung von Schweregraden und Folgen von Gewalt im Geschlechterverhältnis erlaubt. Zudem berücksichtigen die Auswertungen und Interpretationen der Daten unzureichend den aktuellen Kenntnisstand der Forschung und Diskussion

in Bezug auf Gewalt, Geschlecht und Gesundheitsfolgen, wodurch wichtige Hintergrundinformationen zur Einordnung der Daten fehlen."

Studien zufolge sind die Folgen von Beziehungsgewalt insbesondere bei jungen Menschen schwerwiegend: Am häufigsten treten Konzentrations- und Lernschwierigkeiten, ein verändertes Ess- und Trinkverhalten sowie Suizidgedanken auf (*Blättner* et al., 2015b, 176). Während es bei weiblichen Betroffenen eher zu erhöhter Angst vor sozialen Beziehungen kommt, zeigt sich bei männlichen Betroffenen eine erhöhte emotionale und soziale Abwehrhaltung (*Blättner* et al., 2015b, 176). Insbesondere geben soziodemografische Daten und Angaben zu sozialen Geschlechterrollenbildern Aufschluss über Risikofaktoren. Gleichermaßen sind als Risikofaktoren für Viktimisierung und Täterschaft in der Beziehung anerkannt: Gewalterfahrungen in der Kindheit, ungleiche Macht- und Rollenverteilung, soziale Isolation, Alter (je jünger, desto höher Viktimisierungsrisiko und Täterwahrscheinlichkeit) und Bildung (je niedriger, desto höher Viktimisierungsrisiko und Täterwahrscheinlichkeit). Das Viktimisierungsrisiko erhöhen zusätzlich das Beobachten elterlicher Gewalt, das Frausein, Einkommen (je niedriger, desto höher), ein Migrationshintergrund sowie soziale Isolation (vgl. Hohendorf 2019, 119). Demgegenüber fördern die Täterwahrscheinlichkeit eine legitimierende Einstellung zu Gewalt, das Mannsein, ein negatives Selbstbild, Drogen- und Alkoholkonsum wie auch die sog. token resistance, also vermeintlich „nein" sagen, aber „ja" meinen (*Hohendorf,* 2019, 119 f.). Die Übereinstimmung zahlreicher Risikofaktoren und auch erste Ergebnisse aus der deutschen Forschung, die hierzu allerdings erst am Anfang steht, weisen auf das Auftreten des Victim Offender Overlap bei Partnerschaftsgewalt hin (15% Frauenstudie von *Müller/Schröttle*, 2004; 26% in der Männerpilotstudie von *Puchert* et al., 2004).

3.4 Ergebnisse der Campusstudien 2016 und 2021

Die Datengrundlage für den Vergleich von Beziehungsgewalt vor und während der COVID-19 Pandemie bilden zwei Online-Campusbefragungen von Herbst 2016 und Frühjahr 2021 an der Eberhard Karls Universität Tübingen.[4] Die Befragungen liefern Querschnittsdaten zu soziodemografischen Merkmalen, Opferwerdung und Täterschaft bei Beziehungsgewalt unter Studierenden, Mitgliedern und Angehörigen der Universität Tübingen.[5] Das Erleben[6] und Ausüben[7] von Beziehungsgewalt wurde mittels der *Conflict Tactics Scale 2* (CTS2) von

---

4 Aufgrund des Datenzugangs können Aussagen zu Tendenzen und Variablenzusammenhängen innerhalb der Stichproben gemacht werden; Übertragungen auf die bundesdeutsche Bevölkerung sind nur bedingt möglich.

5 Da die Befragungen nicht zugangsbeschränkt waren, bestand die Möglichkeit, den Umfragelink an externe Personen weiterzuleiten.

6 Erhoben wurde Viktimisierung, sprachlich an das Partnergeschlecht angepasst (2016) bzw. gender-neutral formuliert (2021), mittels folgender Items auf einer Skala von *nie*, *1-2 mal*, *3-5 mal* und *mehr als 5 mal*: „Mein Freund hat versucht, mich zu kontrollieren", „Mein Freund hat mich durch Beschimpfungen und Beleidigungen verletzt", „Mein Freund hat gedroht, mich körperlich zu verletzen", „Mein Freund hat mich wütend weggeschubst", „Mein Freund hat mich geohrfeigt", „Mein Freund hat mich geschlagen", „Mein Freund hat mich auf sexuelle Art berührt, obwohl ich es nicht wollte", „Mein Freund hat mich zum Sex gezwungen, obwohl ich es nicht wollte".

7 Erhoben wurde Täterschaft, sprachlich an das Partnergeschlecht angepasst (2016) bzw. gender-neutral formuliert (2021), mittels folgender Items auf einer Skala von *nie*, *1-2 mal*, *3-5 mal* und *mehr als 5 mal*: „Ich habe versucht, meinen Freund zu kontrollieren", „Ich habe meinen Freund durch Beschimpfungen und Beleidigungen verletzt", „Ich habe meinem Freund gedroht, ihn körperlich zu verletzen", „Ich habe meinen Freund wütend weggeschubst", „Ich habe meinen Freund geohrfeigt", „Ich habe meinen Freund geschlagen", „Ich habe meinen Freund auf sexuelle Art

Murray Straus (*Straus et al.,* 1996) erhoben, angelehnt an die deutsche Übersetzung von *Müller und Schröttle* (2004). Während der Sonderstichprobe 2016 ein weiter Gewaltbegriff, nämlich die Anwendung jeglicher psychischen, körperlichen und sexuellen Gewalt, zugrunde liegt, wurde die Campusbefragung 2021 noch um einen engen Gewaltbegriff ergänzt. Der enge Gewaltbegriff bezieht nur diejenigen Handlungen mit ein, die für Opfer resp. Täter mit psychischen und/oder körperlichen Verletzungsfolgen bzw. -absichten verbunden sind. Diese Eingrenzung ermöglicht es, nicht jede aggressive Handlung als Gewalthandlung zu bewerten und verhindert eine Desensibilisierung des Gewaltverständnisses sowie eine Herabsetzung von Gewaltschwellen (vgl. *Hohendorf*, 2019, 201). Die Gegenüberstellung von Häufigkeiten nach weitem und engem Gewaltbegriff lässt eine realistischere Einschätzung der Verbreitung von Beziehungsgewalt zu, weil besser zwischen hitzigen Auseinandersetzungen (weiter Gewaltbegriff) und intentionalen Gewaltakten (enger Gewaltbegriff) unterschieden werden kann. Im Unterschied zur Sonderstichprobe 2016 wurde in der Campusbefragung 2021 nicht nur die Lebenszeitprävalenz erhoben, sondern auch die 12-Monatsprävalenz zur Erfassung von Partnerschaftsgewalt während der COVID-19 Pandemie.

3.4.1 Rücklauf und Stichprobenbeschreibung

Der Rücklauf der Befragung 2021 (N=39.389) lag mit 1.218 vollständig ausgefüllten Fragebögen bei 3,1% und damit etwas höher (2,1%) als bei der Sonderstichprobe 2016 (N=37.817) mit 797 vollständig beantworteten Fragebögen.[8] Die Stichprobenzusammensetzung der beiden Befragungen ähnelt sich mit Blick auf soziodemografische Merkmale. Etwa Dreiviertel der Teilnehmenden sind weiblich (2016: 74%, 2021: 77%) und (unter) ein Viertel männlich (2016: 26%, 2021: 22%). Die 2021 aufgenommene Geschlechtsoption „divers“ wählten 17 Personen (1%). Das Durchschnittsalter liegt 2016 bei 23 Jahren (16 bis 59 Jahre) und 2021 etwas höher bei 25 Jahren (14 bis 71 Jahre).[9] Nach Altersklassen gruppiert dominieren die jüngeren Jahrgänge. 2016 sind 25% der Befragten im Alter von 14 bis 20 Jahren, 67% zwischen 21 und 29 Jahren, 7% zwischen 30 und 39 Jahren und 1% 40 Jahre und älter. In der Befragung 2021 entfallen 19% auf 14- bis 20-Jährige und 70% auf 21- bis 29-Jährige; 30- bis 39-Jährige machen 7% aus und 4% sind 40 Jahre und älter. Erwartungsgemäß verfügen fast alle Teilnehmenden über ein hohes Bildungsniveau in Form von (Fach-)Abitur, (Fach-)Hochschulabschluss oder Promotion (2016: 96%, 2021: 90%) und besitzen mehrheitlich die deutsche Staatsangehörigkeit (2016: 87%, 2021: 82%). 2021 fällt der Anteil der ausländischen Teilnehmenden mit 18% etwas höher aus als der Anteil der Nichtdeutschen im zugehörigen Bundesland Baden-Württemberg 2020 mit 16,1%.[10] Auch die Eltern der Teilnehmenden weisen überwiegend ein hohes Bildungsniveau auf (2016: 66%, 2021: 68%) und sind überwiegend im Besitz eines deutschen Passes (2016: 84%, 2021: 77%). Zudem verfügen nahezu alle Teilnehmenden über Beziehungserfahrung (2016: 96%, 2021: 93%), was die zentrale Voraussetzung darstellt, um Aussagen

---

berührt, obwohl er es nicht wollte“, „Ich habe meinen Freund zum Sex gezwungen, obwohl er es nicht wollte“.

8 Der etwas höhere Rücklauf der Befragung hängt vermutlich mit der etwas längeren Laufzeit zusammen. Im Unterschied zur zweitägig laufenden Sonderstichprobe 2016 stand die Befragung 2021 eine Woche zur Verfügung.

9 Der Altersspanne lässt sich entnehmen, dass der Zugangslink an Nicht-Universitätsangehörige weitergeleitet wurde, vgl. auch Fn. 4.

10 https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2021089 .

zum Erleben und Ausüben von Partnergewalt machen zu können.[11] Aktuell in einer Beziehung waren zum Zeitpunkt der Erhebung 2016 84% und 2021 79%. Über frühere Partnerschaften berichteten 2016 87% und 2021 64% der Teilnehmenden. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um heterosexuelle Partnerschaftserfahrungen (2016 und 2021 je 97%).

3.4.2 Viktimisierung

Zur Prüfung der Validität der Daten zu Viktimisierungserfahrungen werden zunächst die Stichproben der Befragungen 2016 und 2021 hinsichtlich Opferhäufigkeiten und Gewaltformen nach Alter und Geschlecht miteinander verglichen. Um Aussagen zum Erleben von Beziehungsgewalt vor und während der Corona-Pandemie machen zu können, erfolgt dann eine Gegenüberstellung der Viktimisierungserfahrungen der Befragung 2021 nach Lebenszeit- und Jahresprävalenz. Der niedrige Männeranteil, die ungleiche Altersverteilung sowie das Einschränken des Gewaltbegriffs bedingen z.T. sehr geringe absolute Häufigkeiten, weshalb die Prozentangaben vorsichtig interpretiert werden sollten. In den Tabellen ist sowohl Gewalt im weiten Sinne als auch Gewalt im engen Sinne – mit willentlich zugefügten psychischen oder körperlichen Folgen – der Campusbefragung 2021 abgebildet.

3.4.2.1 Lebenszeitprävalenz von Beziehungsgewalt 2016 und 2021

Von allen 766 bzw. 1.129 Befragten mit Beziehungserfahrung sind nach dem weiten Verständnis 2016 68% und 2021 62% von Partnergewalt betroffen gewesen, 2021 nach dem engen Verständnis 26%. Unabhängig von den Folgen für die Betroffenen sind 2016 je 68% der befragten Männer und Frauen mindestens einmal Opfer von Partnergewalt im Lebensverlauf geworden (vgl. Tab. 1). 2021 ist die Betroffenheit der Frauen auf 59% gesunken, umgekehrt ist die der Männer leicht gewachsen (70%). Insgesamt sind die Werte geringer, wenn emotionale und/oder körperliche Folgen berücksichtigt werden. In dem Fall berichteten bei den Frauen 30% und bei den Männern 28% von Viktimisierungserfahrungen. Bei den Frauen gehen die Werte um fast, bei den Männern über das Doppelte zurück. Übereinstimmend mit viktimologischen Erkenntnissen (vgl. nur *Schröttle,* 2013) kann dies dahingehend gedeutet werden, dass Partnergewalt für Frauen mit schwereren Folgen verbunden ist als für Männer.

Wenig überraschend steigt mit zunehmendem Alter, also mit zunehmender Beziehungserfahrung, die Viktimisierungshäufigkeit. Folglich wächst die Viktimisierungshäufigkeit beim weiblichen Geschlecht mit höherem Alter zwischen 2016 (14-20: 64%, 40+: 6 von 7 Frauen) und 2021 (14-20: 53%; 40+: 78%) sukzessive an. Beim engen Gewaltverständnis liegt der niedrigste Wert ebenfalls bei den 14- bis 20-Jährigen (24%), der höchste Wert jedoch bei den 30- bis 39-Jährigen (47%). Bei den befragten Männern sieht es etwas anders aus: 2016 sind die 30- bis 39-Jährigen mit 85% am stärksten betroffen, 2021 nach einem weiten Verständnis die 21- bis 29-Jährigen mit 66% am wenigsten und nach einem engen Verständnis sukzessive die Älteren mehr (14-20: 15%, 40+: 5 von 10 Männern).

Unter den männlichen 14- bis 20-jährigen Befragten ist die Opferwerdung von 57% 2016 auf 76% 2021 sprunghaft angestiegen. Demgegenüber ist der Anteil der weiblichen Gleichaltrigen von 64% 2016 auf 53% 2021 gesunken. Allerdings ist die Angabe „ein- bis zweimalige Gewalthandlungen“ in beiden Befragungen über Altersklassen und Geschlechter

[11] Die Teilnehmenden ohne Beziehungserfahrung übersprangen alle weiteren Fragen und bleiben deshalb in der Auswertung unberücksichtigt.

hinweg die mit Abstand vorherrschende Gewalterfahrung geblieben. Dies könnte ein Indiz für die sog. „common couple violence“[12] sein, bei der es sich um einfache leichte Gewalt handelt und die vermehrt von Frauen verübt und von Männern erlebt wird.

Tabelle 1. Lebenszeitprävalenz nach Geschlecht und Alter 2016 und 2021

Lebenszeit	**Frauen**					**Männer**				
2016 (weit)	gesamt	14-20	21-29	30-39	40+	gesamt	14-20	21-29	30-39	40+
nie	180	53	118	8	1	61	19	37	3	2
1-2 mal	188	51	124	9	4	48	11	33	4	0
3-5 mal	98	27	67	4	0	39	8	26	5	0
>5 mal	104	18	75	9	2	48	6	32	8	2
mind. einmal	390	96	266	22	**6**	135	25	**91**	**17**	2
gesamt	570	149	384	30	7	196	44	128	20	4
nie	32%	36%	31%	27%	14%	31%	43%	29%	15%	50%
1-2 mal	33%	34%	32%	30%	57%	24%	25%	26%	20%	0%
3-5 mal	17%	18%	17%	13%	0%	20%	18%	20%	25%	0%
>5 mal	18%	12%	20%	30%	29%	24%	14%	25%	40%	50%
mind. einmal	68%	64%	69%	73%	**86%**	68%	57%	**71%**	**85%**	50%
gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	99%*	100%	100%	100%	100%

[12] Die Diskrepanz der Dunkelfeldforschung zum Erleben und Ausüben von Beziehungsgewalt bei Männern und Frauen kann durch die Unterscheidung nach common couple violence (einfache leichte Gewalt) und patriarchal terrorism (mehrfache schwere Gewalt) erklärt werden. Nach Johnson (1995, 287) sind Männer und Frauen tendenziell gleich häufig Opfer und/oder Täter in der Beziehung, jedoch werden Männer ihrem weiblichen Opfer gegenüber öfter wiederholt schwer gewalttätig mit dem Ziel systematischer Zwangs- und Kontrollausübung. Demgegenüber zeigt sich Gewaltanwendung von Frauen als seltenes, spontanes Konfliktverhalten, das aus der Situation entsteht und leichte Formen umfasst.

2021 (weit)										
nie	353	80	253	13	7	70	10	51	7	2
1-2 mal	255	48	185	11	11	91	22	56	9	4
3-5 mal	117	24	88	3	2	31	3	16	7	5
>5 mal	152	19	104	17	12	45	6	27	8	4
mind. einmal	524	**91**	377	31	**25**	167	**31**	**99**	24	13
gesamt	877	171	630	44	32	237	41	150	31	15
nie	40%	47%	40%	30%	22%	30%	24%	34%	23%	13%
1-2 mal	29%	28%	29%	25%	34%	38%	54%	37%	29%	27%
3-5 mal	13%	14%	14%	7%	6%	13%	7%	11%	23%	33%
>5 mal	17%	11%	17%	39%	38%	19%	15%	18%	26%	27%
mind. einmal	59%	**53%**	60%	71%	**78%**	70%	**76%**	**66%**	78%	87%
gesamt	99%*	100%	100%	101%*	100%	100%	100%	100%	101%*	100%
2021 (eng)										
nie	525	113	377	21	14	138	24	94	15	5
1-2 mal	89	15	68	3	3	25	3	16	4	2
3-5 mal	48	10	34	3	1	11	1	7	1	2
>5 mal	93	11	64	12	6	18	0	13	4	1
mind. einmal	230	**36**	166	**18**	10	54	**4**	36	9	**5**
gesamt	755	149	543	39	24	192	28	120	24	10
nie	70%	76%	69%	54%	58%	72%	86%	72%	63%	50%
1-2 mal	12%	10%	13%	8%	13%	13%	11%	12%	17%	20%
3-5 mal	6%	7%	6%	8%	4%	6%	4%	5%	4%	20%
>5 mal	12%	7%	12%	31%	25%	9%	0%	10%	17%	10%
mind. einmal	30%	**24%**	31%	**47%**	42%	28%	**15%**	27%	38%	**50%**
gesamt	100%	100%	101%*	101%*	100%	100%	101%*	100%	99%*	100%

* Rundungsfehler

Darüber hinaus berichteten beide Geschlechter mit großem Abstand am häufigsten von emotionaler und sozialer Kontrolle, Beschimpfungen und Beleidigungen sowie Drohungen mit körperlicher Gewalt. Im Vergleich zwischen 2016 und 2021 ist nach dem weiten Verständnis ein Rückgang – insbesondere bei den Frauen von 65% (n=570) auf 49% (n=877), bei den Männern von 66% (n=196) auf 60% (n=237) – zu verzeichnen. Unterdessen ist körperliche Gewalt in Form von Schubsen, Ohrfeigen und Schlägen stark gestiegen. Bei den Männern hat sich der Wert mehr als verdoppelt (2016: 14%, n=196, 2021: 38%, n=237) und bei den Frauen sogar vervierfacht (2016: 6%, n=570; 2021: 25%, n=877). Sexuelle Gewalt durch ungewollte sexuelle Berührungen oder ungewolltem Sex ist bei den Männern mit 13% gleichgeblieben (2016: n=196, 2021: n=237), aber bei den Frauen um zehn Prozentpunkte von 19% (n=570) auf 29% (n=877) gestiegen. Prozentual recht ähnlich sehen 2021 die Verteilungen nach Geschlecht aus, wenn emotionale und/oder körperliche Folgen berücksichtigt werden: 22% der 193 Männer und 23% der 761 Frauen berichteten von psychischer Gewalt. Jeweils 11% der 218 Männer und 823 Frauen hatten körperliche Gewalt

erlebt. Sexuelle Gewalt ist 3% der 231 Männern und 11% der 823 Frauen widerfahren. Vergleichend lassen sich folglich nach einem weiten Gewaltverständnis zwischen 2016 und 2021 Abnahmen bei psychischer, aber zum Teil erhebliche Zunahmen bei körperlicher und sexueller Gewalt konstatieren. Dabei dominieren sowohl ohne als auch unter Berücksichtigung der Folgen psychische Gewalterfahrungen.

Mit Blick auf das Alter sind es vor allem die 14- bis 20-Jährigen, die psychische Gewalt erlebt hatten. Während sich der Anteil der männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden von 57% (n=44) im Jahr 2016 auf 66% (n=41) 2021 erhöhte, ist der Anteil der weiblichen von 60% (n=149) im Jahr 2016 auf 43% (n=171) 2021 zurückgegangen. Prozentual steigen für beide Geschlechter die Erlebnisse von körperlicher sowie sexueller Gewalt mit dem Alter an. So sind es bei körperlicher Gewalt 2016 4 der 44 männlichen (9%) und 8 der 149 weiblichen 14- bis 20-jährigen Befragten (5%). 2021 sind es 13 der 41 männlichen Befragten (32%) und 20% der 171 weiblichen Befragten. Sexuelle Gewalt hatten ebenfalls die 14- bis 20-Jährigen am seltensten erlebt. 2016 sind es bei den jungen Frauen 18% (n=149) und bei den jungen Männern 7 von 44 Personen (16%); 2021 waren 28% der 171 jungen Frauen und 6 der 41 jungen Männer (25%) betroffen. Wenn die Zahlen auf Ereignisse mit emotionalen und/oder körperlichen Folgen (enger Gewaltbegriff) für die Betroffenen eingeschränkt werden, dann liegt die Tendenz, dass Jüngeren eher psychische, Älteren eher körperliche und sexuelle Gewalt widerfährt, wegen der geringen Zellbesetzung 2021 nicht klar vor. Psychische Gewalt findet gehäuft in der Altersklasse der über 40-Jährigen statt (10 von 24 Frauen; 4 von 10 Männern). Das gilt auch für körperliche Gewalt (8 von 30 Frauen; 4 von 13 Männern). Sexuelle Gewalterfahrungen machten anteilig bei den Frauen die meisten 30- bis 39-Jährigen (6 von 40 Personen), bei den Männern über 40-Jährige (2 von 15 Personen).

Insgesamt ergeben sich zwischen den zwei Campusbefragungen Änderungen dahingehend, dass die befragten Männer 2021 in ihrem Leben etwas häufiger Partnergewalt erlebt hatten oder bereit waren darüber Auskunft zu geben als Frauen. Diese Beobachtung trifft insbesondere für einmalige Partnergewalt zu: Bei den männlichen 14- bis 20-Jährigen handelt es sich um eine Steigerung von 19 Prozentpunkten, bei den weiblichen Gleichaltrigen lässt sich hingegen ein Rückgang um 11 Prozentpunkte konstatieren. Bei den 21- bis 29-jährigen Befragten ist die Beziehungsgewalt bei beiden Geschlechtern rückläufig: um 9 Prozentpunkte bei den Frauen und um 5 Prozentpunkte bei den Männern. Im Vergleich mit 2016 verringert sich 2021 die erlebte Gewalt insgesamt um 7 Prozentpunkte. Dabei stellt psychische Gewalt nach wie vor die wichtigste Form der Gewalt dar – und zwar auch, wenn die Folgen von Gewalt (enger Gewaltbegriff) berücksichtigt werden.

3.4.2.2 Jahresprävalenz von Beziehungsgewalt 2021

Nach einem weiten Gewaltverständnis berichteten 2021 in einem 12-Monatszeitraum vor der Erhebung 39% der 1.129 Befragten mit Beziehungserfahrung von Beziehungsgewalt, nach einem engen Gewaltverständnis waren es 12%. Die befragten Männer sind wie schon bei der Lebenszeitprävalenz 2021 im Zeitraum April 2020 bis April 2021 deutlich häufiger Gewalt im weiten Sinn in der Partnerschaft ausgesetzt gewesen als die befragten Frauen (61% zu 49%). Bei den Männern (vgl. Tab. 2) gaben am häufigsten die über 40-Jährigen (8 von 10 Befragten) Gewalt an, gefolgt von den 14- bis 20-Jährigen (70%) und den 30- bis 39-Jährigen (15 von 22 Befragten). Bei den Frauen steigen die Viktimisierungserfahrungen sukzessive mit dem Lebensalter an: 45% der 14- bis 20-Jährigen bis hin zu 13 von 20 Befragten der über 40-Jährigen (65%). Weit überwiegend handelt es sich um ein oder zwei

Gewaltvorfälle (Frauen: 30%, Männer: 41%). Im 12-Monatszeitraum kommen am häufigsten mindestens fünf Gewaltwiderfahrnisse in den Altersklassen über 30 Jahre vor (6 der 35 der Frauen, 5 der 22 Männer) und über 40 Jahre (7 der 20 Frauen, 2 der 10 Männer). Dieser Befund deckt sich mit der Lebenszeitprävalenz.

Im engen Sinn von Beziehungsgewalt waren im 12-Monatszeitraum erneut mehr Männer (20%) als Frauen (17%) betroffen. Die Betroffenheit geht bei beiden Geschlechtern von einem weiten zu einem engen Gewaltverständnis um etwa das Dreifache zurück. Die höchsten Werte finden sich jeweils in der Gruppe der 30- bis 39-Jährigen (12 von 33 Frauen, 7 von 22 Männern). Die niedrigsten Angaben liegen für Befragte im Alter von 14 bis 20 Jahren vor (11% der Frauen, 8% der Männer). Die Häufigkeit der erlebten Gewaltvorkommnisse ist nach engem Verständnis verhältnismäßig gleich unter den Geschlechtern verteilt. Minimal häufiger wurden ein- bis zweimaligen Erlebnissen (7% der Frauen, 9% der Männer) vor mehr als fünf Vorfällen (je 6% der Frauen und Männer) und drei bis fünf Erlebnissen angegeben (4% der Frauen, 5% der Männer). Mehr als fünf Widerfahrnisse berichteten eher die 30- bis 39-Jährigen (6 von 33 Frauen, 2 von 22 Männern) sowie die über 40-Jährigen (2 von 17 Frauen, 2 von 7 Männern).

Tabelle 2. Jahresprävalenz nach Geschlecht und Alter 2021[13]

12 Monate	Frauen					Männer				
weit	gesamt	14-20	21-29	30-39	40+	gesamt	14-20	21-29	30-39	40+
nie	346	78	248	13	7	69	10	50	7	2
1-2 mal	200	41	146	10	3	73	**18**	41	9	**5**
3-5 mal	63	11	43	6	3	16	2	12	1	1
>5 mal	67	11	43	6	**7**	20	3	10	5	2
mind. einmal	330	63	232	**22**	**13**	109	**23**	63	15	**8**
gesamt	676	141	480	35	20	178	33	113	22	10
nie	51%	55%	52%	37%	35%	39%	30%	44%	32%	20%
1-2 mal	30%	29%	30%	29%	15%	41%	**55%**	36%	**41%**	**50%**
3-5 mal	9%	8%	9%	17%	15%	9%	6%	11%	5%	10%
>5 mal	10%	8%	9%	17%	**35%**	11%	9%	9%	23%	20%
mind. einmal	49%	45%	48%	**63%**	**65%**	61%	**70%**	56%	**69%**	**80%**
gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	101%*	100%
eng										
nie	529	113	381	21	14	138	24	94	15	5
1-2 mal	44	5	35	3	1	15	1	10	4	0
3-5 mal	25	3	19	3	0	8	0	7	1	0
>5 mal	36	7	21	**6**	**2**	11	1	6	**2**	**2**
mind. einmal	105	15	75	**12**	**3**	34	2	23	7	**2**
gesamt	634	128	456	33	17	172	26	117	22	7
nie	83%	88%	84%	64%	82%	80%	92%	80%	68%	71%
1-2 mal	7%	4%	7%	9%	6%	9%	4%	9%	18%	0%
3-5 mal	4%	2%	4%	9%	0%	5%	0%	6%	5%	0%
>5 mal	6%	5%	5%	**18%**	**12%**	6%	4%	5%	9%	**29%**
mind. einmal	17%	11%	16%	**36%**	18%	20%	8%	20%	**32%**	**29%**
gesamt	100%	99%*	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

* Rundungsfehler

Wie schon bei der Lebenszeitprävalenz dominiert während der COVID-19-Pandemie das Erleben psychischer Gewalt. Ohne Berücksichtigung der Folgen hatten 49% der Männer

[13] Die prozentualen Verteilungen sind bei der 12-Monats-Prävalenz z.T. höher als in der Lebenszeit, da es sich um unterschiedliche Grundgesamtheiten handelt. Bei der 12-Monats-Prävalenz liegen aufgrund fehlender Angaben zu den Folgen von Partnergewalt mehr Missings vor, weshalb das n insgesamt kleiner ist.

(n=188) und 35% der Frauen (n=721) emotionale und/oder soziale Kontrolle, Beschimpfungen und Beleidigungen sowie die Androhung körperlicher Gewalt erlebt. Erfahrungen mit körperlicher Gewalt in Form von Schubsen, Ohrfeigen und Schlägen hatten mehr männliche (20%, n=188) als weibliche Befragte (11%, n=738) gemacht. Frauen (14%, n=790) hingegen sind häufiger Opfer ungewollter sexueller Berührungen und aufgezwungenem Sex als Männer (7%, n=229). Mit Blick auf das Alter sind bei beiden Geschlechtern die über 40-Jährigen (12 von 24 Frauen, 8 von 11 Männern) und 30- bis 39-Jährigen (47% von 34 Frauen, 56% von 25 Männer) diejenigen, unter denen psychische Gewalt am verbreitetsten ist. Körperliche Gewalt haben bei den Frauen eher die Jüngeren erlebt (14-20: 12% von 155; 21-29: 10% von 527), bei den Männern die Älteren (40+: 2 von 7, 30-39: 5 von 20). Sexuelle Gewalt scheint unter den zwei jüngsten Altersklassen eher vorzukommen, was insgesamt auch an den niedrigen Fallzahlen liegt. So sind es die 14- bis 20-Jährigen (15% von 154 Frauen, 15% von 41 Männern) und die 21- bis 29-Jährigen (14% von 565 Frauen, 6% von 145 Männern), die ungewollte sexuelle Handlungen häufiger angaben.

Die Verteilungen der Gewaltformen basierend auf einem engen Gewaltverständnis müssen ebenfalls aufgrund der geringen Fallzahlen (n=140) vorsichtig betrachtet und interpretiert werden. Psychische Gewalt mit emotionalen und körperlichen Folgen erlebten während der Corona-Monate mehr Männer (23%, n=126) als Frauen (14%, n=565). Das gilt ebenso für körperliche Gewalt, die 8% der Männer (n=163) und 3% der Frauen (n=681) widerfahren ist. Sexuelle Gewalt wurde erwartungsgemäß etwas häufiger von Frauen berichtet (3%, n=718) als von Männern (1%, n=218). Erneut kristallisieren sich keine klaren Tendenzen zwischen den Altersklassen heraus, was die drei Gewaltformen betrifft. Weder bei den Männern noch bei den Frauen ist ein sukzessiver Anstieg zu beobachten. Weibliche 14- bis 20-Jährige scheinen insgesamt am wenigsten einer der drei Gewaltformen ausgesetzt gewesen zu sein (psychisch:12%, n=116; körperlich: 1%, n=140; sexuell: 1%, n=135). Demgegenüber waren 30- bis 39-jährige weibliche Befragte am häufigsten von psychischer (38%, n= 29), körperlicher (13%, n=30) und sexueller Gewalt (5%, n=39) betroffen. Bei den männlichen Befragten verfügen die über 40-Jährigen am meisten Erfahrung mit psychischer (2 von 5) und sexueller (1 von 14) Gewalt sowie 30- bis 39-Jährige mit körperlicher Viktimisierung (2 von 17). Unter männlichen 14- bis 20-Jährigen haben 2 von 17 Befragten Erfahrungen mit psychischer, einer von 30 mit körperlicher und keiner mit sexueller Gewalt in der Partnerschaft. Insgesamt changiert die Gewaltbetroffenheit der Altersklassen bei beiden Geschlechtern.

3.4.2.3 Erleben von Beziehungsgewalt vor und während der COVID-19-Pandemie

Ein Vergleich der Beziehungsgewalt vor und während der Pandemie, also die Gegenüberstellung von Lebenszeit- und Jahresprävalenz 2021, macht deutlich, dass für 63% der 700 Betroffenen nach dem weiten Gewaltverständnis im Lebensverlauf und für 48% der 290 Betroffenen nach dem engen Verständnis im Lebensverlauf Beziehungsgewalt akut ist: Ihnen ist diese nicht nur im bisherigen Leben, sondern insbesondere während der vergangenen 12 Monate widerfahren. Nach einem weiten Gewaltverständnis hatten von 269 Befragten mit ein- bis zweimaligen Gewalterfahrungen für die Lebenszeit- und Jahresprävalenz zwischen April 2020 und April 2021 61% erstmalig Gewalt in der Partnerschaft erlebt, davon 59% der Frauen und 66% der Männer. Von den 59 Opfern von ein- bis zweimaliger Gewalt mit emotionalen und/oder körperlichen Folgen kam es bei 46% während der COVID-19-Monate zum ersten Mal zu Beziehungsgewalt, davon bei 39% der Frauen und 66% der Männer. Zum einen haben somit unabhängig vom Gewaltverständnis über bzw. fast die Hälfte der von Gewalt Betroffenen ihre ersten Gewalterfahrungen in der COVID-19-

Pandemie gemacht, währenddessen es schwerer war, sich (in-)formelle Hilfe zu suchen. Zum anderen sind Männer häufiger als Frauen in dieser Zeit von ersten Gewalterfahrungen betroffen gewesen sowie die jüngeren Altersgruppen beiderlei Geschlechts. In diesem Kontext waren die 14- bis 20-Jährigen (weit: 67%, 40 Personen; eng: 67%, 4 Personen) und die 21- bis 29- Jährigen (weit: 61%, 111 Personen; eng: 44%, 20 Personen) weit häufiger zum ersten Mal mit Beziehungsgewalt konfrontiert als die 30- bis 39-Jährigen (weit: 10%, 9 Personen; eng: 43%, 3 Personen) und die über 40-Jährigen (weit: 2 Personen; eng: niemand).

Darüber hinaus zeigen sich in der Campusbefragung 2021 nur geringe Unterschiede im Erleben von Beziehungsgewalt in der Zeit vor und während der Pandemie. Zu Gewalt im weiten Sinne war es im Leben insgesamt für 62% der 1.129 Befragten gekommen, während der Pandemie für 39%. Anteilig sind deutlich mehr Männer als Frauen und tendenziell eher die älteren als die jüngeren Altersgruppen betroffen. Ein- bis zweimalige Erlebnisse bilden die mit Abstand häufigste erlebte Gewalt. Dabei überwiegt psychische Gewalt deutlich, die ebenso wie körperliche öfter von Männern und sexuelle Gewalt mehr von Frauen angegeben wurde.

Nach dem engen Gewaltverständnis trugen 26% der 1.129 Befragten im Lebensverlauf und 12% während des Pandemiejahres Folgen davon. Obwohl den männlichen Befragten Gewalt währenddessen etwas öfter zugestoßen ist als den weiblichen Befragten, kommt bei den Frauen die Einschränkung auf emotionale und/oder körperliche Folgen im Lebensverlauf stärker zum Tragen. Dieser Befund bestätigt viktimologische Erkenntnisse, nach denen Beziehungsgewalt für Frauen mit schwereren Folgen verbunden ist.

3.4.2.4 Einflussfaktoren auf das Erleben von Beziehungsgewalt

Um zu überprüfen, welche Faktoren das Erleben von Beziehungsgewalt beeinflussen und ob es Unterschiede zwischen der Zeit vor und während der Pandemie gibt, erfolgt eine inferenzstatistische Analyse mittels binärer logistischer Regressionsmodelle. Dabei wird die Eintrittswahrscheinlichkeit als logarithmierte Chance geschätzt, ob es zu einer Opferwerdung kommt oder nicht. Voraussetzung der logistischen Regression ist eine Fallzahl von n>100 und eine Mindestanzahl von Beobachtungsfällen einer Kategorie der abhängigen Variablen von n>25[14] (*Rohrlack*, 2009, 267). Als abhängige Variablen dienen die binär codierten Opferwerdungen (ja/nein) für die Lebenszeit und den 12-Monatszeitraum, als unabhängige Variablen Alter (metrisch), Geschlecht (weiblich/männlich) und Bildung (niedrig als Referenzwert/mittel/hoch) sowie Tätererfahrungen[15] in der Beziehung (ja/nein) für die Lebenszeit und den 12-Monatszeitraum. Zur Beurteilung der Modellgüte wird der χ^2-Test und das Pseudo-R^2 nach McFadden[16] herangezogen (*Rohrlack*, 2009, 270 f.).

Die beiden Regressionsmodelle für Opferwerdung nach einem weiten Gewaltverständnis eignen sich zur Vorhersage einer Viktimisierung (Irrtumswahrscheinlichkeit unter 0,01 und Pseudo-R^2 bei 0,2). Demnach scheint hohe Bildung als signifikanter protektiver Faktor die Opferwahrscheinlichkeit zu mindern. Hingegen lässt fortschreitendes Alter die Opferwahrscheinlichkeit signifikant steigen, ebenso wie die Tatsache ein Mann zu sein. Und auch

---

[14] Opferwerdung insgesamt und ohne Gruppenvergleiche.

[15] 2021 waren bezogen auf alle 1.129 Befragten mit Beziehungserfahrung nach einem weiten Gewaltbegriff im Lebensverlauf 65% und im 12-Monatszeitraum 44% Täter:in von Beziehungsgewalt und nach einem engen Gewaltbegriff im Lebensverlauf 11% und im 12-Monatszeitraum 6%.

[16] Werte größer als 0,2 gelten als akzeptabel, Werte größer als 0,4 als gut (Rohrlack 2009, 272).

Tätererfahrungen erhöhen hoch signifikant die Wahrscheinlichkeit Opfer von Beziehungsgewalt zu werden, was für einen Victim Offender Overlap spricht.[17] Im Unterschied hierzu eignen sich die beiden Regressionsmodelle zur Opferwerdung nach einem engen Gewaltverständnis nicht zur Vorhersage einer Viktimisierung, da Pseudo-R^2 nur bei 0,1 liegt und damit unterhalb des akzeptablen Wertebereichs, so dass varianzerklärende Variablen fehlen. Trotz des ungünstigen Modellfits der Regressionen mit engem Gewaltverständnis zeigt ein Vergleich der Ergebnisse, dass abgesehen vom Geschlecht die Determinanten zur Vorhersage von Beziehungsgewalt vor und während der Pandemie dieselben sind: Fortschreitendes Alter und insbesondere Täterschaft erhöhen demgemäß signifikant die Opferwahrscheinlichkeit, während hohe Bildung sie im Modell Jahresprävalenz senkt; Geschlecht und Bildung haben im Modell Lebenszeitprävalenz keine Effekte.

Tabelle 3. Logistische Regressionsmodelle

Variablen	LZ (weit)	LZ (eng)	12 M. (weit)	12 M. (eng)
Alter	0,02*	0,02**	0,03**	0,02**
Geschlecht (m.)	0,55**	0,04	0,51**	0,02
Mittlere Bildung	-0,35	-0,03	-0,85	-0,14
Hohe Bildung	-1,58*	-0,85	-1,68*	-1,01*
Täterschaft	1,99**	1,67**	1,57**	1,73**
gesamt n	1.112	1.112	1.112	1.112
χ^2 (df)	203,5 (5)	76,70 (5)	136,28 (5)	59,36 (5)
Irrtumswahrscheinlichkeit	p<0,01	p<0,01	p<0,01	p<0,01
Pseudo-R^2_{MF}	0,2	0,1	0,2	0,1

** signifikanter Zusammenhang bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von α=0,05*

*** signifikanter Zusammenhang bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von α=0,01*

3.5 Fazit

Ähnlich der bundesdeutschen Bevölkerung ist im universitären Umfeld Beziehungsgewalt im weiten Sinn sehr verbreitet. Bezogen auf die Lebenszeit sind über bzw. unter Zweidrittel der Befragten in den Campusbefragungen 2016 und 2021 von Partnergewalt im weiten Sinn betroffen. Bei Gewalt im engen Sinn ist 2021 ein gutes Viertel der Befragten mindestens einmal im Leben Opfer von Partnergewalt geworden. Dieses Ergebnis stimmt mit dem Anteil von weiblichen und männlichen Befragten der inzwischen 17 Jahre zurückliegenden Repräsentativbefragung von Frauen (*Müller/Schröttle*, 2004) und der Pilotstudie für Männer (*Puchert* et al., 2004) überein. Angesichts dieser langen Zeitspanne und mit Blick auf die COVID-19-Pandemie ist die Durchführung einer Repräsentativuntersuchung zu Beziehungsgewalt unter allen Geschlechtern überfällig.

Mit der Campusbefragung 2021 liegen nun erste Ergebnisse zum Erleben von Beziehungsgewalt vor und während der Pandemie vor. Auch wenn sich aus den Daten kein Anstieg von Partnerschaftsgewalt vor und während der Pandemie-Monate (April 2020 und April 2021) entnehmen lässt, hat unabhängig vom Gewaltverständnis über bzw. fast die Hälfte

[17] Dieser Befund zeigt deutlich, dass es bei Befragungen zu Beziehungsgewalt sehr wichtig ist, nicht nur eine Perspektive in Form von Viktimisierung oder Täterschaft zu erheben, sondern Opfer- und Täterschaft, da Überlappungen vorliegen und gegenseitige Einflüsse bestehen.

der Befragten mit Gewalterfahrung erstmalig Beziehungsgewalt während der Pandemie erlebt. Erwartungsgemäß trifft dieser Befund vor allem auf die beiden jüngeren Altersgruppen beiderlei Geschlechts zu. Das Erleben von Partnerschaftsgewalt in der Pandemie bedeutete, dass Unterstützung von Beratungsstellen während der langen Shutdowns nur telefonisch oder online möglich war und auch informelle Hilfe aus dem Verwandten-, Freundes- und Bekanntenkreis nicht ohne Weiteres eingeholt werden konnte.

Die höhere Viktimisierungsbelastung der männlichen Befragten nach einem weiten und engen Gewaltbegriff in Bezug auf emotionale und/oder körperliche Folgen fällt zwar auf, doch ist in diesem Zusammenhang auf die Ungleichverteilung der Geschlechter in der Stichprobe hinzuweisen. In der Gesamtstichprobe beträgt der Anteil der männlichen Befragten lediglich 22%. Die anteilig höhere Opferwerdung der befragten Männer täuscht darüber hinweg, dass absolut viel mehr befragte Frauen Beziehungsgewalt erlebt haben. Zudem beschränkte sich die Erhebung darauf, ob die Betroffenen Folgen der Beziehungsgewalt in emotionaler und/oder körperlicher Hinsicht davontrugen. Eine detaillierte Abfrage zu Art und Schwere der Folgen geschah nicht (z.B. Niedergeschlagenheit, Schlaf- oder Essstörungen, blaue Flecken oder Schmerzen im Intimbereich). Entsprechend der viktimologischen Befundlage wäre zu erwarten, dass die Folgen für die weiblichen Befragten erheblich schwerer als für die männlichen Befragten ausfallen würden.

Die Ergebnisse der Regressionen zeigen, dass in der hier durchgeführten Analyse wichtige Erklärgrößen zur Vorhersage einer Opferwerdung fehlen. Beispiele hierfür sind die Dauer der Beziehung oder das Zusammenleben in einer Partnerschaft, die als Kontrollvariablen in die Befragung nicht eingingen. Während der COVID-19-Pandemie könnten insbesondere getrennte Hausstände ein Schutzfaktor vor körperlicher und/oder sexueller Gewalt gewesen sein. Da überwiegend junge Befragte antworteten, lebten im Vergleich zu Befragten ab 30 Jahren vermutlich mehr von ihnen allein, in Wohngemeinschaften, Studierendenwohnheimen oder noch bzw. wieder bei den Eltern. Dieser Umstand würde zumindest für die jungen Befragten erklären, weshalb sie hauptsächlich psychische Gewaltwiderfahrnisse angaben. Die Dominanz psychischer Gewalt in der Lebenszeitprävalenz in den Befragungen 2016 und 2021 ist allerdings plausibel, da Beleidigungen oder Beschimpfungen nicht nur persönlich, sondern auch über eine räumliche Distanz in einem Telefonat, über Messenger-Dienste oder die sozialen Medien geäußert werden.

Literatur

Blättner, Beate; Liepe, Katharina; Schultes, Kristin; Brzank, Petra (2015a): Grenzüberschreitungen und Gewalt in den Liebesbeziehungen und Dates von Hessischen Schülerinnen und Schülern zwischen 14 bis unter 18 Jahren. Ergebnisse zur Studie TeDaVi, Gesundheitswesen (77), S. 895-900.

Blättner, Beate; Schultes, Kristin; Hehl, Lieselotte; Brzank, Petra (2015b): Grenzüberschreitungen und Gewalt in Teenagerbeziehungen. Risiken und Folgen für Präventionsstrategien. Prävention Gesundheitsförderung (10), S. 173-179.

Bundeskriminalamt (BKA) (2020): Partnerschaftsgewalt – Kriminalstatistische Auswertung – Berichtsjahr 2019. Wiesbaden: BKA.

Gahleitner, Silke Birgitta; Oestreich, Ilona; Lenz, Hans-Joachim (2007): Einleitung. In: Gahleitner, Silke Birgitta; Lenz, Hans-Joachim (Hrsg.): Gewalt und Geschlechterverhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtssensible Analysen und Perspektiven. Weinheim u.a.: Juventa Verlag, S. 11-21.

*Hohendorf, Ines (*2020): Beziehungsgewalt junger Menschen - Soziales Geschlecht als Ansatzpunkt für Prävention? In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, Heft 2, S. 179-187.

Hohendorf, Ines (2019): Geschlecht und Partnergewalt. Eine rollentheoretische Untersuchung von Beziehungsgewalt junger Menschen. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Hohendorf, Ines (2018): Viktimisierung und Täterschaft in Paarbeziehungen junger Menschen – Erste deskriptive Befunde einer Hochschulbefragung. In: Boers, Klaus; Schaerff, Marcus (Hrsg.): Kriminologische Welt in Bewegung. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 317-32.

Johnson, Michael (1995): Patriarchal Terrorism and Common Couple Violence. Two Forms of Violence against Women, Journal of Marriage and the Family, 57(2), S. 283-294.

Kolbe, Verena; Büttner, Andreas (2020): Häusliche Gewalt gegen Männer. Prävalenz und Risikofaktoren. In: Deutsches Ärzteblatt, Heft 9, S. 414-420.

Kreuzer, Arthur; Görgen, Thomas; Krüger, Ralf; Münch, Volker; Schneider, Hans (1993): Jugenddelinquenz in Ost und West. Vergleichende Untersuchung bei ost- und westdeutschen Studienanfängern in der Tradition Gießener Delinquenzbefragungen. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.

Lenz, Hans-Joachim (2007): Gewalt und Geschlechterverhältnis aus männlicher Sicht. In: Gahleitner, Silke Birgitta; Lenz, Hans-Joachim (Hrsg.): Gewalt und Geschlechterverhältnis. Interdisziplinäre und geschlechtssensible Analysen und Perspektiven. Weinheim u.a: Juventa, S. 21-53.

Müller, Ursula; Schröttle, Monika (2004): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Ergebnisse der repräsentativen Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Berlin: Online-Ressource.

Puchert, Ralf; Lenz, Hans-Joachim; Jungnitz, Ludger; Puhe, Henry (2004): Gewalt gegen Männer in Deutschland. Personale Gewaltwiderfahrnisse von Männern in Deutschland. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Rohrlack, Christian (2009): Logistische und Ordinale Regression. In: Albers, Sönke; Klapper, Daniel; Konradt, Udo; Walter, Achim; Wolf, Joachim (Hrsg.): Methodik der empirischen Forschung. Wiesbaden, S. 267-283.

Schlack, Robert; Rüdel, Julia; Karger, Andre; Hölling, Heike (2013): Körperliche und psychische Gewalterfahrungen in der deutschen Erwachsenenbevölkerung. Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). In: Bundesgesundheitsblatt (56), S. 755-764.

Schröttle, Monika (2013): Die Studienergebnisse des Robert-Koch-Instituts zu Gewalt gegen Frauen und Männer: Ein Lehrstück für die Notwendigkeit einer methodisch versierten Erfassung, Auswertung und Interpretation geschlechtervergleichender Daten im Rahmen einer geschlechtersensiblen Gewalt- und Gesundheitsforschung. https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Studien/Degs/degs_w1/Basispublikation/Stellungnahme_Schroettle.pdf?__blob=publicationFile [abgerufen am 17.06.2021].

Schwithal, Bastian (2004): Weibliche Gewalt in Partnerschaften. Eine synontologische Untersuchung, Oldenburg.

Steinert, Janina; Ebert, Cara (2020): Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse.
https://drive.google.com/file/d/19Wqpby9nwMNjdgO4_FCqqlfYyLJmBn7y/view
[abgerufen am 07.06.2021].

Straus, Murray; Hamby, Sherry; Boney-McCoy, Sue; Sugarman, David (1996): The Revised Conflict Tactics Scales (CTS2). Development and Preliminary Psychometric Data, Journal of Family Issues, 17(3), S. 283-316.

4 A study on legal issues of workplace bullying in Taiwan

Chin-Chin Cheng

4.1 Introduction

According to a 2023 survey conducted by 1111 Job Bank, over 83% of employees reported experiencing workplace bullying. Common forms include verbal ridicule, denigration, back-stabbing, rumor-spreading, social isolation, exclusion, and work-related obstacles—with verbal ridicule and denigration being the most prevalent.[1]

In Taiwan, the primary legal framework addressing workplace bullying is found in Article 6, Paragraph 2, Subparagraph 3 of the Occupational Safety and Health Act (OSHA). This provision places a duty of prevention on employers, requiring them to plan and implement safety measures to protect employees from physical or psychological harm caused by others while performing their duties. If an employer fails to comply and does not rectify the situation within the notified period, Article 45, Paragraph 1 of the OSHA stipulates a fine ranging from NT$30,000 to NT$150,000.

On the international stage, the International Labour Organization (ILO) adopted the Violence and Harassment Convention (C-190) in 2019. This convention underscores the right of every individual to a workplace free from violence and harassment, obligating member states to foster a “zero tolerance” culture toward such misconduct.

Workplace bullying is recognized as a form of workplace violence and harassment. Globally, its prevention has become a shared value, and in Taiwan, it has grown into a significant national policy priority. While OSHA and related regulations impose employer responsibilities, gaps remain in the establishment and enforcement of effective mechanisms.

A tragic incident in 2024—when an employee of the Ministry of Labor died by suicide due to workplace bullying—sparked widespread public outrage and intensified calls for reform. In response, amendments to the Civil Service Protection Act addressing workplace bullying have already passed and will take effect in 2026. Meanwhile, amendments to OSHA specifically targeting workplace bullying are under review, with enactment expected between late 2025 and mid-2026.

Due to space constraints, this article will focus on the private sector’s legal framework and challenges related to workplace bullying prevention.

4.2 Definition and Types of Workplace Bullying

Although Taiwanese legislation does not currently provide a definitive legal definition of workplace bullying, Article 6, Paragraph 2, Subparagraph 3 of the Occupational Safety and Health Act (OSHA) stipulates:

---

[1] Workplace Bullying Unveiled Investigation, 1111 Industry & Business News Network, Link (last visited Aug. 21, 2025).

Employers shall properly plan and take necessary safety and health measures to prevent employees from suffering unlawful physical or mental harm due to the actions of others while performing their duties.

To operationalize this provision, the Ministry of Labor promulgated the “Guidelines for the Prevention of Illegal Infringement While Performing Duties”, which has undergone three revisions, with the fourth edition presently in force. Under these Guidelines, workplace bullying encompasses continuous acts of offense, threat, neglect, isolation, or insult—perpetrated by colleagues or supervisors—through the abuse of position, authority, or unfair treatment. Such acts are deemed bullying when they cause the affected employee to experience frustration, humiliation, isolation, or psychological injury, thereby endangering their physical or mental health.

Illustrative examples provided in the Guidelines include:

(1) **Nitpicking and fault-finding**—exaggerating or distorting minor mistakes.

(2) **Social exclusion**—supervisors or colleagues inciting others to isolate certain employees, marginalizing them, or deliberately excluding them from important activities.

(3) **Verbal abuse**—supervisors yelling at, humiliating, threatening, or defaming employees in front of colleagues.

(4) **Systematic criticism—supervisors** persistently denying or undermining an employee’s contributions and value.

(5) **Deprivation of rights—denying employees** leave or access to essential training, thereby impairing work performance.

(6) **Manipulation of workload**—assigning excessive or trivial tasks, or conversely, withholding assignments altogether.

(7) **Unrealistic demands**—imposing unattainable goals or assigning contradictory tasks to hinder progress.

It is important to note that the Guidelines, while instructive, do not have the force of law and therefore cannot fully regulate the prevention of workplace bullying.

To establish clearer definitions and facilitate enforceability, recent legal provisions have emerged:

Public Sector: Article 19, Paragraph 2 of the Civil Service Protection Act defines workplace bullying as:

The abuse of authority or opportunities by personnel of an agency, exceeding the necessary and reasonable scope of duties, and continuously employing threatening, offensive, discriminatory, insulting, or isolating language or behavior, thereby creating a hostile, coercive, or unfriendly work environment that causes harm to the physical and mental health of civil servants. In cases of severe gravity, continuity is not required.

Private Sector: Article 22-1 of the Amendment to OSHA similarly defines workplace bullying as:

A situation in which a worker, while performing duties, suffers harm to their physical or mental health as a result of personnel within the enterprise abusing their position or authority, exceeding the necessary and reasonable scope of their duties, and continuously employing offensive, threatening, neglectful, isolating, or insulting language or behavior. In cases of severe gravity, continuity is not required.

4.3 Workplace Bullying Theories

Several theories provide frameworks for understanding workplace bullying, including Social Exchange Theory, Giddens' Structuration Theory, Affective Events Theory, Maslow's Hierarchy of Needs, Psychological Safety Climate Theory, and Learned Helplessness Theory. Each is outlined below:

4.3.1 Social Exchange Theory

Social Exchange Theory explains workplace relationships through reciprocity. Stable relationships develop when positive exchanges occur between both parties.[2] In the workplace, when employers show respect, encouragement, and fair rewards (e.g., raises), employees feel valued and respond with proactive behavior.[3] Conversely, bullying or unfair treatment undermines trust, erodes organizational support, and damages the employer–employee relationship.[4]

4.3.2 Giddens' Structuration Theory

Giddens' Structuration Theory highlights how individuals both shape and are shaped by social systems. One key concept is the "need for ontological security"—a sense of safety and stability. In the workplace, this translates to a safe and supportive environment. From this perspective, providing such an environment is the employer's responsibility. Failing to do so may increase vulnerability to bullying.[5]

4.3.3 Affective Events Theory (AET)

AET explores how workplace events trigger emotional responses that affect attitudes and behavior. Bullying, as a negative event, often provokes anger, agitation, and heightened sensitivity to further stressors.[6] The severity and frequency of bullying influence victims'

---

2 *Wajda Wikhamn; Angela T. Hall*, Social Exchange in A Swedish Work Environment, Link (last visited Aug. 24, 2025).

3 *Id*.

4 *Marjo-Riitta Parzefall; Denise M. Salin*, Perceptions of And Reactions to Workplace Bullying: A Social Exchange Perspective, Link (last visited Aug. 24, 2025).

5 *R. Boucaut,* Understanding Workplace Bullying: A Practical Application of Giddens' Structuration Theory, Link (last visited Aug. 24, 2025).

6 *Sara Branch, Sheryl Gai Ramsay, Michelle Carmel Barker*, Workplace Bullying, Mobbing and General Harassment: A Review 10-11, Link (last visited Aug. 24, 2025).

ability to cope, particularly in high-pressure environments. Over time, this can create a vicious cycle of emotional strain and reduced resilience.[7]

4.3.4 Maslow's Hierarchy of Needs

Maslow's model identifies safety as a fundamental human need. In the workplace, bullying threatens this need, lowering self-esteem and fostering fear. When safety is compromised, both employees and organizations experience negative consequences, including reduced motivation and productivity.[8]

4.3.5 Psychological Safety Climate Theory

This theory focuses on how organizational climate influences employee well-being. A weak psychological safety climate—characterized by poor leadership, lack of resources, and inadequate support—heightens the risk of bullying.[9] Research shows that[10]:

- Senior management must prioritize employee mental health.
- Leadership should demonstrate open communication on psychological safety.
- Policies and practices must encourage participation in safety initiatives.
- Organizations should actively address stressors that contribute to bullying.

A strong psychological safety climate reduces bullying, absenteeism, and mental health issues, reinforcing the idea that bullying is an organizational issue rather than an individual weakness.

4.3.6 Learned Helplessness Theory

Learned Helplessness occurs when repeated negative experiences create feelings of powerlessness, self-blame, and despair.[11] Applied to workplace bullying, this theory suggests victims may withdraw socially, tolerate abuse, and even believe they are at fault.[12]

However, research also highlights cultural influences[13]:

---

7 *Céleste M. Brotheridge, Raymond Lee*, Restless and Confused: Emotional Responses to Workplace Bullying in Men and Women, Link (last visited Aug. 24, 2025).

8 *Karl Olive, J.P. Cangemi*, Workplace Bullies: Why They Are Successful and What Can Be Done About It? Link (last visited Aug. 24, 2025).

9 *Wesley P. McTernan, Maureen F. Dollard, Anthony D. LaMontagne*, Depression in the Workplace: An Economic Cost Analysis of Depression-related Productivity Loss Attributable to Job Strain and Bullying, Link (last visited Aug. 24, 2025).

10 *Sharon Kwan, Michelle Tuckey, Maureen Dollard*, The Role of the Psychosocial Safety Climate in Coping with Workplace Bullying: A Grounded Theory and Sequential Tree Analysis, Link (last visited Aug. 24, 2025).

11 *Xuan Zhang*, Marriage Happiness: When a Relationship Hits a Low, a Strong Sense of Helplessness Arrives, Liberty Times (Aug. 14, 2019), Link (last visited Aug. 24, 2025).

12 *Silvia Postigo Zegarra, Inmaculada Montoya-Castilla, Remedios González, Ana Ordóñez*, Theoretical Proposals in Bullying Research: A Review, Link (last visited Aug. 24, 2025).

13 *Geert Hofstede*, Culture's Consequences: Comparing Values, Behaviors, Institutions, and Organizations Across Nations, Link (last visited Aug. 24, 2025).

In high power-distance cultures, hierarchical structures may normalize bullying, making victims less likely to resist.

In contrast, cultures with lower power distance tend to empower individuals to challenge unfair treatment.

Strengthening unions, improving HR practices, and promoting open reporting channels are suggested strategies to help victims resist learned helplessness and seek support.

4.4 Relevant Statutes and Regulations in Taiwan

Taiwan does not yet have a dedicated law addressing workplace bullying. Instead, related provisions are scattered across criminal, civil, and labor law frameworks. Recent legislative efforts have also moved toward establishing clearer protections.

4.4.1 Criminal Law

Bullying behaviors may give rise to criminal liability if they fall under existing offenses such as assault, battery, intimidation, threats, insults, defamation, or harassment.

4.4.2 Civil Law

Workplace bullying may also lead to civil liability under two main grounds:

Tort Liability– Employers may be directly liable if they are the perpetrators or indirectly liable if they fail to prevent bullying, thereby violating duties that protect employees' rights. Victims may claim compensation under the Civil Code provisions on personal rights, which include the rights to life, body, health, name, reputation, freedom, privacy, and chastity.

Duty of Protection and Care– Article 483-1 of the Civil Code requires employers to take necessary preventive measures when an employee's life, body, or health is at risk while performing duties. Since workplace bullying can endanger health and safety, employers who fail to act may be held civilly liable.

4.4.3 Labor Law

Labor law also provides remedies in cases of bullying:

Termination Rights– Under the Labor Standards Act (LSA), Article 14, Paragraph 1, Subparagraph 2, employees may terminate their contracts without notice and claim severance pay if workplace bullying constitutes violence or a serious insult.

Sexual Harassment– If bullying involves sexual harassment, it may violate the Gender Equality in Employment Act or the Sexual Harassment Prevention Act.

Employer's Duty of Prevention– Article 8 of the Labor Standard Act requires employers to prevent occupational hazards and establish a safe environment. Similarly, Article 6(2)(3) of the Occupational Safety and Health Act (OSHA) obliges employers to take measures against unlawful physical or psychological harm caused by others.

Enforcement Rules– OSHA Enforcement Rules Article 324-3 requires employers to prevent workplace violence and related harms. Employers with more than 100 employees must formulate prevention plans; smaller companies (fewer than 100 employees) must at least maintain execution records or documents.

4.4.4 Amendment to the Occupational Safety and Health Act

Recent legislative amendments aim to explicitly regulate workplace bullying:

Chapter 2-1: Prevention of Workplace Bullying

Article 22-1 defines workplace bullying and requires employers to take preventive measures. Employers with 10+ employees must establish a complaint channel and display it in the workplace. Employers with 30+ employees must also establish written regulations for prevention, complaint handling, and disciplinary measures, and make them publicly accessible.

Article 22-2: Employer Obligations

Employers must act promptly when informed of bullying:

When a complaint is filed by the victim: Prevent recurrence. Provide counseling, assistance, and protective measures. Investigate (and mediate if the victim agrees). Take appropriate disciplinary action. When the employer learns of bullying by other means:

Clarify the facts. Offer mediation or complaint assistance. Provide counseling or protective measures. Adjust job duties or workplace arrangements if necessary. Investigations must be objective, fair, and impartial, with both parties allowed to present evidence and defend themselves. Complaints and investigation outcomes must be registered on a central authority's designated website.

Article 22-3: Complaint Procedures

Workers should first file complaints with their employer. If the alleged perpetrator is the highest-ranking executive, the complaint may be filed directly with the local competent authority. Complaints are subject to statutes of limitations: Not accepted if more than three years have passed since the bullying ended. If the worker resigns, they must file within one year of resignation. If the accused is the top executive of a government agency or institution, complaints must be filed with the superior authority.

4.5 Relevant Court Decisions

Because Taiwan currently lacks a dedicated legal framework for workplace bullying, courts rarely issue rulings directly based on bullying claims. Even when parties explicitly raise "workplace bullying", judgments often lack specific recognition or detailed analysis of the concept. Instead, employees who believe they were bullied generally pursue two legal routes: (A) claims of occupational accidents or (B) claims of grave insult under the Labor Standards Act (LSA), Article 14, Paragraph 1, Subparagraph 2.

4.5.1 Claims of Occupational Accidents

Some workers argue that bullying harmed their physical or mental health and thus constituted an occupational accident. Courts, however, generally require proof of causation between illness and job performance. For example, in the case of “Taiwan High Court, 2002 Labor Appeal No. 11 Civil Judgment”, the appellant claimed that being ostracized, forced into awkward interactions and facing psychological pressure led to mental illness. The court rejected the claim, holding that the appellant’s depression stemmed from multiple external factors (work, relationships, family, personal resilience) and that no evidence showed the employer’s work environment was unreasonable.

In the case of “Taiwan New Taipei District Court, 2012 Civil Judgment, Serious National Compensation Case No. 9”, the plaintiff argued that her daughter teacher Ding suffered depression due to excessive workload, lack of counseling, and workplace threats, leading to suicide. While acknowledging managerial negligence, the court found no sufficient causal link between Ding’s work duties and her suicide, citing lack of evidence about the precise nature of alleged bullying remarks.

In both cases, courts acknowledged elements resembling bullying but found insufficient evidence of causation, and thus did not recognize the claims as occupational accidents.

4.5.2 Claims of Grave Insult

Other workers have invoked “grave insult” under the LSA as grounds to terminate employment without notice. Courts assess such claims based on the severity of the language or behavior, the professional and social status of the parties, and the broader context of workplace interactions[14]. For example, in the case of “Taiwan High Court Taichung Branch, 2010 Civil Judgment, Labor Appeal No. 4“, the appellee (general manager) repeatedly insulted employees with phrases such as “deadwood” and “trash,” and issued threats like “I’ll chop off your hands and feet.” The court found this constituted a grave insult, justifying contract termination. In the case of “Taiwan Taoyuan District Court, 2010 Civil Judgment, Labor Case No. 22”, the defendant (the employer) shouted insults such as “idiot,” “bastard,” and “you might as well die” to the plaintiff (the employee). The court ruled that the conduct amounted to a serious insult, which entitled the plaintiff to terminate the employment contract without prior notice.

In these cases, continuous or repeated verbal abuse would likely constitute bullying under international definitions. However, because plaintiffs framed their claims as “grave insults,” the courts addressed only that legal standard, without discussing bullying as such.[15]

4.5.3 Emerging Judicial Recognition of Bullying

A more concrete stance appeared in the case of “Taiwan Tainan District Court, 2022 Civil Judgment, Labor Case No. 65”. The court defined bullying as:

[14] Supreme Court Judgment (2003), Tai Shang No. 1631.
[15] *Cheng* 2023a.

"A repeated and active behavior, motivated by hostility, dislike, or discrimination, infringing upon legally protected interests such as personal rights, reputation, or health, and exceeding socially acceptable limits."

The court advised that judgments should consider:

(1) The nature, frequency, and context of behavior;

(2) The number of perpetrators;

(3) Which rights of the victim were harmed (e.g., health, reputation, gender equality); (4) The perpetrator's purpose and motivation.

The court also distinguished ordinary workplace friction from bullying, noting that occasional conflicts do not amount to bullying unless they are systematic and exceed socially acceptable boundaries.

4.6 Summary

Currently, without a statutory definition, victims often rely on claims of occupational accidents or grave insults, which do not always capture the full scope of bullying. Courts have been cautious, often requiring strong causal evidence and narrowly interpreting claims. However, Taiwan Tainan District Court, 2022 Civil Judgment, Labor Case No. 65, represents a step toward establishing judicial criteria for defining and evaluating workplace bullying based on social norms and cumulative harm. This highlights the pressing need for clear legislation to provide consistent definitions, standards, and remedies for workplace bullying in Taiwan.

4.7 Conclusion

Workplace bullying is not a new phenomenon; it has simply been overlooked for too long. With the growing recognition of labor rights as fundamental human rights, the issue is gaining increasing attention. In 2019, the International Labour Organization (ILO) adopted the Violence and Harassment Convention (No. 190), which defines violence and harassment in the workplace as:

A range of unacceptable behaviors and practices, or threats thereof, whether a single or repeated occurrence, that aim at, result in, or are likely to result in physical, psychological, sexual, or economic harm, and includes gender-based violence and harassment.

Although the Convention does not explicitly define workplace bullying, it is widely recognized as a form of workplace violence and harassment. Whether bullying should be addressed through separate legislation or as part of broader harassment laws remains a matter of debate. As a result, many countries have chosen to subsume workplace bullying within the broader framework of harassment rather than regulating it independently.[16]

In Taiwan, workplace bullying is likewise not specifically defined or regulated. The challenge lies in the diverse forms of bullying and the difficulty of drawing a clear boundary between

16 *Cheng*, 2023b.

legitimate managerial authority and abusive behavior. For instance, supervisors have the right to correct mistakes and demand improvement. However, if such corrections become increasingly harsh or excessive, they may cross the line into bullying. What employers perceive as necessary management may cause significant physical and psychological harm to employees. Striking a balance between protecting employees from harm and preserving employers' managerial authority is therefore complex, especially within Taiwan's workplace culture and organizational practices.

In light of these challenges, establishing a comprehensive legal framework for workplace bullying is an urgent priority. Such a framework should:

(1) Provide a clear and definitive legal definition of workplace bullying.

(2) Explicitly outline employers' preventive responsibilities.

(3) Establish a comprehensive complaint and redress mechanism.

(4) Impose penalties for violations to ensure accountability.

Ultimately, prevention must be at the core of any legal or organizational framework. Employers should not only comply with regulations but also actively foster a workplace culture that prioritizes respect, dignity, and psychological safety for all employees.

References

Chin-Chin Cheng (2023a). Legal Issues and Responses to Workplace Bullying, 22 Police Law Journal 102.

Chin-Chin Cheng (2023b). A Discussion on the Theory and Practice of Workplace Bullying, 338 Taiwan Law Review 106.

5 Violent Assets and fraudulant crimes in Taiwan: Regulatory challenges and prospects

Leng-Chia Hung

5.1 Introduction

The 2008 paper by *Satoshi Nakamoto* on Bitcoin opened a new door for the financial world[1]. Over the following decade, blockchain and cryptographic technologies—once hailed as tamper-proof—came to be widely applied across different industries. Various forms of cryptocurrencies and virtual assets mushroomed, ranging from Ether[2], which applies distributed ledger technology to facilitate smart contracts for clients, to Trump-themed meme coins issued merely to celebrate Donald Trump's inauguration as U.S. president[3]. The virtual world seemed to transform into a gold mine: through the issuance and investment of emerging cryptocurrencies and virtual assets, it appeared that anyone could acquire wealth in the real world from the virtual one.

Initially, most countries treated cryptographically created virtual assets with skepticism, as they were not backed by tangible assets or business activities. Yet, when the COVID-19 pandemic swept the globe in 2020 and physical interactions were forcibly halted, human activities increasingly shifted to virtual spaces. The mining of the so-called "crypto-currencies" or "crypto-assets" became a growing trend. By the time the pandemic subsided three years later, virtual assets had emerged as financial instruments that governments worldwide could not ignore. At the same time, however, these assets intersected with another form of crime that spread alongside the pandemic—fraud—creating a new challenge for Taiwan's anti-fraud efforts.

During the pandemic, international exchanges and daily life were disrupted, but technology helped bridge the gap: online meetings, remote communications, and working from home became routine. From schoolchildren to seniors, people adopted digital tools to connect with distant friends. Yet, traditional fraud also evolved with technology, leveraging digital applications to continue its expansion. Online scams proliferated—from impersonating officials and sending fake links to virtualized dating, romance, and investment scams. Technology enabled fraud, one of the oldest crimes in human history, to spread globally. And with the rise of virtual assets, born in cyberspace and difficult to trace, fraud became even harder to contain. The surge of scams has already overwhelmed Taiwan's crime prevention efforts.

As the internet became part of everyday life, people grew accustomed to exchanging and interacting in the virtual realm, fueling the rapid growth of virtual assets that transcended real-world boundaries. The distinction between "cryptocurrencies" and "virtual assets" became increasingly blurred. Bitcoin, the first and best-known cryptocurrency, has failed to

---

1 *Ting-Hsien Cheng*, Discussing the Development Direction of Taiwan's Legal Framework from the Perspective of International Virtual Asset Regulatory Trends, 180 Chengchi Law Revue 1, 4 (2025).

2 The great chain of being sure about things, The Economist, Oct. 31, 2015-10-31, Link (last visited: Aug. 31, 2025).

3 *Faguy, Ana*, Trump launches cryptocurrency with price rocketing, BBC News, 2025-01-18, Link (last visited: Aug. 31, 2025).

function as a currency due to its extreme price volatility, yet its record-breaking highs drew waves of enthusiasts chasing innovation. As early as 2019, the Financial Action Task Force (FATF) defined "virtual assets" as "a digital representation of value that can be digitally traded, transferred, and used for payment or investment purposes.[4]" In this article, the term "virtual assets" (VAs), as defined by FATF, is adopted to encompass both cryptocurrencies and other forms of virtual assets, focusing on the challenges they pose to crime prevention in Taiwan.

5.2 The Bright and Dark Sides of Virtual Assets

Virtual assets, based on distributed ledger and cryptographic technologies, have gradually evolved into a novel type of financial product with transaction functionalities such as payments and investments. While financial products are supposed to provide convenience and create welfare, various cryptocurrencies—especially with Bitcoin's recurring record-highs and even the astonishing profits from Trump-themed meme coins issued by former U.S. President Trump—demonstrate how virtual assets, as a novel form distinct from traditional financial instruments, have already posed serious challenges to crime prevention globally before they were able to deliver any tangible benefits.

Bitcoin was born amid the 2008 global financial crisis. Its decentralized model allows financial transactions to occur without traditional intermediaries like banks or payment institutions. Blockchain technology, with its transparency, traceability, and immutability—since all transaction records are publicly recorded on the chain—builds trust between transactors and holders. Cryptocurrencies sharing these characteristics enable peer-to-peer transactions via blockchain, liberating virtual asset holders from the monopolies of traditional financial institutions and government oversight. Decentralization and resistance to government censorship make virtual assets especially attractive in countries suffering from severe inflation and volatile currencies—such as Venezuela[5] and Argentina[6]. Moreover, in regions lacking a robust banking system—like parts of Africa or South Asia—virtual assets have become new online payment tools. They enhance financial inclusion by enabling people to engage in financial activities and perform cross-border transfers. Under international trade demands, traditional cross-border remittances typically involve banks and clearing institutions, which are costly and time-consuming. Virtual assets, on the other hand, complete payments directly on-chain, reaching recipients instantly across borders and improving remittance efficiency. Additionally, virtual assets have provided fertile ground for technological and investment innovation: decentralized finance (DeFi), NFTs, smart contracts, and other new business models have thrived in the virtual realm, accelerating the development of financial technology over the past decade.

However, the anonymity and cross-border nature of virtual currencies make them widely used for fraud, ransomware payments, and various illicit transactions. Problems such as money laundering and terrorism financing—long-standing headaches for governments—have only been exacerbated with the rise of virtual assets. Furthermore, well-known assets like Bitcoin and Ether exhibit extreme price volatility, fueling speculative manias. Coupled

---

4 FATF (2019). Guidance for a risk-based approach to virtual assets an virtual asset service providers. P. 11-13).

5 *Javier Bastardo* (2024). Venezuelans Use Crypto To Resist Maduro's Post-Election Repression, Forbes, Aug 26, Link (last visited: Aug. 30, 2025).

6 *Christine Ro (*2022). Why Argentina is embracing cryptocurrency, BBC, April 22, Link (last visited: Aug. 30, 2025).

with inadequate regulation, the issuance of virtual currencies often incurs low costs and lacks backing by real businesses or assets. Hype-driven promises of returns conceal massive financial risks: fake ICOs (initial coin offerings) lead to relentless frauds and Ponzi schemes, causing significant losses to investors and consumers. Due to weak oversight and the anonymous nature of virtual assets, victims find it exceedingly difficult to reclaim stolen funds through legal channels, creating a black hole for property crimes.

Although El Salvador—an economy heavily reliant on remittances from its diaspora—adopted Bitcoin as legal tender in 2021 to solve the issues of expensive and slow traditional remittances, the IMF, in concert with the country's involvement, warned that Bitcoin could undermine financial stability. Consequently, El Salvador had to revisit its Bitcoin policies[7]. Meanwhile, amid the ongoing Russia–Ukraine war, the Ukrainian government raised millions in cryptocurrencies via official wallets for military and humanitarian aid—an adaptive measure to counter the disruptions in the traditional banking system[8]. In several economically volatile countries, people have also turned to Bitcoin or stablecoins like USDT to preserve their assets or conduct transactions. Over the thirteen years since the emergence of virtual assets, their functionality in extreme circumstances has been evident. But if Taiwan, which strives for financial stability and sustained economic development, were to increase its reliance on virtual assets, it would inevitably bring numerous uncontrollable crime-related challenges.

5.3 Problems Taiwan Faces with Virtual Asset Crime

Virtual assets, with their high anonymity and difficulty of tracking transactions, have made fraud in Taiwan—already plagued by scams—even more rampant. Various kinds of scams such as romance scams, investment scams, "pig-butchering" (fake relationship scams), and impersonation scams keep emerging. Because virtual assets can be transferred across borders with ease and there is a lack of relevant regulation in Taiwan, criminals can hide the flow of funds through multiple transfers or mixing services, making it hard to trace and recover criminal proceeds. On the other hand, virtual assets have long been used by criminal syndicates for money laundering: groups specializing in laundering can convert all criminal proceeds into virtual assets and cover their tracks. Virtual currency laundering has developed into a large industry chain, significantly increasing the difficulty of crime prevention.

5.3.1 Serious Fraud Problems, Especially Investment Scams

"Combating fraud" has been the primary policy goal of Taiwan's government in recent years because fraud has caused several serious social incidents in Taiwan. Many victims, after being scammed out of huge sums and finding no means of restitution, chose to end their

---

7 "As part of a $1.4 billion loan agreed with the International Monetary Fund in December, the government's involvement with the digital Chivo wallet will be "gradually unwound." At the end of January, on a vote of 55-2, El Salvador's Legislative Assembly passed modifications to the Bitcoin law, eliminating the word "currency" but keeping it legal tender." *Nic Wirtz*, El Salvador Alters Bitcoin Policy, Global Finance, Mar. 1st, 2025, Link (last visited: Aug. 27, 2025).

8 "Today, as the conflict enters its second year, over $212 million worth of crypto has been donated to pro-Ukrainian war efforts, according to Elliptic, a blockchain analytics firm. This includes roughly $80 million worth of crypto going directly to the Ukrainian government." *Spencer Feingold*, Why the role of crypto is huge in the Ukraine war, World Economic Forum, Mar 16, 2023, Link (last visited: Aug. 27, 2025).

lives; a case of a family of five committing suicide after being defrauded shocked society[9]. Fraud's pervasiveness makes Taiwanese people detest it deeply; however, fake investment scams follow the same pattern and lead numerous individuals to fall victim. Whether the investment target is futures, skyrocketing stocks, gold, or virtual currency—investment subjects popular with Taiwanese people—fraud groups need only use pitches promising "short-term" and "high returns" to attract victims. They guide victims to operate on fake exchange platforms and, in early stages, deliberately create the illusion of smooth cash withdrawals and profits, which convinces victims. Later, they demand additional investments, trapping victims deeper.

Investment scams often hide behind legitimate companies and extensively use communications technology, with a fine division of labor. In a major case recently cracked, employees were hired to mass-produce LINE accounts using burner phone numbers and many phones and computers; these accounts were sold to overseas fraud call centers. Overseas fraud groups used these virtual social accounts to post investment information on LINE or Facebook, luring people to join. During this period, they even generously gifted high-end luxury brands to gain trust. As the victims' investments grew, the fraud group sent "runners" posing as cryptocurrency dealers to complete transactions by depositing cash into virtual currency, avoiding police investigation. [10]

Taiwanese people have long been under attack from fake investment scams. Fraudsters continue using fake celebrity endorsements or fake investment groups to approach victims; they can also create online romantic or long-term friendships and even send expensive luxury goods to create the appearance of wealth and easy profits, using new methods to lure big targets. According to National Police Agency ("NPA") statistics, 37,823 fraud cases occurred in Taiwan in 2023—8,314 more than in 2022, an increase of 28.17%. Among them, "investment fraud" increased by 5,233 cases (+79.99%)[11]. By 2024, the financial loss from fraud in Taiwan had reached NT$50.2 billion, with total fraud cases at 122,805. According to the NPA's Anti-Fraud Dashboard (165 Dashboard), in just the last month, 15,296 fraud cases were reported, with losses reaching NT$7,348,669,000. Investment scams accounted for only 2,139 of these cases but caused NT$3,465,954,000 in losses. Searching for "virtual currency" in the dashboard reveals more than 9,000 shared cases, nearly all investment scams. The power of the internet is far-reaching—even rural areas or counties with simpler lifestyles, such as Chiayi or Pingtung, frequently report cases of people being defrauded through virtual currency investments.[12]

---

9 *Hung-Yi Cheng* (2025). Investment Scam Drives Fengyuan Family of Five to Tragedy: In Despair, They Said 'Let's Leave Together' Before Sealing the Windows and Ending Their Lives. SETN News, July 4th, Link (last visited: Aug. 31, 2025).

10 *Mu-Chun Su* (2025). Mass Creation of LINE Accounts Aiding Fraud Rings: CIB Refers 16 System Operators for Prosecution. The Central News Agency, Aug. 28, Link (last visited: Aug. 31, 2025).

11 Statistics Office, National Police Agency, Police Statistics Bulletin, April 3, 2024.

12 Victim's Report 1, "On July 4, 2025, my husband introduced me to a LINE investment group named Taiwan Stock Smart Choice – Short-Term Day Trading T07 Community (link: unknown), as well as another LINE investment group named Taiwan Stock Day Trading – Short-Term Selected 66 Community (link: unknown). Within the group, a person claiming to be a teacher stated that anyone interested in virtual currency investment should contact a customer service representative directly. They then provided the LINE username of a customer service officer: SEO Customer Service Specialist. On August 20, 2025, at 17:19, while at home, I used my own mobile phone to add this customer service representative on LINE. Following their instructions, I downloaded the Bito app and deposited NT$100,000. I then clicked on the link they provided

Statistics show that among victims aged over 30, "investment fraud" is the most common[13]. Taiwanese people like to invest and are willing to believe "fortune favors the bold." New virtual currencies claiming high returns can repeatedly attract new victims to transfer funds. Yet what exactly is virtual currency? Can owning a virtual account really result in endless wealth? How do these virtual currencies generate profits for investors? The author sees no underlying value driving the surge in various foreign-issued virtual currencies aside from speculation. Cruelly, the investment scam pattern has never changed: fraudsters find victims online and, after quickly building trust, introduce virtual currency investment. Large sums of real money are invested into virtual accounts whose authenticity is hard to discern. Taiwan has not issued any virtual currency with an investment nature, yet the internet always features stories of people who got rich with virtual currency. In November 2022, the collapse of FTX—the world's second-largest virtual asset exchange—affected more than one million investors whose funds were frozen or lost; Taiwanese investors' losses were officially recognized as the fifth largest worldwide[14], showing how readily they embrace new investment tools.

5.3.2 Slow Regulatory Development in Taiwan

Although Taiwanese people are eager to try new investment and financial tools, the Financial Supervisory Commission (FSC) and the Central Bank—responsible for financial regulation—have been relatively conservative. Since the advent of virtual currency, the Taiwanese government has never formally recognized its legality; yet Taiwan's tech community saw early booms in the "coin circle" and "blockchain circle." Even though virtual currency's potential as a financial instrument could be foreseen, the Central Bank and FSC initially regarded virtual assets as mere commodities, repeatedly advising the public to be cautious but imposing no regulation[15].

---

to complete registration. After registering, they immediately instructed me to use the provided link to transfer the NT$100,000 in my Bito electronic wallet (wallet address: TCMSV39abJAn6NS123eG1KHLiez89VHKJc) into virtual currency, converting it into 3,257.92446 USDT, which I then sent to the designated wallet (wallet address: TLGXkfucUkRKWCjSmXosoe3FBPWRybA3QJ). I followed their instructions without suspicion. However, on August 31, 2025, at 19:24, when I attempted to withdraw 3,394 USDT, I discovered that the withdrawal was blocked. The customer service representative claimed that my account had been frozen and demanded that I pay 3,394 USDT as a security deposit in order to proceed with the withdrawal. Realizing something was wrong, I went to the local police station to file a report." Date of Report: September 1, 2025; Location of Report: Chiayi County, Taiwan; Victim's Report 2: I became acquainted with an individual on Facebook who approached me under the pretense of friendship and subsequently invited me to join an investment group. They introduced an investment website called LouEX, claiming it offered guaranteed profits with no risk of loss. Following their instructions, I applied for an electronic wallet account and met with a cryptocurrency dealer in person four to five times to purchase virtual currency, which I then transferred to the other party. Later, when I attempted to withdraw my supposed profits, the customer service representative demanded that I pay a 20% tax, further stating that a 1% surcharge would be added each day if the payment was not made, with a five-day deadline to settle the amount. It was only then that I realized I had been defrauded. My total financial loss amounts to over NT$3.66 million. Date of Report: September 1, 2025. Location of Report: Pingtung County, Taiwan; Link (last visited: Sep. 1st, 2025).

13 Statistics Office, National Police Agency (2024). Police Statistics Bulletin, April 3.

14 *Ting-Hsien Cheng*, Discussing the Development Direction of Taiwan's Legal Framework from the Perspective of International Virtual Asset Regulatory Trends, 180 Chengchi L. Rev. 1, 5 (2025).

15 FSC, Press Release, "Bitcoin is not a currency, and recipients should be aware of the risk-bearing issues", Dec. 30, 2013, Link (last visited: Aug. 27, 2025).

As Bitcoin, Ethereum and other virtual currencies, along with NFTs, became household names in Taiwan and were marketed as a new generation of valuable assets, the government became aware of the seriousness of the issue. In 2018, it attempted to regulate virtual assets but worried that excessive regulation would stifle fintech development. Thus, following the international trend of anti-money laundering (AML) legislation, the Money Laundering Control Act was amended in November 2018 to include "virtual currency platforms and transaction businesses" (collectively "virtual currency businesses") as institutions with AML obligations. However, there was no complementary legal framework to supervise these businesses; this amendment was largely symbolic and lacked enforceability. It wasn't until April 2021 that the FSC, empowered by the AML Act, defined virtual currencies and virtual currency businesses, specified the scope of these businesses, and finally enacted the "Regulations on Anti-Money Laundering and Countering Terrorism for Virtual Currency Platforms and Transactions Businesses." This began formal regulation of virtual currency businesses by requiring them to fulfill AML obligations[16]. Still, AML rules alone are not management. Although, at the FSC's request, virtual currency dealers formed an industry association (VASP) that year and were asked to submit AML compliance declarations by November 30; by the end of 2021, 16 businesses had done so[17], and by 2024, 25 had[18]. But as virtual currencies continue to enable speculation and money laundering, and without strong enforcement or the willingness to alienate clients, Taiwan's virtual currency businesses have not effectively implemented AML measures.

Besides AML control, the FSC recognized the investment features of virtual assets. The FSC distinguishes between securities token offerings (STOs)—virtual currencies issued against real assets and therefore with securities attributes—and initial coin offerings (ICOs), which lack securities attributes (e.g., Bitcoin). STOs that meet the U.S. Howey Test are considered securities under Taiwan's Securities and Exchange Act. The FSC requires platforms dealing with STOs to obtain broker-dealer licenses and to comply with the AML and counter-terrorism financing requirements for securities firms. ICOs, while not legal tender or approved financial products, must still follow the AML Act. Because issuing an STO in Taiwan worth more than NT$30 million must follow securities laws and related requirements—high thresholds and costs—only one bond-type STO has been issued so far. Truly active virtual assets, being borderless, opt not to issue in Taiwan. Given the appetite for investment in Taiwan, foreign STOs still grow unchecked locally.

In Taiwan's unique bureaucratic culture, this high-risk industry of virtual assets has lacked a regulatory authority. Although in 2018 Taiwan planned to bring "virtual currency platform and transaction businesses" under AML requirements, it was not until 2021 that, under Article 5 of the AML Act, the "Regulations on Anti-Money Laundering and Countering Terrorism for Virtual Currency Platforms and Transactions Businesses" were enacted. The long

---

16 *Yueh-Ping (Alex) Yang* (2022). The Regulatory Perimeter for Crypto-Asset Anti-Money Laundering Regulations and International Standards: Comments on Taiwan's "Regulations Governing Anti-Money Laundering and Countering the Financing of Terrorism for Enterprises Handling Virtual Currency Platform or Transaction, 9 Legal Aid & Society Rev. 93, 96.

17 *Wang, Hsiang-Heng* (2021). Recent Developments and Trends in Taiwan's Anti-Money Laundering and Counter-Terrorism Financing Efforts. Futures Quarterly, No. 80, 36.

18 "At present, a total of 25 VASPs have completed compliance statements. Their business models include exchanges, trading platforms, physical storefronts, virtual asset ATMs (BTMs), and custody service providers. The types of business operations and the scale of registered capital vary significantly among these entities." XREX, Report by FSC Chairman *Jih-Cheng Peng* to the Legislative Yuan: The Regulation of Virtual Asset Service Providers (VASPs) and the Progress of Drafting a Dedicated Law, 12/06/2024, Link (last visited: Sep. 1st, 2025).

discussions and legislative processes had started in 2020. Even defining the scope of these businesses required the Ministry of Justice and the FSC to petition the Executive Yuan, which approved the scope months later, effective July 1 of that year[19]. While Taiwan's exchanges are mandated under AML to verify customer identities, keep records and report suspicious transactions, specific measures must be set by the FSC. After years of waiting, Taiwan finally promulgated internationally anticipated AML rules for virtual currencies. Regarding broader industry regulation, the FSC resisted direct oversight, instead planning a four-step approach: (1) require dealers to form an industry association (VASP); (2) establish a self-regulatory organization and follow AML requirements; (3) adopt a registration system to allow dealers to operate; (4) eventually enact specialized legislation. Finally, in late June this year, the FSC submitted the draft "Virtual Asset Service Act" to the Executive Yuan, expected to be reviewed in the Legislative Yuan in September.

5.3.3 Difficulties in Regulating and Investigating Virtual Assets

It took nearly a decade for Taiwan's financial regulators to acknowledge that virtual assets are "financial instruments offering investment or payment functions." The FSC announced a four-step plan to gradually regulate them[20]; this summer, oversight reached the final step. The draft Virtual Asset Service Act aims to promote market transparency and consumer protection by regulating intermediaries offering virtual asset trading. Under the draft, involvement in fraud or market manipulation could be punished with up to 10 years' imprisonment, and running an unlicensed virtual asset platform could carry up to seven years. With dedicated regulation, future trading platforms must be licensed and meet compliance obligations, finally bringing virtual asset transactions under a legal framework.

Yet Taiwan's difficulty in regulating this emerging financial tool is evident in how it requires trading platforms to implement AML. Since 2021, Taiwan has asked virtual asset platforms to voluntarily pledge adherence to AML rules. From 2023 to 2024, the FSC conducted AML inspections on several platforms and found many had not implemented KYC or risk disclosure. Four years after the declarations began, the number of operators legally providing virtual asset services in Taiwan has sharply declined: according to the FSC, 26 firms were on the approved list late last year, but by August 8 this year, only 8 remained[21]. AML requirements and the goals of holding virtual assets conflict by nature. AML rules demand that both the sender and recipient of a virtual currency transfer provide name, address and wallet information; if either party lacks complete information, the exchange must refuse the transaction. This provision sparked strong backlash from domestic exchange operators because most users had not completed KYC. Forcing real-name verification would drive away a majority of users and sharply reduce trading volume. Thus the new law will require more transparent transactions, but platforms will face resistance from users, making regulation very challenging.

---

19 Investigation Bureau, Ministry of Justice (Taiwan) (2022). The prevention and investigation of Economic crime Annual Report, p. 124-25.

20 FSC, Press Release (2025). Strengthen the supervision of Virtual Asset Service Providers (VASPs) and facilitate the growth of the industry, Jan. 22, Link (last visited: Aug. 30, 2025).

21 *Ruei-Jin Li*, Draft of the 'Virtual Asset Service Act' Allows Foreign Investment to Enter; Mixed Reactions from Industry and Academia. International Experts Step in, and Domestic and Foreign Cryptocurrency Operations Should Be Segregated, Business Today, No 1497, Aug. 27, 2025, Link (last visited: Aug. 30, 2025).

Virtual assets have visibly exacerbated many crimes[22], and fraud has long been difficult to suppress. Criminals use virtual currency as a crime instrument because it can be freely exchanged for fiat money yet offers the anonymity, portability and lack of central oversight that fiat lacks. Hence criminals use virtual assets for ransom payments, dark web purchases, scams and money laundering. Their concealment techniques grow more sophisticated: in the past, criminals could evade detection by keeping virtual funds separate from fiat currencies. They store illicit virtual currency in offline cold wallets or wait until the statute of limitations expires before converting it. As countries improve tracking technologies, mixing services evolve rapidly, and privacy coins are issued. Taiwan has not yet passed regulation on exchanges; all virtual coin trading remains in a legal grey area. Only a few advanced countries have laws for virtual currencies; most do not, giving criminal organizations opportunities to exploit regulatory gaps. Transnational crime groups have begun combining trade-based and virtual-currency-based money laundering[23], increasing Taiwan's need for international cooperation to combat crime.

5.4 Conclusion

The rapid proliferation of virtual assets has presented Taiwan with both opportunities and risks. On the one hand, digital finance holds significant potential for innovation, investment, and economic growth. On the other hand, the prevalence of fraud and related crimes underscores the urgent need for a stronger and more adaptive regulatory framework. Taiwan's relatively slow progress in regulatory development has left gaps in investor protection, enforcement, and cross-border cooperation, making it difficult to effectively combat the evolving tactics of fraudulent actors.

Going forward, Taiwan must pursue a multi-pronged strategy. First, regulators should accelerate the establishment of comprehensive laws tailored to the unique features of virtual assets, ensuring that innovation is not stifled while providing clear standards for market participants. Second, international cooperation must be enhanced to address the transnational nature of fraud, particularly through information-sharing agreements and joint investigations. Third, investment in technological capacity—such as AI-powered monitoring tools and blockchain forensics—will be indispensable in strengthening law enforcement. Finally, greater attention should be devoted to victim protection and financial literacy education, fostering a more resilient and trustworthy financial ecosystem.

In sum, tackling virtual asset–related fraud in Taiwan requires more than legal reform; it demands coordinated action among regulators, enforcement agencies, industry stakeholders, and the public. Only by bridging regulatory gaps, embracing technological solutions, and centering consumer protection can Taiwan build a sustainable and fraud-resistant virtual asset market.

---

22 "Cryptocurrency has facilitated or been used in numerous types of crimes, including, but not limited to, ransomware schemes, consumer fraud, market manipulation, thefts through computer hacking, and the sale of unregistered securities and commodities." See *Sanjeev Bhasker, Michael P. Grady, Kevin G. Mosley* (2023). Cryptocurrency and Anti-Money Laundering Enforcement and Regulation, Criminal Justice, p. 3-4.

23 Investigation Bureau, Ministry of Justice (Taiwan) (2022). The prevention and investigation of Economic crime Annual Report, p. 12.

6 Commentary

Rüdiger Wulf

The following commentary picks up a number of terms that, in the commentator's view, play an important role in the workshop contributions and in the discussion of these contributions. They are examined and outlined in the following.

6.1 Domestic violence

The theme “domestic violence” requested by the Taiwanese delegation is a global problem. It exists in all countries around the world, cuts across all strata of society, and primarily affects children, women, and the elderly as victims. According to the guests from Taiwan, violence by women against their male partners is also a problem there.

A major problem is how the state should respond to domestic violence. Everyone has a human right to privacy and protection of their own home. Instead of Article 13 of the Basic Law for the Federal Republic of Germany: “(1) The home is inviolable. (2) Searches may only be ordered by a judge, or in cases of imminent danger also by other authorities provided for by law, and may only be carried out in the manner prescribed therein.” Therefore, the state cannot simply intervene and take action in cases of domestic violence. In his article, Yueh-Chung Ma quoted the Taiwanese proverb: “An honest judge has difficulty deciding family matters” (‘清官難斷家務事’). Or, in other words: “The law does not enter the home.” This was also the long-held view in Germany. Domestic violence was seen as a private matter. The police often refused to take reports of domestic violence. Public prosecutors often referred to private prosecution (§ 374 StPO). According to this, criminal offenses can be prosecuted by the injured party by way of private prosecution.

The judiciary is thus expressing the view that the state should stay out of such situations. In recent years, there has been a welcome shift in thinking. Victims, who are usually powerless, must not be left unprotected. The police and public prosecutors must intervene, especially in serious and repeated cases.

However, police measures, such as electronic monitoring of perpetrators of domestic violence, and criminal sanctions can only be a last resort (“ultima ratio”). In hardly any other area of crime is the statement “The best criminal policy is social policy” (*Franz von Liszt*) as apt as it is in the case of domestic violence: crime prevention is essential. Families and single parents must be supported financially and personally (primary crime prevention). Opportunities for domestic violence should be prevented (secondary crime prevention). There should be support and education programs for people who are at risk of committing domestic violence (tertiary crime prevention).

This is also important because the family itself is, or should be, a classic place of prevention (“prevention at families”). Families can only fulfill this task if there is no violence within the family.

6.2 Femicide

One of the most serious forms of domestic violence is femicide. For this reason, there has been considerable public interest in this area of crime and in criminological research in Germany and beyond for some time now. Femicide can be viewed from different perspectives:

- Feminist approach;
- Sociological approach;
- Criminological approach;
- Human rights approach;
- Decolonial approach.

Criminologists in Tübingen are also involved in this research, taking a criminological approach.[1] It would be interesting if Taiwanese criminologists also conducted research on femicide, as this would enable comparative (legal) analysis.

The meaning of femicide is controversial. A simple definition is: “The killing of a woman because she is a woman.”[2] A feminist definition understands femicide as the killing of women or girls as an extreme form of gender-based violence committed in the context of patriarchal gender differences.[3]

Related terms include “intimate femicide,” murders in the name of “honor,” dowry-related killings of women, and sex-selective abortions and infanticide.

Not all femicide is the same; it falls into different categories. In her article, *Sabine Patricia Meier*[4] identified the following categories of crimes in Baden-Württemberg:

- Femicide in heterosexual (former) relationships (conflictual violent relationships without acute intention to separate, separation killings, intimate partner homicide-suicide);
- Killings of women by other family members;
- Misogynistic killings of women/non-intimate femicide;
- Unclear cases.

It would be too simplistic to consider only the perpetrator and the direct (female) victim in cases of femicide. In an earlier study on murder, particularly in the area of conflict killings, the commentator[5] identified triangular relationships. This also applies to femicide. “Some

---

1 See the contributions of *Meier,* 2025, 477-492; *Rehbein,* 2025, 493-511; *Stelly,* 2025, 512-523.
2 *Russell,* 2001, 12-25.
3 *Clemm,* 2023, 48.
4 *Maier,* 2025, 477-492.
5 *Wulf,* 1979.

perpetrators specifically attack children or other people close to the woman in order to punish or indirectly victimize them—in a sense, 'proxy' victims." [6]

The daily press often refers to the "criminological clock" when discussing the extent of femicide. According to this, a woman is killed by her ex-partner approximately every three days in Germany.[7] That sounds like a lot and seems threatening. Certainly, every case is one case too many and every case is sad. "Every three days" means 120 cases across Germany in purely mathematical terms. That seems rather low in quantitative terms. It must also be taken into account that with 83 million citizens, there are numerous separations and divorces, which form the backdrop for separation killings, so to speak. In 2024, there were a total of 129,300 divorces in Germany.[8] Separations are not recorded statistically. If we leave aside their large number and consider only divorces, we arrive at a figure of 0.1 per 100,000 divorces. Femicides arme therefore a rare occurrence in Germany in purely mathematical terms.[9]

This result has implications for prevention, as it is difficult to prevent rare events. In cases of attempted separation killings, women often point out that they had already gone to the police in advance to report violent incidents, but were turned away. Similar findings emerge from investigation and criminal files relating to completed offenses. The police should therefore establish appropriate prevention strategies, even though not every case of domestic violence ends in a separation killing.

Criminal penalties, i.e., repressive sanctions, are likely to have little deterrent effect on femicide. A special criminal provision therefore appears to be unnecessary in German law. The particular injustice of femicide can be covered by the criminal offense of murder under Section 211 of the German Criminal Code (StGB) on "base motives" and punished with life imprisonment. Section 46 StGB on the principles of sentencing should also be noted, according to which gender-specific motives and goals of the perpetrator may be taken into account as aggravating factors.

6.3 Trust

Yung-Lien Lai's study on police decision-making behavior during arrests in cases of domestic violence raises the question of whether those affected can trust that the police will act in accordance with the rule of law.

Trust is a central criminological concept in the field of crime control and beyond.

Trust refers to a certain type of subjective, emotionally colored conviction that guides one's behavior. Trusting another person involves beliefs about their integrity and future actions: one expects that this person will be helpful or at least not harmful. Trust therefore leads to cooperation. In this context, the person placing their trust makes aspects of their own well-being and safety dependent on the behavior of their cooperation partner, thus taking a risk with their trust. Source

---

6 *Maier,* 2025, 486.
7 *Rebmann,* 2025, 493-511, 493.
8 Link.
9 So also *Stelly*, 2025, 512-523, 521.

Trust plays a role at different levels. Individuals may trust or distrust each other. People may also trust or distrust institutions (police, judiciary, politics, economy). In a very abstract sense, people may also trust or distrust the state and society. But trust also works the other way around. If politicians in a country fundamentally trust institutions and citizens, this tends to result in a more liberal political style than if they mistrust them.

Citizens in Germany still have a high level of trust in the police, but this is declining.

According to the European Commission's Standard Eurobarometer, around 77 percent of Germans had confidence in the police in the fall of 2024, while around 21 percent did not. This figure marked a low point in the period under review, while trust in this institution peaked in the summer of 2020: 84 percent of those surveyed said they trusted the German police. Source

Trust in the police is promoted by procedural justice.[10] The “procedural justice model of police legitimacy” states that citizens who are treated with fairness, honesty, and respect by state authorities are not only more willing to cooperate with the authorities, but will also accept their decisions and follow their instructions.[11] Tübingen criminologist *Frederik Kohler* tested this model on a group of racially marked individuals and found that procedural justice had a positive effect on the perception of legitimacy among all respondents, while procedural injustice had a significantly stronger negative influence.[12] Trust in the police is therefore primarily jeopardized by police assaults on citizens and corruption within the police force. But also by so-called “racial policing.”

Citizens' trust in politics is very important. It has a positive or negative effect on voting behavior and tax compliance, for example.

Compared to other European countries, Germans have more trust in politics, the economy, and society than other countries. This is shown by the IW Trust Index, which is based on various representative surveys and objective data. A value of 100 points indicates the highest level of trust, while a value of 0 points indicates the lowest. According to this index, Germany ranks seventh with a score of around 74 points, just behind the Scandinavian countries, Switzerland, the Netherlands, and Ireland. Trust among the population is particularly high in northern Europe, in Denmark (90.7) and Finland (88.6). In Greece, on the other hand (8.3), people tend to be more distrustful. Source (Taiwan not listed)

The following recommendations can be derived from this:[13]

- Strengthening democratic institutions;
- Transparent political communication;
- Promoting media literacy and combating fake news;
- Strengthening corporate responsibility;

---

10 Fundamental *Tyler,* 1990.
11 *Antensteiner,* 2018, 46-56.
12 *Kohler,* 2024, 211-224, 222.
13 *Gabel/Potthoff,* 2025, 23-25.

- Combating discrimination and polarization.

Citizens' trust in politics is very important. It has a positive or negative effect on voting behavior and tax compliance, for example.

Compared to other European countries, Germans have more trust in politics, the economy, and society than other countries. This is shown by the IW Trust Index, which is based on various representative surveys and objective data. A value of 100 points indicates the highest level of trust, while a value of 0 points indicates the lowest. According to this index, Germany ranks seventh with a score of around 74 points, just behind the Scandinavian countries, Switzerland, the Netherlands, and Ireland. Trust among the population is particularly high in northern Europe, in Denmark (90.7) and Finland (88.6). In Greece, on the other hand (8.3), people tend to be more distrustful. Quelle (Taiwan not listed)

6.4 Pressure and Control

In the discussion of *Chin-Chin Cheng*'s article on workplace bullying, it was mentioned that there is considerable pressure on employees in the Taiwanese workplace, but that managers also have to work under pressure. Pressure is also widespread in universities and beyond. Both Taiwan and Germany are performance-oriented societies in which a great deal of pressure is exerted. However, the commentator's impression is that the pressure in East Asia is much greater than in Central Europe. Whether it is possible to work, study, and conduct research well under pressure is not to be explored in depth here, but it is to be questioned.[14]

Taiwanese colleagues reported numerous suicides and suicide attempts as a result of pressure at work, particularly due to bullying. In the WHO list of suicide rates per 100,000 inhabitants in 182 countries in 2019, South Korea (4th) and Japan (26th) occupy the top spots. Germany is far behind in the middle (42nd).[15] Taiwan is not listed there. However, another source shows that Taiwan had one of the highest suicide rates in Asia in 2010, with 4,128 suicides.

Pressure can also lead to criminal behavior. This is what pressure theory teaches us. It is based on *Robert Merton's* theory of anomie.[16] While *Merton* explained that states of anomie depend on the distribution of and access to economic resources, *Robert Agnew* sees other factors as causes of stress and strain.[17] According to *Merton*, there are five ways of responding to states of anomie:

- **Conformity:** Cultural goals are accepted, and the legal means to achieve them are available.
- **Innovation**: Cultural goals are accepted, but the means to achieve them are not available and are replaced by illegal means (consequence: crime).

---

14 On the spread of psychological stress, e.g., due to poor work organization, work intensification, poor working atmosphere, monotony, and bullying already *Schleicher et. al.,* 2002.

15 Link.

16 Fundamental *Merton,* 1938, 672-682.

17 Fundamental *Agnew,* 1985, 151-167.

- **Ritualism:** Cultural goals are accepted, but individual goals are reduced so that the legal means to achieve them are sufficient.
- **Withdrawal:** Cultural goals and legal means are rejected (consequence: self-exclusion or exclusion by others).
- **Rebellion:** Cultural goals and legal means are abandoned and are to be replaced by new ones.

It would be interesting to know whether and to what extent these reactions can also be observed in Taiwanese society.

A related term to “pressure” is “control.” Control can also be understood as a special form of “pressure.” *Lenin* is said to have formulated: “Trust is good, control is better.” In the opinion of the commentator, *Lenin* is mistaken: “Control is bad, trust is better” (see 6.3 above).

6.5 Power

“Domestic violence” is a subset of “secret violence.” It occurs wherever people exercise power over other people. *Leo Tolstoy* is said to have once remarked, “To judge a state, one must go to its prisons.”

This quote emphasizes how important it is to examine the state of a society's prisons in order to truly understand the state of that society. Prisons are often seen as a symbol of a society's justice system, but they can also serve as a mirror image of larger social problems and inequalities. By looking at the treatment of prisoners, one can gain insight into how a society treats its most vulnerable members and the extent to which its laws and institutions are truly fair and just. Ultimately, the quote suggests that a society that prioritizes the well-being and dignity of its prisoners is working toward a more just and balanced future. Source

What really matters is how prisoners are protected from assaults by fellow prisoners or prison staff. But we also need to go into barracks and take the protection of soldiers seriously. We need to go into homes for children and young people, as well as retirement homes. We must go to church and sports club facilities where sexual abuse, violence, and humiliation occur. And we must go into families, because the family is not always “heaven,” but unfortunately often also “hell.”

In general, crime committed by those in power is a particularly important field of research for criminology.[18]

Crime among the powerful is a criminological concept that has been discussed since the mid-1970s, originally primarily in the context of critical criminology. According to Sebastian Scheerer, it refers to “the sum of crimes committed to strengthen or defend superior power.” Phenomena such as crime among the powerful, as well as the related concept of macro-crime, are now discussed in most German-language criminology textbooks – not only in critical criminology circles.

---

18 *Scheerer,* 1993, 246–249; *Bock,* 1994, 171–186; *Kaiser,* 1995, 159–175; *Lee,* 1995, 24–61.

The term was originally also intended to bring about a paradigm shift within criminology. As early as the 1940s, the American criminologist Edwin H. Sutherland argued that criminology had traditionally dealt disproportionately with phenomena of so-called lower-class crime and called for a corresponding change of perspective. ...

The intended paradigm shift within criminology has ultimately not been brought about by critical criminology's focus on the criminality of the powerful. The criticized concept of “lower-class crime” still plays a significant role in the discourse on criminal policy and has not been eliminated as a primary topos of criminology. However, an expansion of the criminological focus, a problematization of the equation of crime with deviance, and a softening of the boundaries between legality and illegality have been achieved. Source

Case groups that pose significant challenges for the state and society are:

- Corruption in administration and politics;
- Warmongering;
- Terrorism from the right and left;
- Environmental crime, especially climate crimes;
- Economic crime, such as subsidy fraud.

In contrast, youth crime is declining. Young men who roam the streets of large cities at night under the influence of alcohol and drugs and carrying weapons are certainly perceived as a problem and frighten the older generation. This should not be downplayed. Nevertheless, youth crime does not cause the same material and social damage as crime committed by those in power. *Franz von Liszt*'s statement applies particularly to the response to youth crime: “Sometimes it is better to let a criminal go free than to punish him!” Criminologists who research youth crime and other crimes committed by the powerless must ask themselves whether this distracts from the real problems of crime.

6.6 Victimological aspects

In her lecture on internet fraud, *Leng-Chia Hung* pointed out the most common methods used by perpetrators and their pursuit of profit. This is true, but it also requires a look at the victims and their role in the crimes.

This is part of victimology, the science of victims. It remains open to debate whether victimology is a separate science (which also includes victims other than crime victims), part of criminology, or part of criminal law as a whole. In any case, it has rightly developed rapidly since World War II and has provided valuable criminological insights.

One of the first victim typologies was developed by *Hans von Hentig*[19], a pioneer in victimology. He differentiated between victims based on their risk of becoming victims, including on the basis of “greed for profit and life,” e.g., fraud involving the “dream of quick money.” This could be the case with fraud on the Internet. However, this argument would no longer

19 *von Hentig,* 1948.

be used today. The same applies to the typology of *Benjamin Mendelsohn*[20], who focused on the victim's fault: completely innocent victims; victims with less fault than the perpetrator; equally guilty victims; more guilty victims; predominantly solely guilty victims. This is open to criticism, among other things because the degree of fault is difficult to determine and there is a risk of stigmatization. *Ezzat Abdel Fattah*[21] argues in a more modern way, focusing on the interaction between victim and perpetrator (participation situations). According to this, a participating victim contributes "passively provocatively," e.g., through carelessness. *Steven Schafer*[22] places the functional responsibility of the victim for the crime at the center of his typology and demands that victims avert victimization themselves whenever possible. This is not unproblematic, because it is primarily the responsibility of individuals inclined to commit crimes to refrain from criminal behavior. It seems more sensible to analyze the dynamics of the crime and shifts in roles.

In cases of fraud, the perpetrators and victims are often motivated by the desire for profit. It is therefore true to say that victims and perpetrators of fraud are driven by similar motives. The commentator can confirm this from his previous experience as a public prosecutor in the prosecution of investment fraud cases. Here, the perpetrators lure victims with high returns that, when viewed soberly, must be considered unrealistic. The victims only see the returns with "dollar signs in their eyes," take on high commitments themselves, and often even take out loans to finance them. Even highly intelligent academics fall for this. This makes it difficult, if not impossible, to prevent such crimes through victim-oriented measures.

6.7 Human rights

People have a right to have their human rights respected at home and at work, especially their physical integrity and honor.[23] Where the police intervene, especially with measures that deprive people of their liberty, this must be done in accordance with the rule of law.[24] Where criminals defraud other people, for example on the internet, the victims have a right to state protection of their property and assets.[25] The protection of human rights is therefore a common thread running through all the contributions to the workshop as a paramount task.

---

20 *Mendelsohn,* 1956, 4–36.
21 *Fattah,* 1967, 162-169.
22 *Schafer, 1968/*1977.
23 *Ma*, Chapter 1; *Haverkamp*, Chapter 3; *Cheng*, Chapter 4.
24 *Lai*, Chapter 2.
25 *Hung*, Chapter 5.

The protection of human rights is considered the ultimate goal of criminological research, especially when it comes to controlling crime. The end does not always justify the means. The state must not slide into becoming a surveillance state. Security is not the ultimate goal of state action. “Freedom dies with security.”[26]

Criminologists should therefore define their professional role as guardians of human rights, namely of victims, perpetrators, and civil servants as representatives of state authority.

Traditionally, judges in administrative and constitutional courts are considered to be the primary guardians of human rights, but judges in other branches of the judiciary, especially in criminal courts, also play a role. In addition to the judiciary, the legislature is called upon to protect the human rights of citizens in political decisions and legislative procedures. Under German law, civil servants in the executive branch are bound by law and justice. The fact that legislation is bound by the constitutional order, the executive branch and the judiciary are bound by law and justice,[27] is intended to achieve comprehensive protection of human rights. This is facilitated by the often underappreciated work of journalists and non-governmental organizations (NGOs) such as Amnesty International. Criminologists should see themselves as part of this circle of human rights watchdogs. It is easy to demand this in a commentary. It is difficult to deliver on this in everyday research and teaching.

26 Graffiti at the Epplehaus Youth Center, Karlstraße 13, Tübingen. This is a play on words, as the German word “Sicherheit” has two meanings: ‘security’ and “certainty.”

27 See Article 20(2) of the Basic Law for the Federal Republic of Germany.

References

Agnew, R. (1985). A revised strain theory of delinquency. Social forces. 64(1), 151-167.

Antensteiner, S. (2018). Rechtstreue und Kooperation durch polizeiliche Legitimität. Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, 46-56.

Bock, M. (1994). Kriminalität der Mächtigen. In: *Kaiser, G.; Jehle, J.-M*. (Hrsg.): Kriminologische Opferforschung, 171–186;

Clemm, C. (2023). Gegen Frauenhass. Berlin: Hanser, 48.

Fattah, E.A. (1967). Toward a Criminological Classification of Victims. International Criminal Police review, 162-169.

Gabel, R.; Potthoff, J. (2025). Vertrauenskrise in Deutschland? Köln: Institut der deutschen Wirtschaft. 23-25.

Kaiser, G. (1995): Kriminalität der Mächtigen. In: *Kühne, H.-H. (*Hrsg.): Festschrift für *Koichi Miyazawa*. Nomos: Baden-Baden, 159–175;

Kohler, F. (2024). Wirkt sich Rassismus auf die Legitimität von Sicherheitsakteuren in Krisenzeiten aus? In: *Vester* u.a. (2025): Am Puls der Zeit?! Trends, Transfer und Tradition in der Kriminologie. Mönchengladbach: Forum Verlag, 211-224, 222.

Lee, C. (1995): Kriminalität der Mächtigen. Soziale Probleme. Bd. 6, 24–61.

Maier, S. P. (2025): Femizide und Tötungsdelikte an weiblichen Personen in Deutschland. In: Vester, Th.; Kinzig, J.; Grafe, J.; Iberl, B.; Schreier, S.; Stelzel, K. (Hrsg.): Am Puls der Zeit?! Trends, Transfer und Tradition in der Kriminologie. Neue Kriminologische Schriftenreihe der Kriminologischen Gesellschaft e.V., Band 120. Hamburg: Forum Verlag Godesberg, S. 477-492.

Mendelsohn, B. (1956). The Victimology. Etudes Internationales De Psycho-Sociologie Criminelle, 4–36.

Merton, R. (1938). Social Structure and Anomie. American Sociological Review, Vol. 3, No. 5, 672-682.

Rebmann, F. (2025): Wirklich jeden dritten Tag? Zur Validität der Polizeilichen Kriminalstatistik bei Tötungsdelikten zulasten von Frauen. In: Vester, Th.; Kinzig, J.; Grafe, J.; Iberl, B.; Schreier, S.; Stelzel, K. (Hrsg.): Am Puls der Zeit?! Trends, Transfer und Tradition in der Kriminologie. Neue Kriminologische Schriftenreihe der Kriminologischen Gesellschaft e.V., Band 120. Hamburg: Forum Verlag Godesberg, 2025, S. 493-511.

Russell, D.E. (2001). Defining Femicide and Related Concepts. In: *Russell, D.E.; Harmes, R.A.* (ed.): Femicide in a global pespective. New York: Teachers College Press, 12-25.

Schafer, St. (1977). Victimology: The victim and his criminal. Reston, Va: Reston Pub. Co. (reprint from 1968).

Scheerer, S. (1993). Kriminalität der Mächtigen. In: *Kaiser, G.; Kerner, H.-J.: Sack, F.; Schellhoss, H.* (Hrsg.): Kleines Kriminologisches Wörterbuch. 3. Auflage. Heidelberg: Müller, S. 246–249.

Schleicher, R. u.a. (2002). Gute Arbeit unter Druck!? Psychische Belastungen in der Arbeitswelt - Stand, Entwicklungen, Handlungsmöglichkeiten. Frankfurt/M.: IG Metall.

Stelly, W. (2025): Tötungsdelikte an Frauen in der Polizeilichen Kriminalstatistik - Erkenntnisse für die Femizidforschung. In: Vester, Th.; Kinzig, J.; Grafe, J.; Iberl, B.; Schreier, S.; Stelzel, K. (Hrsg.): Am Puls der Zeit?! Trends, Transfer und Tradition in der Kriminologie. Neue Kriminologische Schriftenreihe der Kriminologischen Gesellschaft e.V., Band 120. Hamburg: Forum Verlag Godesberg, S. 512-523.

Tyler, T. R. (1990). Why People Obey the Law. Princeton.

von Hentig, H. (1948). The Criminal and his victim. Studies in the Sociobiology of Crime. Yale University Press.

Wulf, R.: Kriminelle Karrieren von „Lebenslänglichen“. München: Minerva 1979.

Autor:innen/Herausgeber

Prof.in *Leng-Chia Hung*, PhD (University of Illinois/USA)

College of Law, National Chung-Cheng University, Chiayi /TWN

lchung@ccu.edu.tw

Prof.in *Chin-Chin Cheng*, J.D. (University of Cincinnati/USA)

Labor Law, Employment Discrimination Law, Atypical Employment Law, College of Law, National Chung-Cheng University, Chiayi /TWN

lawccc@ccu.edu.tw

Prof.in Dr. *Rita Haverkamp*, Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement, Juristische Fakultät der Universität Tübingen

haverkamp@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. *Jörg Kinzig*, Universitätsprofessor für Kriminologie, Sanktionenrecht und Strafrecht, Juristische Fakultät der Universität Tübingen, Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen

kinzig@jura.uni-tuebingen.de

Prof. *Yung-Lien Lai*, PhD

Department of Criminology, National Chung-Chen University of Chiayi/TWN, crmlyl@ccu.edu.tw

Prof. *Yueh-Chung Ma*, Dr. jur. (Universität Tübingen)

Department of Education,

National Chung-Chen University of Chiayi/TWN,

crmycm@ccu.edu.tw

Prof. honor. Dr. jur. *Rüdiger Wulf*,

Ministerialrat a.D. (Justizministerium Baden-Württemberg),

Honorarprofessor der Universität Tübingen, Juristische Fakultät,

wulf@jura.uni-tuebingen.de

Foto: *Hua Cheng*

Die Teilnehmenden am Workshop in Tübingen (12. September 2025)

Links: Prof. *Kinzig*, Prof. *Kerner*, Prof.in *Haverkamp,* Prof*. Wulf;*

Rechts: Prof.in *Cheng*, Prof.in *Hung*, Frau *Ma*, Prof. *Lai*, Prof. *Ma*

TüKrim

Allgemeine Hinweise

Die Reihe „Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie“ (TüKrim) umfasst im Kernbereich Publikationen zur Kriminologie im Sinne einer empirischen bzw. erfahrungswissenschaftlichen Forschungsdisziplin. Darüber hinaus erstreckt sie sich auch auf einschlägige Werke aus den wesentlichsten Bezugsdisziplinen der Kriminologie (namentlich Soziologie, Rechtswissenschaft, Kriminalistik, Psychologie, Sozialpädagogik, Forensische Psychiatrie sowie Rechtsmedizin). TüKrim stellt eine selbständige wissenschaftliche Schriftenreihe auf dem Online-Publikationsserver der Universitätsbibliothek Tübingen (TOBIAS-lib) dar. Sie entspricht den Vorgaben für Elektronische Publikationen in der Wissenschaft; daher sind die aufgenommenen Schriften auch uneingeschränkt zitierfähig.

Für die Reihe TüKrim sind verschiedene Textarten, vordringlich aus der Feder von aktiven und ehemaligen Mitgliedern des Instituts, zur Aufnahme vorgesehen, namentlich:

- Forschungsberichte über abgeschlossene empirische, auch kooperative, Projekte;
- Themenbezogene Bibliographien aus der Projektarbeit oder aus KrimDok;
- Werkstattberichte zu laufenden, auch kooperativen, Forschungen des Instituts;
- Themenbezogene Aufsatzsammlungen von Einzelautoren und Autorengruppen;
- Habilitationsschriften und Dissertationen, namentlich wenn sie im Zusammenhang mit Institutsprojekten entstanden oder durch den Lehrstuhl für Kriminologie, Straf- und Sanktionenrecht betreut worden sind, sobald sie von den zuständigen Hochschulgremien zur Erstveröffentlichung in elektronischer Form zugelassen wurden;
- Diplomarbeiten und Magisterarbeiten, wenn sie im Zusammenhang mit Institutsprojekten oder Lehrstuhlvorhaben entstanden sind und im besonderen Fall für einen breiteren Leserkreis von Interesse sind;
- Sammelbände mit ausgewählten, ggf. für die Publikation neu bearbeiteten, Beiträgen zu nationalen und internationalen Tagungen, im Ausnahmefall auch zu besonders ertragreichen Workshops oder Seminaren;
- Materialienbände, beispielsweise mit Forschungsdaten oder aktuellen kriminalstatistischen Tabellen und Schaubildern;
- Nachdrucke vergriffener Verlagspublikationen, nach Freiwerden oder ausdrücklicher Übertragung der Verbreitungs- und Verwertungsrechte;
- Nachdrucke von vergriffener sog. Grauer Literatur, also von für die Fachöffentlichkeit bedeutsamen Materialien und Dokumentationen, die in anderer Weise als durch Verlagspublikation der (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich waren, nach Zustimmung seitens der Autoren.

Die Bände sind im Regelfall als PDF-Dateien gespeichert. Sie können, soweit im Einzelfall nichts Gegenteiliges ausdrücklich vermerkt ist, unter folgendem Portal frei eingesehen sowie bei Bedarf auch kostenlos zur persönlichen Nutzung auf den eigenen PC heruntergeladen werden: https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/handle/10900/53322.
Jeder Band kann darüber hinaus als gedruckte Version beim Institut für Kriminologie gegen einen Unkostenbeitrag bestellt werden. Dieser deckt ausschließlich die unmittelbaren für Produktion und Versand entstehenden, konkreten Sachkosten. Aus organisatorischen Gründen erfolgt der Versand im Allgemeinen erst nach Eingang des Unkostenbeitrages auf das Konto des Instituts bei der Universitätskasse Tübingen.

© Institut für Kriminologie der Universität Tübingen, Sand 7, 72076 Tübingen
Telefon: 07071/29-72931 oder Fax: 07071/29-5104
E-Mail: ifk@uni-tuebingen.de / Homepage: http://www.ifk.jura.uni-tuebingen.de

Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie

Band	Autor	Titel
1	Hans-Jürgen Kerner	**Opfer und Täter – Eine Bibliographie** – 2003, 250 Seiten
2	Wolfgang Stelly Jürgen Thomas Hans-Jürgen Kerner	**Verlaufsmuster und Wendepunkte in der Lebensgeschichte** 2003, 148 Seiten
3	Elke Trapp	**Rechtswirklichkeit von Auflagen und Weisungen bei Strafaussetzung zur Bewährung** 2003, 775 Seiten
4	Hans-Jürgen Kerner Elmar G. M. Weitekamp	**Kriminologische Verlaufs- und Kohortenforschungen** – Eine Bibliographie – 2004, 478 Seiten
5	Wolfgang Stelly Jürgen Thomas	**Wege aus schwerer Jugendkriminalität** 2004, 308 Seiten
6	Frank Czerner	**Minderjährige hinter Schloss und Riegel?** 2004, 126 Seiten
7	Silvia Coenen	**Familiäre Sozialisation und Täter-Opfer-Erfahrung bei Jugendlichen** 2004, 138 Seiten
8	Stefanie Saleth	**Jugendliche im Spiegel der Lokalpresse** 2004, 192 Seiten
9	Rüdiger Gaenslen	**Die Behandlung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter** 2005, 224 Seiten
10	Wolfgang Stelly Jürgen Thomas	**Kriminalität im Lebenslauf – Eine Reanalyse der Tübinger-Jungtäter-Vergleichsuntersuchung (TVJU)** 2005, 298 Seiten
11	Tanja Pröhl	**Gewalt an Schulen im Vergleich Deutschland – USA** Eine Sekundäranalyse 2005, 240 Seiten
12	Monika Balint	**Das Erziehungskonzept im Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Jugendstrafvollzugs von April 2004** 2006, 100 Seiten
13	Marc Coester Klaus Bott Hans-Jürgen Kerner	**Prevention of Terrorism** Core Challenges for Cities in Germany and Europe 2007, 42 Seiten
15	Holger Stroezel	**Lebensstile und Drogenkonsum – Theoretische und empirische Analysen** 2007, 229 Seiten
16	Miriam Wittmann Katrin Kampermann	**Mobile Jugendarbeit: Konzept und Verwirklichung** 2008, 242 Seiten

17	Gabriele Hettinger	**Vergleich von moralischer Urteilskompetenz und Werthaltungen bei durchschnittlich begabten und weit überdurchschnittlich/hoch begabten Jugendlichen** 2009, 126 Seiten
19	Sandra Hartmann	**Die Jugendstrafvollzugsreform** Eine Untersuchung der Landesgesetze von Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Niedersachsen am Maßstab verfassungsgerichtlicher und internationalrechtlicher Vorgaben 2010, 440 Seiten
20	Jasmin Löffler	**Die Absprache im Strafprozess** Eine Analyse der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 2010, 204 Seiten
21	Hyunseng You	**Bewältigung von Selbstdiskrepanzen durch Zielgedanken bei Jugendlichen** Eine vergleichende Untersuchung an Jugendstrafgefangenen und Kontrollgruppen von Schülern in Deutschland und Korea 2011, 172 Seiten
22	Mungyu Hwang	**Transnationale Strafverfolgung** Eine vergleichende Studie zur Rolle und zu den Aufgaben des deutschen Bundeskriminalamts (BKA) und des Koreanischen Nationalen Polizeipräsidiums (KNP) 2011, 192 Seiten
23	Anna Beckers	**Bullying aus Täter-, Opfer- und Zuschauerperspektive** Eine Untersuchung von situationsspezifischen und habituellen Attributionsstilen, am Beispiel von Schülerinnen und Schülern allgemein bildender Gymnasien 2011, 107 Seiten
24	Carmen Mutz	**Der englische National Offender Management Service und die deutsche Bewährungshilfe** Ein struktureller und analytischer Vergleich 2012, 209 Seiten
25	Ines Hohendorf	**Bewältigungsstrategien von Frauen und Männern bei Partnergewalt** Auswertung und Analyse von Studien zu den unmittelbaren Reaktionen und den die Verhaltensweisen beeinflussenden Faktoren bei Gewalt in heterosexuellen Paarbeziehungen 2014, 120 Seiten
26	Kathrin Horrer	**Restorative Justice im Strafrecht** Eine vergleichende Analyse von Konzeptionen des Konfliktausgleiches und deren Verwirklichung in Deutschland, Österreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, Australien und Belgien 2014, 228 Seiten

27	Dieter Rössner Rüdiger Wulf	**Wahr.Haft.Leben** 10 Jahre Jugendstrafvollzug in freien Formen 2014, 231 Seiten
28	Rüdiger Wulf	**Kriminalprävention an Orten** Wissenschaftliche Grundlagen und Praktische Maßnahmen 2014, 242 Seiten
29	Mounira Ammar	**Peacemaking Circles & Young Refugees:** Building Resilience in Germany 2014, 74 Seiten
30	Jörg Kinzig	**50 Jahre Institut für Kriminologie** Außensicht – Innensicht – Aussicht 2014, 166 Seiten
31	Katharina Stelzel	**Politische Graffiti als Instrument der Sozialraumforschung in Konfliktregionen – das Beispiel Baskenland** 2014, 301 Seiten
32	Vanessa Chong	**Gewalt im Strafvollzug** 2014, 172 Seiten
33	Hans-Jürgen Kerner	**Bibliographie Kriminalitätsopfer** 2015, 152 Seiten
34	Elmar G. M. Weitekamp	**Developing Peacemaking Circles in a European Context** Main Report 2015, 373 Seiten
35	Elmar G. M. Weitekamp	**Developing Peacemaking Circles in a European Context** Additional Reports and Documents 2016, 339 Seiten
36	Katharina Stelzel	**Reintegration haftentlassener Terroristen in die Gesellschaft** Zu der Notwendigkeit und der inhaltlichen Ausgestaltung sozialpädagogischer Unterstützungsmaßnahmen am Beispiel der baskischen (politischen) Gefangenen 2016, 516 Seiten
37	Anne Bräuchle	**Die elektronische Aufenthaltsüberwachung gefährlicher Straftäter im Rahmen der Führungsaufsicht.** Eine Studie zur Rechtsdogmatik und Rechtswirklichkeit 2016, 235 Seiten
38	Anne Bräuchle Jörg Kinzig	**Rechtspolitische Perspektiven der elektronischen Aufenthaltsüberwachung** Eine Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse der Evaluation der elektronischen Aufenthaltsüberwachung im Rahmen der Führungsaufsicht 2017, 26 Seiten
39	Hans-Jürgen Kerner Jörg Kinzig Rüdiger Wulf	**Kriminologie und Strafvollzug** Symposium am 19. März 2016 2017, 100 Seiten

40	Hans-Jürgen Kerner Katharina Stelzel Anke Eikens Marc Coester	**Legalbewährung und Rückfälligkeit junger Gefangener nach der Entlassung.** Eine empirische Studie am Beispiel des Jugendstrafvollzugs Hessen, Entlassungsjahrgänge 2003 und 2006. Hauptband 2017, 279 Seiten
41	Hans-Jürgen Kerner Katharina Stelzel Anke Eikens Marc Coester	**Legalbewährung und Rückfälligkeit junger Gefangener nach der Entlassung.** Eine empirische Studie am Beispiel des Jugendstrafvollzugs des Landes Hessen, Entlassungsjahrgänge 2003 und 2006. Materialienband (Ergänzende Texte, Tabellen und Schaubilder) 2017, 328 Seiten
42	Thomas Dieckmann	**Transnationale Verbrechensbekämpfung** Entwicklungslinien der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union 2019, 264 Seiten
43	Hans-Jürgen Kerner Jörg Kinzig Rüdiger Wulf	**Zum Gedenken an Hans Göppinger** **11. April 1919 – 5. April 1996** Symposium am 6. April 2019 2019, 101 Seiten
44	Rita Haverkamp Franca Langnet	**Auf den Spuren der Kommunalen Kriminalprävention in Deutschland** Symposium am 11. Februar 2020 2020, 106 Seiten
45.	Dierk Schäfer	**Devianz als Schicksal?** Die kriminelle Karriere von Dieter Schulz 2021, 485 Seiten
46	Hans-Jürgen Kerner	**Strafverfolgungsstatistik für die Bundesrepublik Deutschland (StVerfStat)** Interpretationshilfe zu den Begriffen, die in den Jahresberichten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit Bezug auf nicht mehr anfechtbare Entscheidungen der allgemeinen Strafgerichte sowie der Jugendgerichte verwendet werden, sowie zu den damit verbundenen gesetzlichen Regelungen 2021, 178 Seiten
47	Dieter Hermann Egon Wachter Hans-Jürgen Kerner	**Sicherheit ist machbar!** Das Heidelberger Audit-Konzept für urbane Sicherheit, am Beispiel der Kommunalen Kriminalprävention in Pforzheim. 2022, 94 Seiten
48	Bernadette Schaffer	**Brutalisierung der Jugendgewalt – Gefühlte oder reale Zunahme von Straftaten?** Eine Untersuchung anhand von Makrodaten amtlicher Statistiken und einer Kohortenstudie junger männlicher Insassen im Jugendstrafvollzug Baden-Württember 2022, 188 Seiten

49	Jörg Kinzig Rüdiger Wulf	**„Zum Teufel“. Die Inkarnation des Bösen aus interdisziplinärer Sicht.** 2023, 225 Seiten
50	Rüdiger Wulf	**Kommunikation kriminologischen Wissens im deutschsprachigen Raum: Forschung, Lehre und Wissenstransfer** 2024, 308 Seiten
51	Yueh-Chung Ma Rüdiger Wulf	**Kriminologische Beiträge aus Taiwan und Deutschland, vor allem zum Electronic Monitoring** 2025, 130 Seiten
52	Thaya Vester Michael Keller Uwe Hamel Neele Wegener	**Erfahrungswerte von Unparteiischen in Hinblick auf aktuelle Maßnahmen der Gewaltprävention im Fußball: Kapitänsdialog und STOPP-Konzept in der Hinrunde 2024/2025** 2025, 51 Seiten
53	Rüdiger Wulf	**Kommunikation strafrechtlichen Wissens im deutschsprachigen Raum: Forschung, Lehre und Wissenstransfer** 2025, 284 Seiten
54	Hans-Jürgen Kerner	**Lebensverläufe zwischen Freiheit und Unfreiheit. Kriminologische Analyse zur Dynamik von Wiederholungstäterschaft und strafrechtlichen Reaktionen.** 2025, 280 Seiten

ISSN: 1612-4650
ISBN: 978-3-69000-008-6 elektronische Version
ISBN: 978-3-69000-009-3 Druckversion